Merkels Rechtsbruch

Merkels Deutschland praktiziert verfassungswidrig schon seit Jahren, was der UN-Migrationspakt erreichen will.

Seite 18

Systemkollaps? – Der Rechtsstaat löst sich auf

Aufgrund von Merkels illegaler Asyl- und Grenzpolitik ist das Rechtssystem mittlerweile immer weniger in der Lage, die Bürger zu schützen.

Seite 36

EXPRESSZEITUNG

Ausgabe 19, August 2018

Jetzt abonnieren - Seite 2

«Globaler Pakt für Migration»

Schwarz auf Weiss: Es gibt kein Zurück!

Am Freitag, den 13. Juli dieses Jahres, haben sich mehr als 190 Länder darauf geeinigt, am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch den «Globalen Pakt für Migration» der UN zu ratifizieren. Dass diese Einigung ausgerechnet am Wochenende des Finales der diesjährigen Fussballweltmeisterschaft zustande kam, war wohl kein Zufall. Geht es doch dabei um nichts Geringeres als um die globale, formale Abtretung nationaler Souveränität der einzelnen Staaten an den künftigen UN-Superstaat, die Auflösung demokratischer Gesellschaftsstrukturen und die einheitliche Strategie zur Unterdrückung, Verfolgung und Bekämpfung derjenigen Stimmen, die sich kritisch dagegen äussern!

Fortsetzung auf Seite 2

Tatbestand Völkermord?

Merkel und die deutsche Regierung bewegen sich beunruhigend nahe an dem, was die UN als das Verbrechen «Völkermord» definiert.

Seite 32

UN-Migrationspakt: Der Weg in die Tyrannei

Der Pakt könnte die Meinungsfreiheit weltweit extrem einschränken und Migrationskritik zu einer Straftat machen.

Seite 60

Wachsende Armut in Deutschland

Merkels «Willkommensruf» bürdete den Deutschen Kosten auf, die auf Dauer noch drastischere Absenkungen des Sozialstandards notwendig machen werden.

Seite 48

«Wir erklären erneut, dass Menschen gemäss dem Grundsatz der Nichtzurückweisung an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen.»

Punkt 24 der New Yorker Erklärung, Grundlage des «Globalen Pakts für Migration», der von fast allen 193 Mitgliedsstaaten der UN am 10. und 11. Dezember 2018 ratifiziert werden soll

Fortsetzung von Seite 1

Ja, dieser Pakt darf wohl ohne geringste Übertreibung als eine der wichtigsten Etappen auf dem Weg in die Tyrannei bewertet werden: Die nationalen Grenzen der Staaten werden künftig für alle Menschen geöffnet, unabhängig derer Herkunft, Kultur und deren Anzahl. Und unabhängig der daraus resultierenden Konsequenzen für die heimische Bevölkerung, bleiben diese Grenzen auch offen! Gleichzeitig wird diesen Menschen im Namen der menschenrechtsbedingen Gleichheit Zugang zu den jeweiligen Sozialsystemen gewährt! Es ist langsam an der Zeit, sich zu verbildlichen, was dies für unsere Gesellschaft bedeutet! Dutzende, gar hunderte Millionen Migranten alleine in Afrika, die bereits auf dem Weg sind oder sich in den kommenden Jahren auf den Weg ins gelobte Europa machen. Und nein, das ist keine Panikmache sondern die bittere Realität! Offene Grenzen ohne Risiko der Zurückweisung und regelmässige Geldleistungen aus den Sozialkassen der arbeitenden, heimischen Bevölkerung, deren monatliche Höhe oftmals ein Jahresgehalt (gegen Arbeit!) in der afrikanischen Heimat bei weitem übertreffen – wen verwundert es da, wenn laut Gallup, einem bekannten amerikanischen Markt- und Meinungsforschungsinstitut bereits heute mehr als 30% der afrikanischen Bevölkerung, in gewissen Staaten über 50% (!) mit einer Migration nach Europa liebäugelt («desire for migration»), was bereits heute mehr als 700 Millionen (!!) «potentiellen Migranten» entspricht? Gleichzeitig tickt in Afrika eine demographische Zeitbombe kaum vorstellbaren Ausmasses, die in den nächsten Jahrzehnten mit voller Wucht explodieren wird. Trotz medizinischen Fortschritts und dramatisch gesunkener Kindersterblichkeit bleiben die Geburtenraten konstant hoch, in mehr als 20 afrikanischen Ländern bei mehr als 5 Kindern pro Frau! Gemäss Schätzungen derselben UNO, die grenzenlose Migration und offene Grenzen postuliert, wird auf dem afrikanischen Kontinent bis im Jahr 2050 die Bevölkerung auf 2,5 Milliarden, bis 2100 auf 4.4 Milliarden explodieren. Dies kann und soll jeder selber recherchieren, der uns Panikmache unterstellt!

Wer nun einwendet, dass dieser Pakt (lat. pactum = Vertrag!) ja nicht bindend sei, darf auf Seite 10 gerne nachlesen, wie perfide unsere Politiker mit sogenanntem «soft law» (engl. weiches Recht), also «nicht bindenden» Vereinbarungen, vorbei an Parlament und Bevölkerung, Gewohnheitsrechte etablieren, welche über die Jahre wiederum zu Gesetzen mutieren! Beispiele gibt es dafür zu Genüge!

Was im hier und jetzt geschieht, kann weder oft noch laut genug wiederholt werden! Denn sobald dieser «nichtbindende» Pakt zu greifen beginnt und alle Staaten mit der Umsetzung dessen «Empfehlungen» beginnen, werden kritische Stimmen (als Zitat «andere Formen der Diskriminierung von Migranten» – S. 24 c) engl. Version) zu Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus umgemünzt, und bald als strafbare «Hassdelikte» verfolgt und geahndet. Zur Verhinderung solcher «Hassdelikte», sprich Kritik an den Verhältnissen, werden Massnahmen «vorgeschlagen», wie wir sie nur noch von vergangenen Diktaturen her kennen. War es früher die «Partei», die Dissidenten bespitzeln, verfolgen, unterdrücken, in Gefängnisse und Umerziehungslager stecken liess, ist es heute der globale gemeinsame Kampf für die vermeintlichen Menschenrechte, Demokratie, Humanität, Gleichheit und Toleranz, wo Kritik und Widerspruch schon bald kriminalisiert und verfolgt werden. Dieselbe Ideologie mit demselben System von Unterdrückung und Tyrannei, nur mit anderen Begrifflichkeiten.

Als letzter Akt von vielen, in einem Stück von hunderten Jahren Dauer, wird mit diesem UN-Migrationspakt nun die endgültige Zerstörung unserer abendländischen Gesellschaft und Kultur eingeläutet. Endgültig deshalb, weil, wie es Graf Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der höchstgelobte Gründervater der Paneuropäischen Union und damit der heutigen EU, bereits im Jahre 1925 in seinem Buch «Praktischer Idealismus» wie folgt vorhersagte: «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen» und ersetzt durch eine «eurasisch-negroide Zukunftsrasse».

Fortsetzung auf Seite 4

Jetzt abonnieren!

Das Abo kann auch Rückwirkend bestellt werden!
Alle Ausgaben sind noch erhältlich. Nur solange Vorrat reicht.

Online-Bestellung: www.ExpressZeitung.com
Jahresabo mit 12 Ausgaben:
Schweiz: SFr 69.- / EU: EUR 59.-

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08, info@expresszeitung.com
Website	www.ExpressZeitung.com
Erscheinung	10 x jährlich im Abonnement
Abo-Preis	Schweiz: SFr 69.- / EU: EUR 59.-
Bestellung	Tel +41 61 511 45 08 / abo@expresszeitung.com
Herausgeber	André Barmettler und Ruben Buchwalder
Redaktion	Tilman Knechtel *(tk)* / redaktion@expresszeitung.com
Gastautoren	Jeder Autor haftet für seine Aussagen selber. Deren Meinung widerspiegelt nicht zwingend die Meinung der Redaktion.
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Logistik	Zehnder Druckerei, CH-9500 Wil
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	??. September 2018

Thema der Ausgabe:

«Globaler Pakt für Migration»
Schwarz auf Weiss: Es gibt kein Zurück!

Der von den Vereinten Nationen entwickelte «Globale Pakt für Migration» soll weltweit grenzenloses Zuwanderungsrecht für jeden garantieren. Dessen Ausarbeitung ist jetzt in seiner finalen Phase und soll Dezember 2018 auf einer Gipfelkonferenz in Marokko von fast allen Staaten der Welt angenommen werden. Das könnte zu einer neuen Dimension der Masseneinwanderung nach Europa führen und verheerende Folgen für die einheimischen Bevölkerungen nach sich ziehen. Deutschland ist bei der Ausarbeitung des UN-Pakts an vorderster Stelle mit dabei und praktiziert verfassungswidrig schon seit Jahren, was der Pakt erreichen will: die grenzenlose Aufnahme und Versorgung aller ankommenden Migranten ohne Zurückweisung. Dass Angela Merkel 2015 das Grundgesetz brach und die deutschen Staatsgrenzen auflöste, konnte den Bürokraten der UN nur recht sein, da sie sowieso seit Jahrzehnten auf eine Auflösung nationalen Rechts zugunsten internationaler Verträge setzen.

4

Geopolitik

Die Drahtzieher der Massenmigration in ihren eigenen Worten

Viele Zitate hochrangiger Entscheider zeugen davon, dass die «Flüchtlingskrise» in Wahrheit ein von langer Hand geplantes Projekt zur Auflösung der westlichen Bevölkerung darstellt. 4

Der finale Schritt der UN? – Globaler Pakt für Migration

Der «Globale Pakte für Migration» der UN soll weltweit grenzenloses Zuwanderungsrecht für jeden garantieren. 6

Führt Deutschland die Migrations-Agenda der UN durch?

Den Vorsitz der vielleicht wichtigsten Planungsorganisation des Pakts hat bis Ende 2018, zusammen mit Marokko, Deutschland inne. Das deutsche Aussenministerium orientiert sich klar an den Ideen Peter Sutherlands, der die «Homogenität der Völker» zerstören wollte. 15

Politik

Deutscher Rechtsbruch für die Ziele der UN?

Die deutsche Bundesregierung stellt sich in der Migrationskrise fortgesetzt über das Recht. 18

Teil 1: Bruch der Asylgesetze

Angela Merkel brach die Asylgesetze, indem sie sowohl die im Grundgesetz verankerte Drittstaatenregelung als auch die europäische Dublin-Verordnung missachtete. 24

Teil 2: Bruch der Einreisegesetze

Merkel brach die Einreisegesetze, da vor allem 2015 keine ausreichenden und der Ausnahmesituation entsprechenden Kontrollen an den deutschen Aussengrenzen stattfanden. 28

Teil 3: Völkermord an den Deutschen?

Merkel und die deutsche Regierung bewegen sich beunruhigend nahe an dem, was die UN als das Verbrechen «Völkermord» definiert. 32

Teil 4: Rechtsbankrott in Deutschland

Aufgrund von Merkels verfassungswidriger Asyl- und Grenzpolitik ist das Rechtssystem mittlerweile völlig überlastet und damit auch immer weniger in der Lage, das Grundgesetz überhaupt durchzusetzen. 36

Teil 5: Senkung des Sozialstandards

Merkels «Willkommensruf» bürdete den Deutschen Kosten auf, die auf Dauer noch drastischere Absenkungen des Sozialstandards notwendig machen werden. 48

Medien

UN-Migrationspakt: Der Weg in die Tyrannei

Der UN-Pakt könnte die Meinungsfreiheit weltweit extrem einschränken und Migrationskritik zu einer Straftat machen. 60

Migration

Zur Erinnerung: Die Drahtzieher der in ihren eigenen

Fortsetzung von Seite 2

Eine Vermischung von Völkern wird unumkehrbar und somit endgültig sein, was ein jeder Blumen- oder Kaninchenzüchter bestätigen wird. Wie Kalergi im Übrigen eine solche gesellschaftliche Entwicklung voraussehen konnte, mag bei oberflächlicher Betrachtung als Zufall erscheinen. Ist es auch Zufall, dass Angela Merkel, welche durch die verfassungswidrige Öffnung der Grenzen das heutige Chaos in Deutschland erst ermöglicht hat, im Jahre 2010 ausgerechnet den Coudenhove-Kalergi-Europapreis für besondere Verdienste erhalten hat? Die letzten 100 Jahre scheinen nur so zu wimmeln vor lauter Zufällen, die, jeder für sich genommen, unabdingbare Puzzleteile in der Entwicklung zum heutigen Asylchaos darstellen. Dazu gehören nicht nur die unzähligen völkerrechtswidrigen Angriffskriege im Nahen und Mittleren Osten wie auch in Afrika und die vorsätzliche Zerstörung homogener, teils gar blühender und gut funktionierender Staaten im Namen der Demokratie und Menschenrechte. Dazu gehört auch die von allen Seiten mantramässig in unser Bewusstsein eingehämmerte historische Kollektivschuld der westlichen Gesellschaft an allem Unglück und aller Not in dieser Welt. Als «Schuldige» der zerstörerischen Kriege, als «Schuldige» des (vermeintlich) menschgemachten Klimawandels, als «Schuldige» der Ausbeutung der Dritten Welt, als «Schuldige» per se wird uns von Seiten der Politik, Medien und Wissenschaft eine Verpflichtung zur bedingungslosen Aufnahme aller Menschen dieser Welt auferlegt! Das Haus brennt lichterloh, es ist an der Zeit aufzuwachen!! ***(André Barmettler)***

Foto: Mehr Demokratie (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:European_Parliament_Strasbourg_2015-10-28_02.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

UN empfiehlt Bevölkerungsaustausch durch Migration

Die mögliche Antwort auf die Frage nach den eigentlichen Hintergründen der Migrationswelle und warum europäische Regierungen diese auch noch fördern sollten, lautet wohl, dass dies erklärte UN-Politik ist. Für schrumpfende Bevölkerungen sehen die UN nicht etwa eine Erhöhung der Geburtenraten vor, sondern die «Replacement Migration», also den Bevölkerungsaustausch durch Migranten. Der entsprechende Plan wurde bereits am 21. März 2000 auf der Website der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen veröffentlicht, also etwa ein Jahr bevor die Vereinigten Staaten mit ihrem Krieg in Afghanistan anfingen, systematisch Flüchtlinge «zu produzieren». «Der Bericht erwägt einen Bevölkerungsaustausch für acht wenig fruchtbare Länder (Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, die Koreanische Republik, die Russische Föderation, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten) und zwei Regionen (Europa und die Europäische Union)», heisst es auf der UN-Website. «Bevölkerungsaustausch durch Migration bezieht sich auf die internationale Zuwanderung, die ein Land benötigt, um den Bevölkerungsrückgang und die Überalterung durch niedrige Geburten und Sterberaten auszugleichen.» Auf der UN-Website wurden sechs Pressemitteilungen über den UN-Bericht in Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch, Russisch und Japanisch angeboten. Anders als in den anderssprachigen Pressemitteilungen sucht man den Begriff «Bevölkerungsaustausch durch Migration» (englisch: «replacement migration» beziehungsweise französisch: «migrations de remplacement») in der deutschen Version allerdings vergeblich. Dort wird dieser Begriff vielmehr in «Bestandserhaltungsmigration» umgelogen, was natürlich viel positiver klingt – nämlich so, als würde man das deutsche Volk nicht austauschen, sondern «erhalten» wollen. Allein an diesem Täuschungsmanöver kann man aber erkennen, worum es der UN wohl geht: Das deutsche und ihm verwandte Völker auszutauschen und es zusätzlich im Unklaren darüber zu lassen.

Massenmigration Worten

UN-Generalsekretär fordert Massenmigration nach Europa

Der neue UN-Generalsekretär, der Sozialist und frühere Ministerpräsident Portugals Antonio Guterres, liess auf einer Rede in Lissabon durchblicken, dass die europäischen Staaten nach seiner Auffassung kein Recht hätten, ihre Grenzen zu überwachen. Sie seien vielmehr in der Pflicht, die nach Europa drängenden Menschen aufzunehmen. Guterres betonte in diesem Zusammenhang, dass man jedes europäische Land dazu zwingen müsste, die mit der Massenmigration einhergehenden «Lasten zu teilen.» «Wir müssen die Europäer davon überzeugen, dass die Migration unausweichlich ist, und dass es multiethnische Gesellschaften sind, die auch multikulturell und multireligiös sind, die den Wohlstand erzeugen», liess der zur Zeit ranghöchste UN-Vertreter auf (nicht nur) seine Sicht der Dinge blicken.

Guterres und Merkel

William Swing links neben Angela Merkel

UN-Globalstratege: Migration in grossem Ausmass ist wünschenswert

Die «Internationale Organisation für Migration» (IOM) ist eng ins UN-System eingebunden und spielt darin eine entscheidende Rolle. Ihr Direktor William Swing sagte: «Migration in grossem Ausmass ist unvermeidbar, notwendig und wünschenswert.»

UN-Sonderberichterstatter für Migranten: «Homogenität der Völker zerstören»

Peter Sutherland (†) war bis 2016 Sonderberichterstatter des Generalsekretärs der UN für Einwanderung und Entwicklung. Sutherland sprach auf einer Konferenz von «widerlichen Internet-Tweets», die bei ihm hereingekommen seien. Er sagte:

Peter Sutherland rechts neben Merkel

«Je widerlicher sie werden, desto erfreuter bin ich. Denn jeder Idiot oder Nicht-Idiot, der diese Tweets liest, die besagen, dass ich dazu entschlossen bin, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt Recht. Ich bin dazu entschlossen. Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich es tun, inklusive meines eigenen Volkes.»

UN-Hochkommissar für Menschenrechte: UN wurde gegründet, um «Nazi-Konzept» unvermischter Völker zu bekämpfen

Sérgio Vieira de Mello (†) war ab 2002 UN-Hochkommissar für Menschenrechte und auf Fürsprache George W. Bushs UN-Sonderbotschafter im Irak, wo er in den Nachkriegswirren einem Bombenanschlag zum Opfer fiel. Seine in Washington und im Pentagon gewünschte Erhebung zum UN-Generalsekretär kam dadurch nicht mehr zustande. Am 4. August 1999 sagte de Mello, damals in seiner Eigenschaft als UN-Sonderbotschafter im Kosovo, gegenüber einem US-Fernsehsender: «Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die Alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Jahrzehnten auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangt. Nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern.» Das sind deutliche Worte: Unvermischte Völker werden bei der UN als ein Problem gesehen, dem man mit politischen oder gar militärischen Mitteln zur Leibe rücken muss. Eine brutale Sicht der Dinge und eine verstiegen ideologische noch dazu.

Der finale Schritt Globaler

- Der «Globale Pakt für Migration» der UN soll weltweit grenzenloses Zuwanderungsrecht für jeden garantieren. Dessen Ausarbeitung ist jetzt in seiner letzten Phase und soll Dezember 2018 auf einer Gipfelkonferenz in Marokko von fast allen Staaten der Welt angenommen werden. Das könnte zu einer neuen Dimension der Masseneinwanderung nach Europa führen und verheerende Folgen für die einheimischen Bevölkerungen nach sich ziehen.
- Deutschland ist bei der Ausarbeitung des UN-Pakts an vorderster Stelle mit dabei und praktiziert verfassungswidrig schon seit Jahren, was der Pakt erreichen will: die grenzenlose Aufnahme und Versorgung aller ankommenden Migranten ohne Zurückweisung. (Punkt 24 des Pakts: Verbot der Zurückweisung)
- Dass Angela Merkel 2015 das Grundgesetz brach und die deutschen Staatsgrenzen auflöste, konnte den Bürokraten der UN nur recht sein, da sie sowieso seit Jahrzehnten auf eine Auflösung nationalen Rechts zugunsten internationaler Verträge setzen. Wie Merkel Deutschland zu einem Magnet für Wirtschaftsmigranten aus der ganzen Welt machte und inwieweit sie dabei gegen ihre verfassungsmässigen Pflichten als Bundeskanzlerin verstiess, soll in fünf Teilen erklärt werden:
- Teil 1: Merkel brach die Asylgesetze, indem sie sowohl die im Grundgesetz verankerte Drittstaatenregelung als auch die europäische Dublin-Verordnung missachtete.
- Teil 2: Merkel brach die Einreisegesetze, da vor allem 2015 keine ausreichendenden und der Ausnahmesituation entsprechenden Kontrollen an den deutschen Aussengrenzen stattfanden. Das führte dazu, dass hunderttausende Neuankömmlinge gar nicht erst registriert wurden.
- Teil 3: Merkel und die deutsche Regierung bewegen sich beunruhigend nahe an dem, was die UN als das Verbrechen «Völkermord» definiert. Denn um diese Definition zu erfüllen, muss kein Mensch einer Gruppe ermordet werden. Es reicht schon die gezielte Dezimierung an sich - z.B. wenn ein Volk bewusst unter Lebensbedingungen gestellt wird, die auf dessen dauerhaftes Verschwinden abzielen.
- Teil 4: Aufgrund von Merkels verfassungswidriger Asyl- und Grenzpolitik ist das Rechtssystem mittlerweile völlig überlastet und damit auch immer weniger in der Lage, das Grundgesetz überhaupt durchzusetzen und die Bürger wirkungsvoll zu schützen.
- Teil 5: Obwohl die Staatskasse Deutschlands schon vor der sogenannten «Flüchtlingskrise» angeschlagen war und die Armut stieg, bürdete Merkels «Willkommensruf» den Deutschen Kosten auf, die auf Dauer schlicht nicht finanzierbar sein werden. Es werden zwangsläufig noch drastischere Absenkungen des Sozialstandards notwendig sein, um alle Menschen in Deutschland versorgen zu können.

William Swing von der «Internationalen Organisation für Migration» (IOM) (links) und der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon (rechts) kurz vor Verabschiedung der New Yorker Erklärung.

Die New Yorker Erklärung

Am 19.09.2016 haben die hohen UN-Funktionäre die Generalversammlung mit der «New Yorker Erklärung» beschliessen lassen, bis Sommer 2018 einen «Globalen Pakt für Migration» zwischen allen Mitgliedsstaaten auf den Weg zu bringen, der garantieren soll, dass Migranten ständig geordnet in andere Länder einwandern können, indem die Zielländer zur unbeschränkten Aufnahme verpflichtet werden. Mit der Realisierung würden neue gewaltige Wanderbewegungen in Gang gesetzt, zu denen das bisher Erlebte wohl nur der Auftakt gewesen ist. – Und die angestammten Bevölkerungen könnten sich nicht dagegen wehren.

Die Vertreter der UN-Mitgliedstaaten führen in der New Yorker Erklärung [1] vor allem moralische und humanitäre Motive an, sich global um die gewaltigen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen kümmern zu müssen. Sie sähen sich in einer gemeinsamen menschheitlichen Verantwortung. «Grosse Flüchtlings- und Migrantenströme haben politische, wirtschaftliche, soziale, entwicklungsbezogene, humanitäre und menschenrechtliche Auswirkungen, die alle Grenzen überschreiten. Es handelt sich um globale Phänomene, die globale Herangehensweisen und globale Lösungen erfordern. Kein Staat kann derartige Ströme im Alleingang bewältigen.» (Einleitung/ Punkt 7)

Man sei gewillt, die Ausbeutung der Flüchtlinge und Migranten durch Schlepper, den Menschenhandel krimineller Gruppen, denen sie vielfach zum Opfer fallen, und die lebensgefährlichen Situationen, in denen viele den Tod finden, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Also all das, was momentan durch Deutschlands grosszügige Asylpolitik ausgelöst wird. Dazu sei es nötig, eine langfristige globale Ordnung zu schaffen, welche die Migrationsbewegungen in geordnete, weitgehend ungefährliche Bahnen lenke. – Hehre Worte, die den Leser einnehmen und für das Verfahren Alternativlosigkeit suggerieren.

Bekämpfung der Ursachen?

Die direkten Täuschungen beginnen mit der Ankündigung, man sei auch entschlossen, «die tieferen Ursachen grosser Flüchtlings-und Migrantenströme anzugehen», die Krisensituationen frühzeitig verhindern zu helfen und insbesondere Armut, Instabilität und Mangel an Entwicklung und wirtschaftlicher Chancen in den Ausgangsländern zu bekämpfen. Das klingt zwar nach einem viel-

der UN? – Pakt für Migration

Das UN-Hauptquartier in New York

Foto: Neptuul (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:United_Nations_Headquarters_in_New_York_City,_view_from_Roosevelt_Island.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

versprechenden Kurswechsel, doch dass viele Migranten auf Kurs Richtung Europa von den höchsten Vertretern der UN eigentlich erwünscht sein müssten, zeigen bereits deren Aussagen (siehe S.4). Im selben UN-Dokument, das eine «Replacement Migration» (Ersetzungsmigration) empfiehlt, werden auch Zahlen in den Raum gestellt: Um das «potenzielle Unterstützungsverhältnis», d. h. das Verhältnis zwischen der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) und der Zahl der Senioren (65 Jahre oder älter) zu erhalten, seien für Deutschland jährlich 3.630.000 und für die gesamte EU jährlich 13.480.000 Migranten erforderlich. Zahlen, die zumindest offiziell selbst bei der Extremsituation in Deutschland 2015 nicht erreicht wurden. Welches Interesse sollte die UN also daran haben, die tieferen Ursachen grosser Flüchtlings- und Migrationsströme zu beseitigen? Richtig: Gar keine.

Angesichts dessen ist es noch unglaubhafter, wenn in Punkt 43 der Erklärung versichert wird: «Wir verpflichten uns, gegen die Triebkräfte vorzugehen, die grosse Migrationsströme auslösen oder verstärken. Wir werden die Faktoren, die grosse Migrationsströme verursachen oder dazu beitragen [...] analysieren und angehen. [...] Migration soll eine freie Entscheidung und keine Notwendigkeit sein.»

Bisher ist die UN jedoch kaum gegen solche «Triebkräfte», die Migrationsströme auslösen, vorgegangen. Dabei seien u.a. die Kriege der westlichen NATO-Verbündeten gegen Afghanistan, Irak oder Libyen genannt oder die Erhöhungen der Sozialleistungen in Staaten wie Schweden und Deutschland, die eine weitaus stärkere «Triebkraft» entwickelten als die seit Jahrzehnten grassierende Armut in den Herkunftsländern.

Migranten als Wohlstandsfaktor?

Wenn entsprechend der «UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» ausdrücklich der positive Beitrag hervorgehoben wird, «den Migranten zu inklusivem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung leisten», der die Welt zum Besseren verändere, und dass «aus sicherer, geordneter und regulärer Migration erhebliche Vorteile und Chancen» erwüchsen (Einleitung/ Punkt 4), widerspricht das zum grössten Teil aller Erfahrung – zumindest im Falle der von der UN empfohlenen Massenmigration (siehe S.36) - und wirkt wie ein Sprachgebrauch, um die Bevölkerung zu beruhigen.

Der ausserordentlich einflussreiche UN-Sondergesandte für Migration von 2006-

Foto: Jazzmany/shutterstock

2016 Peter Sutherland sagte z.B. bei einer Befragung im britischen Oberhause 2012, die Tatsache der alternden Bevölkerung in Ländern wie Deutschland oder der südlichen EU sei das «Schlüsselargument [...] für die Entwicklung von multikulturellen Staaten.» Mit anderen Worten: Mit Hilfe des Demographie-Argumentes kann man die Massenmigration begründen und in Gang bringen und so das eigentliche Ziel erreichen («Homogenität der Völker zerstören»), das Sutherland bereits offen geäussert hat (siehe S.5).

Moralischer Druck

Es ist auffallend, wie in der «New Yorker-Erklärung» der UN vielfältiger Druck aufgebaut wird, um zu suggerieren, dass die Staaten auch bei grossen Migrantenströmen kein Recht hätten, die Grenzen zu schliessen und die Aufnahme der Massen zu verweigern. Dazu werden mehrfach die allgemeinen Menschenrechte hervorgehoben:

Hunderte Millionen Afrikaner bald in Europa?

«Im weltweiten Durchschnitt bringt jede Frau heutzutage 2,5 Kinder zur Welt - nur noch halb so viele wie Anfang der 1850er Jahre», hiess es in Spektrum der Wissenschaft vom Juni 2016. Mithin hat sich die sogenannnte «Bevölkerungsexplosion» stark verlangsamt. Bis auf Afrika: «Die grosse Ausnahme ist Afrika. Dort gebiert jede Frau durchschnittlich 4,7 Kinder, und die Bevölkerung wächst fast dreimal schneller als im Rest der Welt. […] Der unvorhergesehene Zuwachs stammt fast ausschliesslich aus Afrika.»

Während Europa bis zum Jahr 2100 etwa 100 Millionen Menschen verloren haben wird, wird die Bevölkerung Afrikas regelrecht «explodieren». Schätzungen zufolge wird sie bis 2100 um sage und schreibe 3,1 Milliarden zunehmen und sich damit mehr als verdreifachen (auf 4,4 Milliarden, also die Hälfte der heutigen Bevölkerung des gesamten Planeten).

«Es gibt Befragungen, wonach sich ein Drittel der Erwerbsfähigen zwischen 20 und 40 Jahren mit dem Gedanken trägt zu gehen. Wir haben 1,2 Milliarden Menschen in Afrika, bald über zwei Milliarden.» Dies sagte Reiner Klingholz, einer der renommiertesten Migrationsexperten, im Oktober 2016 in der Zeitung Welt.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass wirklich ein Drittel der Menschen in ihrem besten Alter nach Europa kommen werden, denn wenn sie es wollen, dann halten sie nur noch Staatsgrenzen und strenge Einwanderungsgesetze davon ab, die jedoch durch Migrationspakt aufgelöst werden sollen. Dann droht ein Ansturm von mehreren hundert Millionen - wenn nicht Milliarden - Afrikanern bis zum Ende des 21. Jahrhunderts. ***(gw/tk)***

Seite 7

Eine Zukunft ohne «Illegale Einreisen»

Schliesslich stellt man in Punkt 24 ein Verbot der Zurückweisung auf: «Wir erklären erneut, dass Menschen gemäss dem Grundsatz der Nichtzurückweisung an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen.» Also alle Menschen, die in den Ländern ankommen, müssen umgehend aufgenommen werden.

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren und haben das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden. Wir erinnern daran, dass unsere völkerrechtlichen Verpflichtungen jede Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status verbieten. Dennoch müssen wir mit grosser Besorgnis mitansehen, wie Flüchtlingen und Migranten in vielen Teilen der Welt zunehmend mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus begegnet wird.» (Einleitung/ Punkt 13)

Hier soll offenbar nahegelegt werden, dass Grenzen zu schliessen, Diskriminierung bedeute. Dies steigert sich noch im Abschnitt II. «Verpflichtungen, die sowohl auf Flüchtlinge als auch auf Migranten anwendbar sind». Da heisst es in Punkt 22:

«Unterstreichend, wie wichtig ein umfassender Ansatz für die mit diesem Thema verbundenen Fragen ist, werden wir einen am Menschen ausgerichteten, sensiblen, humanen, würdigen, geschlechtergerechten und umgehenden Empfang für alle Menschen, die in unseren Ländern ankommen, sicherstellen, und insbesondere für diejenigen, die im Rahmen grosser Flüchtlings- oder Migrantenströme ankommen. Ebenso werden wir sicherstellen, dass ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt geachtet und geschützt werden.»

Damit verträgt es sich natürlich nicht, dass die Staaten illegale Grenzübertritte unter Strafe stellen – oder dies nach heutigem Gesetz zumindest tun sollten. Daher sieht Punkt 33, noch zurückhaltend, vor, die Straftat eines illegalen Grenzübertritts in Zukunft zu entkriminalisieren:

«In Bekräftigung dessen, dass alle Personen, die internationale Grenzen überschritten haben oder zu überschreiten versuchen, das Recht auf ein ordnungsgemässes Verfahren zur Bewertung ihres Rechtsstatus und der Bedingungen ihrer Einreise und ihres Aufenthalts haben, **werden wir die Prüfung von Regelungen erwägen, die grenzüberschreitende Bewegungen unter Strafe stellen.»**

«Prüfung von Regelungen» soll wohl bedeuten, dass das System voneinander abgegrenzter Nationalstaaten der UN nicht mehr zeitgemäss erscheint und sie deshalb in Zukunft jede heute noch illegale Grenzüberschreitung legalisieren will. Widersprechen nationale Gesetze dieser übergeordneten UN-Agenda, sollen sie «geprüft» und damit wohl letztendlich aufgehoben werden! Ob dies dem Willen der jeweiligen Bevölkerung entspricht, darf bezweifelt werden.

"Operation Sophia": Keine Seenotrettung, sondern staatliche Schlepperei

Foto: Haeferl (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2013-02-16_-_Wien_-_Demo_Gleiche_Rechte_f%C3%BCr_alle_(Refugee-Solidarit%C3%A4tsdemo)_-_aks_-_Bleiberecht_ist_Menschenrecht.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Es gibt kein Menschenrecht auf Migration

Demgegenüber muss klar festgehalten werden, dass es aufgrund allgemeiner Menschenrechte kein Recht auf Einwanderung und umgekehrt für Staaten keine Pflicht auf Aufnahme von Migranten gibt. Einer der führenden Verfassungsrechtler Deutschlands, der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Udo Di Fabio hat dies in grösstmöglicher Deutlichkeit klargelegt:

«Das Grundgesetz garantiert jedem Menschen, der sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet und ihrer Herrschaftsgewalt unterworfen ist, eine menschenwürdige Behandlung (Art. 1 Abs. 1 GG). **Das Grundgesetz garantiert jedoch nicht den Schutz aller Menschen weltweit durch faktische oder rechtliche Einreiseerlaubnis. Eine solche unbegrenzte Rechtspflicht besteht auch weder europarechtlich noch völkerrechtlich. Entsprechende unbegrenzte Verpflichtungen dürfte der Bund auch nicht eingehen. Eine universell verbürgte und unbegrenzte Schutzpflicht würde die Institution demokratischer Selbstbestimmung und letztlich auch das völkerrechtliche System sprengen, dessen Fähigkeit, den Frieden zu sichern, von territorial abgrenzbaren und handlungsfähigen Staaten abhängt.»** (2)

Kritik an Massen-einwanderung = Rassismus?

Wohl um die Kritiker dieser Politik moralisch zu diskreditieren und durch die Keulen des Rassismus- und Fremdenfeindlichkeit-Vorwurfs sozial zu isolieren, heisst es in Punkt 14:

Während er als Innenminister gegen «Hassbotschaften» – d.h. vor allem Einwanderungskritik – in den sozialen Netzwerken vorging, stimmte Heiko Maas inzwischen als deutscher Aussenminister dem UN-Migrationspakt zu. Dieser empfiehlt Massnahmen, die Heiko Maas' Politik als Innenminister sehr ähneln. / Foto: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC-BY-SA 3.0

«Wir verurteilen nachdrücklich gegen Flüchtlinge und Migranten gerichtete Akte und Bekundungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz sowie die häufig auf sie angewandten Stereotype, insbesondere aufgrund der Religion oder Weltanschauung. [...] Flüchtlinge oder Migranten zu verteufeln rüttelt an den Grundfesten der Würde und Gleichheit aller Menschen – Werte, denen wir uns verschrieben haben. Wir, die wir uns heute bei den Vereinten Nationen, der Wiege und Hüterin dieser universellen Werte, versammelt haben, missbilligen zutiefst alle Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit, Rassendiskriminierung und Intoleranz. Wir werden eine Reihe von Schritten unternehmen, um derartigen Einstellungen und Verhaltensweisen entgegenzuwirken, insbesondere gegenüber Hasskriminalität, Verhetzung und rassistischer Gewalt. Wir begrüssen die vom Generalsekretär vorgeschlagene weltweite Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und werden sie in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und allen massgeblichen Interessenträgern im Einklang mit dem Völkerrecht durchführen.»

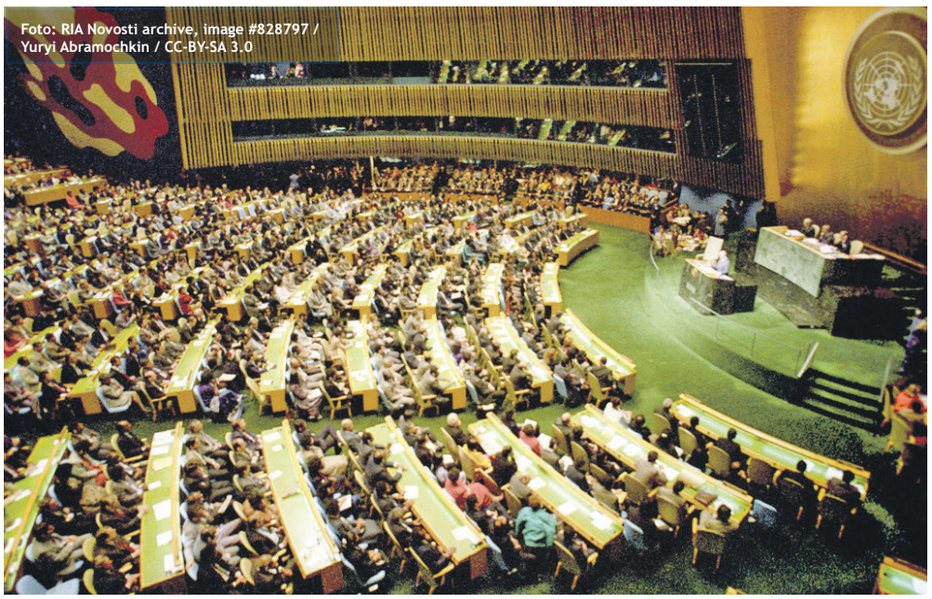
Die Formulierungen sind so gehalten, dass schon der Protest gegen die Massen, die schlicht nicht integriert und bewältigt werden können, als «Intoleranz» betrachtet wird, die ja mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zusammenhänge. Wer an einer unkontrollierten Zuwanderung Kritik äussert, gilt also laut der New Yorker Erklärung als Fremdenfeind und Rassist, auch wenn er das gar nicht ist. Und so findet es ja auch in Deutschland statt (siehe S.61). Interessant ist auch der Satz «Flüchtlinge oder Migranten zu verteufeln rüttelt an den Grundfesten der Würde und Gleichheit aller Menschen.» Die Gleichheit wird hier völlig missbräuchlich verwendet. Sie hat ihre Gültigkeit vor dem gemeinsamen Recht. Doch sind die Menschen leiblich und seelisch sehr ungleich. Ein Krimineller z.B. ist nun einmal nicht mit einer rechtstreuen Person gleichzusetzen. Mit dem falschen Schlagwort der Gleichheit aller Menschen wird in Wahrheit die demokratische Freiheit der heimischen Bevölkerung ausgeschaltet, selbst bestimmen zu können, wen sie in ihr Land aufnehmen, mit wem sie zusammenleben wollen.

➔

Ist es «Intoleranz», wenn man anmerkt, dass die meisten der Einwanderer schlicht nicht integriert werden können? Die UN hätte es wohl gerne so.

Seite 9

Von der New Yorker Erklärung zum Globalen Pakt für Migration



Im Gegensatz zu Resolutionen des UN-Sicherheitsrates sind jene der UN-Generalversammlung völkerrechtlich nicht bindend, können jedoch trotzdem enormes internationales politisches Gewicht haben.

Die New Yorker Erklärung sieht in Anlage 2 vor, einen Prozess zwischenstaatlicher Verhandlungen aufzunehmen, «der zur Annahme eines globalen Paktes für sichere, geordnete und reguläre Migration führen wird. Der globale Pakt würde eine Reihe von Grundsätzen, Verpflichtungen und Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten zur internationalen Migration in allen ihren Dimensionen festlegen.»

Der «Globale Pakte für Migration» der UN soll weltweit grenzenloses Zuwanderungsrecht garantieren. Dieser Prozess ist jetzt in seiner letzten Phase und soll bis Juli 2018 mit allen Mitgliedstaaten ausgehandelt und vereinbart, und auf einer Regierungskonferenz unter Schirmherrschaft der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10.-11. Dezember 2018 in Marokko angenommen werden. Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion zu den vorbereitenden Verhandlungen über diesen Pakt und eine Beteiligung des Bundestages hat die Bundesregierung geantwortet, der Globale Pakt solle rechtlich nicht bindend und damit kein völkerrechtlicher Vertrag sein. Eine förmliche Befassung des Bundestages sei daher nicht erforderlich. Ein raffinierter Trick: Keine rechtliche Verpflichtung, aber eine demokratisch nicht legitimierte Selbstverpflichtung der deutschen Regierung, die Parlament und Öffentlichkeit mit folgendem Verfahren vor vollendete Tatsachen stellt.

Soft Law (Weiches Recht)

In der Antwort der Bundesregierung heisst es ergänzend: «Nationale Hoheitsrechte werden durch den Globalen Migrationspakt weder eingeschränkt noch übertragen. Rechtliche Verpflichtungen werden nicht begründet.» (3) Dass ein «Pakt» (lat. pactum = Vertrag), der also eigentlich ein wechselseitig bindender

Vertrag ist, doch nicht bindend, also kein Vertrag sein soll, ist für den Normalbürger nicht so leicht nachvollziehbar. Doch wird das an seinen schon geschilderten Auswirkungen, wie wir sehen werden, wenig ändern.

Ein solches Konstrukt ist dem deutschen Recht fremd. Es stammt aus dem Anglo-Amerikanischen und wird dort als «soft law» = sanftes, weiches Recht bezeichnet. Damit sind nicht-bindende, empfehlende Erklärungen oder Absprachen gemeint, die nur allgemeine Tendenzen, gewünschte Entwicklungen und Regeln enthalten. Sie werden vor allem von internationalen Organisationen (z.B. OSZE, UNO) und sonstigen internationalen Staatengruppen angewendet.

Auf Wikipedia heisst es dazu:

«Soft Law ist eine Bezeichnung für nicht verbindliche Übereinkünfte, Absichtserklärungen oder Leitlinien. Im Gegensatz zum Hard Law, zu dessen Vollzug sich die Beteiligten verbindlich verpflichten, stellt das Soft Law eine weniger strenge Selbstbindung dar, wobei dies nicht zwangsläufig Wirkungslosigkeit impliziert. [...]

Trotz der fehlenden formalen Bindungswirkung z.B. der Resolutionen der UN-Generalversammlung, aber auch von Erklärungen anlässlich internationaler Konferenzen oder von Beschlüssen anderer Organisationen können diese als gleichartige Willensbekundungen einer Vielzahl von Staaten zur Entstehung von Gewohnheitsrecht beitragen. Entsprechend entstand v. a. in den späten 60er-Jahren die Forderung, dass den Resolutionen der Generalversammlung eine weiter gehende Bindungswirkung eingeräumt werden sollte.

Besonders in den Entwicklungsländern wurde dabei von einem rechtserzeugenden internationalen Konsens gesprochen, der zur spontanen oder sofortigen Schaffung von Gewohnheitsrecht oder so genanntem Soft Law, d. h. zumindest im Entstehen begriffenen Rechts mit Wirkung für alle Staaten (Erga-omnes-Wirkung) führe. Obwohl diese These nie von allen Staaten anerkannt worden ist, haben einzelne Resolutionen der Generalversammlung sicherlich wesentlichen Anteil an der verhältnismässig raschen Entstehung von Gewohnheitsrecht – eine These, die auch vom Internationalen Gerichtshof bestätigt wird. Darüber hinaus werden solche Resolutionen auch immer wieder zur Auslegung des zwingenden Völkerrechts herangezogen.»

Soft Law als Taktik?

Den Bürokraten der UN ist wohl klar, dass sich an einem verpflichtenden Vertrag über die Steuerung der Massenmigration eine Reihe von Staaten nicht beteiligen würde. Dafür genügt es ja nicht, dass die Eliten in den Regierungen unterschreiben, es müssen auch die Parlamente in einer öffentlichkeitswirksamen Debatte per Gesetz zustimmen, wodurch weite Teile der Bevölkerung hellhörig werden.

Foto: kremlin.ru

«Tag für Tag sehen wir, dass grosse westeuropäische Völker und Nationen Schritt für Schritt ihr Land verlieren. Die Situation ist die, dass jene, die die Einwanderung an ihren Grenzen nicht aufhalten, verlorengehen. Sie werden langsam aber sicher absorbiert. All dies wollen uns äussere Kräfte und internationale Mächte aufzwingen mit Hilfe ihrer Handlanger. Gegen diese Welt müssen wir kämpfen, um die eigene zu verteidigen. Man braucht einen Ort, eine Sprache, ein Zuhause, wo der Mensch unter den Seinen in Sicherheit und Liebe sein Leben leben kann. Europa steht jetzt schon unter einer Invasion. Und Brüssel schützt Europa nicht, es will die Einwanderung nicht aufhalten, sondern unterstützen und organisieren. Es will die Bevölkerung Europas verdünnen, will sie austauschen.»

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán bei einer Rede am 15.03.2018

Die USA haben die Mitwirkung am «Globalen Pakt für Migration» schon vorher gekündigt, da es ein No-Border-Programm sei, ein Pakt zur Aufhebung der Grenzen. «Amerika ist ein souveränes Land. Wir legen unsere Einwanderungsregeln selber fest. Wir hören nicht auf ausländische Bürokraten», sagte US-Präsident Donald Trump. Das gleiche kann von den osteuropäischen Staaten Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechien und auch Österreich erwartet werden. Es würde viele Jahre dauern, bis man alle – wenn überhaupt – für einen solchen Vertrag gewonnen hätte.

Da bietet sich ein «Soft-Law-Pakt» als eine listige Möglichkeit an, wie die Ratgeberseite «WikiHow» beschreibt:

«Je langsamer und kontroverser der politische Konsens zwischen verschiedenen Staaten über die Bühne geht, umso wahrscheinlicher ist es, dass Soft Law zum Einsatz kommt, um den fehlenden politischen Konsensus zu umgehen und zumindest jenen Staaten ein Fortkommen zu ermöglichen, die Interesse an der Lösung des Problems haben. Gleichzeitig kann versucht werden, andere Staaten zur Mitarbeit zu bewegen, um irgendwann einen bindenden Vertrag mit entsprechenden Rechten und Pflichten zu erarbeiten. In diesen Fällen kann mit Soft Law-Übereinkünften Zeit erkauft werden, um Unstimmigkeiten und rivalisierende Sichtweisen der verschiedenen Vertragsparteien zu klären und das Ergreifen von wichtigen Massnahmen zu fördern.

Durch Soft Law-Übereinkünfte kann ein gewisser Spielraum aufrechterhalten werden, während die engagierteren Staaten weiterhin daran arbeiten können, potentielle Trittbrettfahrer-Staaten davon zu überzeugen, dass eine aktive Beteiligung in einem gemeinschaftlichen Aktionsplan durchaus auch in deren Interesse sein kann.» [4]

Donald Trump gehört zu den wenigen Staatsoberhäuptern, die beim UN-Migrationspakt nicht mitmachen wollen.

Auf die abseits bleibenden Länder werde ein ständiger internationaler Druck ausgeübt, der in weiterer Folge erhöht würde, «da mit der Zeit klarer wird, dass die anderen Staaten, die sich aus freien Stücken der Lösung des Problems und der gewählten Methoden verschrieben haben, beginnen, jene Normen widerzuspiegeln, die für alle Länder gewollt sind.» (4) Zumal diese freiwilligen Normen durch die Praxis allmählich allgemein verbindliches völkerrechtliches Gewohnheitsrecht werden.

Dieser Soft-Law-Migrationspakt der UN ist also in seiner vordergründlichen Unverbindlichkeit keine harmlose Ideensammlung. Unter Bezug auf die allgemeinen Menschenrechte werden detaillierte Forderungen mit hohem moralischem Druck formuliert, wenn es z.B. in der New Yorker Erklärung vom 19.09.2016 heisst: «Wir erklären erneut, dass Menschen gemäss dem Grundsatz der Nichtzurückweisung an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen.» [1]

Der «Pakt» hat konkrete politische und schliesslich rechtliche Auswirkungen, die ihn in der Realität zu einem mächtigen Instrument im internationalen Recht machen. Die Unverbindlichkeit wird langsam zur internationalen völkerrechtlichen Verbindlichkeit.

Beschluss des EU-Parlaments

In der Woche vom 20. – 24.04.2018 fand im EU-Parlament eine Debatte über den im Prozess befindlichen «Globalen Pakt für Migration» der UN statt, die mit einem – wen wundert es – zustimmenden Beschluss des Parlaments endete. Darüber berichtete der Europa-Abgeordnete der AfD Prof. Jörg Meuthen in einem eigenen Video. Sie sieht, wie Prof. Meuthen zitiert, «einen Prozess zur Entwicklung eines weltweiten Steuerungssystems», «zur Stärkung der Koordinierung bei internationaler Migration» vor. Alle Länder werden dazu aufgerufen, «sich zu einer gerechteren Teilung

Soft Law auch in der Klimapolitik

Auch ohne bindende Verträge haben sich nahezu alle Staaten der Welt zu Massnahmen gegen den angeblich menschgemachten Klimawandel verpflichtet. So funktioniert das Prinzip des «Soft Law» für die UN nicht nur in der Migrationspolitik reibungslos. Mehr dazu in der **ExpressZeitung Ausgabe 09/ August 2017** - Thema: «Klimawandel - Menschgemacht?». Die Ausgabe ist auf unserer Webseite (expresszeitung.com) weiterhin bestellbar.

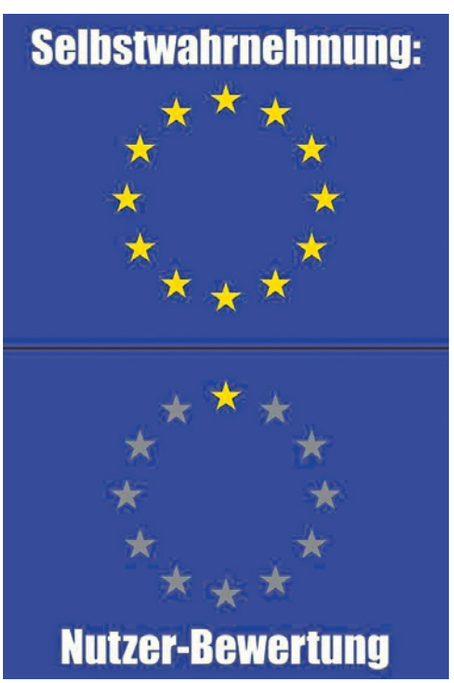
Eine Nation für alle ist eine Nation für niemanden!

Foto: Oxfam (https://en.wikipedia.org/wiki/File:Oxfam_Horn_of_Africa_famine_refugee_camp.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/

Seite 11

der Verantwortung für die Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen weltweit zu verpflichten». Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden ausdrücklich aufgefordert, «ihren Teil der Verantwortung anzuerkennen und zu tragen». Das EU-Parlament fordert «die Annahme eines weltweiten Mechanismus zur Aufteilung der Verantwortung».

Hier wird mit dem Begriff der Verantwortung massiver moralischer Druck aufgebaut, als wäre der Westen für alles Elend in den Herkunftsländern kollektiv verantwortlich. (Während die in der Tat mitverantwortlichen Eliten wie US-Politiker, NATO, George Soros oder Muslimbruderschaft aus der Schusslinie genommen werden) Von einer Anklage der EU gegen diese Hauptschuldigen ward noch nichts gehört; sie gehört ja auch selbst dazu.



Erzwungene Nächstenliebe ist keine Liebe

An die weitere ethische Bedeutung von Verantwortung, an menschliche oder gar menschheitliche Solidarität kann man appellieren, sie aber den Menschen Europas nicht per Gesetz zur Pflicht machen. Mitleid und Nächstenliebe, die nicht frei aus dem Herzen kommen, sondern von aussen erzwungen werden, sind keine, sondern verkehren sich in Hass und Aggression, führen also zu Auseinandersetzungen und letztlich zu Bürgerkriegen. Umso mehr, als grenzenlose Aufnahme ohne eigenes Auswahl- und Rückweisungsrecht durch den Migrationspakt verordnet werden soll und die Menschen ohnmächtig einem «weltweiten Verteilungs-Mechanismus» von Migrantenmassen ausgeliefert wären. Das ist absurd und totalitär.

Resettlement der EU

Entlarvend und bezeichnend ist, dass in dem Beschluss auch das Resettlement-(Neuansiedlungs-)Programm der EU genannt wird, in dessen Rahmen die deutschen Regierenden gerade selbstherrlich über die Köpfe der Bevölkerung hinweg die Übernahme von 10.000 Migranten aus Nordafrika zugesagt haben. [5] Denn im Grunde scheint es um eine einzige grosse Ansiedlung von Migranten und Flüchtlingen speziell in Europa zu gehen, um die europäische Bevölkerung zu ersetzen («Replacement-Migration») und zu durchmischen (Zitate von Sutherland und de Mello, siehe S.5). So besteht das EU-Parlament auf eine «Entwicklung sicherer und rechtmässiger Wege für Flüchtlinge, zusätzlich zur Neuansiedlung, einschliesslich humanitärer Korridore, humanitärer internationaler Visa, regionaler Systeme der Neuansiedlung und anderer ergänzender legaler Wege, so dass Flüchtlinge Zielorte erreichen können». Flüchtlinge, womit auch Migranten gemeint sind, sollen die Zielorte, die sie ansteuern, auch wirklich auf geebneten Wegen sicher erreichen, ohne aufgehalten werden zu können.

Planungsumsetzung und Schweigen der Medien

Mit der «New Yorker Erklärung» vom 19.09.2016 und dem Prozess zum Abschluss des «Globalen Paktes für Migration» zum Ende dieses Jahres sind die Planungen der UN vollends zutage getreten und erreichen eine neue, erdumspannende totalitäre Dimension. Kommt dieser globale Pakt zustande, erhält jeder Migrant ein unbeschränktes Einwanderungsrecht in den Staat seiner Wahl, und alle Staaten verlieren ihr souveränes Recht, selbst zu bestimmen, ob, wen und wieviel sie in ihre Gemeinschaft aufnehmen wollen. Es vollzöge sich ein gewaltiger Schritt der Souveränitätsaufgabe aller Staaten unter eine UN-Welt-Governance, eine Weltregierung.

Das grenzenlose Zuwanderungsrecht und die sicheren, legalen Wege und «Korridore» in das gelobte Land würden einen ungeheuren Anreiz zur Emigration ausüben, gerade auch auf diejenigen, die bisher diesen Schritt wegen der vielen Gefahren und Schwierigkeiten gescheut haben. Eine noch gewaltigere Völkerwanderung käme in Gang, durch die offenbar angestrebt wird, die bisherigen Völker nach Auseinandersetzungen und Kämpfen allmählich aufzulösen und eine gemischte Weltbevölkerung entstehen zu lassen. Sie würde eine einheitliche Prägung durch die anglo-amerikanische Massenkultur erhalten, die mit ihren weltweiten Kommunikationssystemen, ihrer Unterhaltungsindustrie und dem Reiz «einer

Afrikanische Ökonomin: Entwicklungshilfe erzeugt Flüchtlingsströme nach Europa

Die Ökonomin Dr. Dambisa Moyo aus Sambia warnte bereits 2009 vor einer unkontrollierten Migration von Flüchtlingen nach Europa. Eine Ursache sei die zunehmende Verarmung des Kontinents aufgrund von Entwicklungshilfe. Zwischen 1970 und 1998, der Zeit der höchsten Hilfeleistungen an Afrika, sei die Armut von 11% auf 66% gestiegen. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegten demnach, dass die Entwicklungshilfe das Wachstum verhindert habe. Wie das? Ausländische Hilfszahlungen liessen korrupte Regierungen aufspriessen, welche mehr als 85% der Fördergelder zweckentfremdeten. Aufgrund persönlicher Bereicherung und fehlender Rechtsstaatlichkeit seitens der Regierungen sinke die Investitionsbereitschaft von einheimischen Unternehmern. Grosse Summen an Hilfsgeldern brächten eine Kultur der Abhängigkeit und Vetternwirtschaft hervor. Die zunehmende Perspektivlosigkeit vieler Afrikaner liesse sie ihre Zukunft woanders suchen, so dass eine weitere Zunahme der Flüchtlingsströme nach Europa zu erwarten sei.

Quellen:
Stimme und Gegenstimme 42/2017
theeuropean.de, Kritik der Entwicklungshilfe
Buch: Dambisa Moyo, Dead Aid. Warum Entwicklungshilfe nicht funktioniert und was Afrika besser machen kann, Haffmans & Tolkemitt, Berlin 2012.

Groko-dil beim eidgemäßen Nutzenmehren und Schadenabwenden

unwiderstehlichen Mischung aus Idealismus und Egoismus» schon jetzt auf «die Jugendlichen in aller Welt, eine geradezu magnetische Anziehungskraft» ausübt, so der US-Globalstratege Zbgniew Brzezinski (†). [6]

Das hätte verheerende Auswirkungen auf die Weiterentwicklung der Menschheit, die ihre kulturellen Fortschritte laut Rudolf Steiner «nur in der individuellen Gestaltung der über die Erde hin differenzierten Völker» und in ihrer wechselseitigen Befruchtung erreichen kann.

Über die für die Menschheit höchst bedeutungsvollen Abläufe in der UN haben die Mainstream-Medien bisher kaum berichtet. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Es ist das Verdienst der AfD, dass auf ihr Verlangen am 19.04.2018 im Bundestag eine Aktuelle Stunde darüber stattfinden musste, in der zwei AfD-Abgeordnete klar gegen «eine Verlagerung nationaler Zuständigkeiten bei der Zuwanderung auf eine transnationale Ebene» Stellung bezogen – während alle Sprecher der Altparteien das Vorhaben verteidigten. (7) Aber auch darüber ist in der Presse kaum berichtet worden. ***(fassadenkratzer/tk)***

> «Entwicklungshilfe nimmt das Geld der Armen in den reichen Ländern und gibt es den Reichen in den armen Ländern.»
>
> *A. M. Saleh, Journalist aus Tansania*

Über den Migrationspakt ist in der Presse kaum berichtet worden.

Foto: AdrianHancu/istock

Quellen:

1. un.org, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 19. September 2016
2. bayern.de, Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem, Professor Dr. iur. Dr. sc. pol. Udo Di Fabio
3. dipbt.bundestag.de, Drucksache 19/1751, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Hebner und der Fraktion der AfD - Drucksache 19/1499 -
4. de.wikihow.com, Verstehen, warum Länder Soft Law anwenden
5. heise.de, Neuansiedlung von Migranten: Deutschland erteilt Zusage für 10.000, 19.04.2018
6. fassadenkratzer.wordpress.com, Herrschaftsmethoden des US-Imperialismus, 11.04.2014
7. Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht 26. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 19. April 2018

EU stellt sich hinter Migrationspakt

Im Beschluss des Europaparlaments bezüglich des globalen UN-Pakts heisst es unter Punkt 5:

«Das EU-Parlament betont, dass in den grundlegenden internationalen Menschenrechtsverträgen die Rechte aller Menschen, einschliesslich Migranten und Flüchtlinge, unabhängig von ihrem Rechtsstatus, anerkannt und die Staaten verpflichtet werden, sie zu achten, einschliesslich des fundamentalen Grundsatzes der Nicht-zurückweisung.»

Zudem fordert das EU-Parlament in dem Beschluss von der gesamten EU,

«Führungsqualitäten in diesem Prozess an den Tag zu legen und andere Länder zu verurteilen, die aus den Verhandlungen ausscheiden oder den Inhalt des endgültigen Pakts versuchen zu verwässern.»

In seiner Bundestagsrede am Mitte April 2018 berichtete der AfD-Abgeordnete Martin Hebner über die fatalen Folgen, welche der UN-Pakt und die EU-Entschliessung nach sich ziehen könnten:

«Die aktuelle Ausarbeitung der New Yorker UN-Erklärung von 2016 etabliert ein Bündel von Rechten für reguläre Migration und von Pflichten für die aufnehmenden Zielstaaten. Zu den staatlichen Pflichten gehört die Bekämpfung von Xenophobie (Anm.: Fremdenfeindlichkeit), mit Bezeichnung jeglicher Kritik an diesem Plan als ebensolche Fremdenfeindlichkeit. Es soll auch keine Rolle mehr spielen, ob Flüchtlinge und Migranten an den Grenzen Pässe haben oder nicht. Die Erklärung könnte zum Signal für eine nie dagewesene Völkerwanderung werden, die vor allem in die Sozialsysteme Europa erfolgen wird.

[…] Ein Staat ohne Grenzen, ohne Budgethoheit, ohne Definition der eigenen Identität, was will denn so ein Staat? Kein Grundgesetz kann die kulturelle Wertebeliebigkeit noch sinnstiftend regeln, die ein solches Siedlungsgebiet für jedermann darstellen würde. Es ist der bekannte One-World-Unsinn, der Armut sozialisiert statt Leitung zu fördern

Der AfD-Abgeordnete Martin Hebner bei seiner Bundestagsrede zum Migrationspakt.

[…]Die bisherigen Entscheidungen erfolgten an den demokratischen Strukturen vorbei, um anschliessend als alternativlos und grosser Gewinn für die Zielländer präsentiert zu werden. Oder wie Frau Merkel schlicht sagte: ‚Nun sind sie halt da.'

[…] Es geht um die geplante Umsiedlung, zu der sich Deutschland verpflichtet hat- am deutschen Parlament vorbei. Wer - meine Damen und Herren- hat die Bundesregierung dazu ermächtigt? Wann wurde das Thema im Bundestag behandelt und in der Öffentlichkeit berichtet? Wo waren die sogenannten Qualitätsmedien - allen voran ARD und ZDF -, die doch immer gern am Nerv der Zeit sind?»

Quelle: youtube.com, Der Globale Pakt für Migration: Einwanderungsplan von UNO und EU gefährdet Deutschlands Souveränität, 20.04.2018

US-Professor: «Europa droht eine gigantische Flüchtlingswelle»

«Europa droht eine gigantische Flüchtlingswelle» titelte ein im Juni 2018 veröffentlichter Beitrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in dem auf die Forschungsergebnisse des US-Professors Stephen Smith eingegangen wird und dessen Buch «Der Ansturm auf Europa». «Einfach alle kommen zu lassen, das funktioniert nicht», sagt der Deutsch-Amerikaner Smith. In seinem Buch belegt er, wie die demographische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten einen massiven Migrationsdruck auf Europa auslösen wird: **Während heute rund neun Millionen in Europa wohnende Menschen aus Afrika stammen, werden es bis 2050 unvorstellbare 150 bis 200 Millionen sein, so die Berechnungen Smiths.** Aktuelle Umfragen belegen dies, so denken derzeit bis zu 50% der Bevölkerung aus der Subsaharazone über eine Auswanderung nach. Ein Unterfangen, was sich bereits heute schon 150 Millionen dieser Afrikaner «leisten» könnten.

«Überwiegend sind es nicht die ganz Armen, die fliehen, sondern es ist die entstehende afrikanische Mittelklasse, die auf ein besseres Leben in Europa setzt», erklärt Smith. Vehement stellt sich der Anthropologe und Historiker gegen die politische Idee, wonach

Das Buch «La ruée vers l›Europe» («Der Ansturm auf Europa») sorgt bereits in Frankreich für Furore und soll bald auch auf Deutsch erscheinen.

Fachkräftemangel und Geburtendefizit der Industrienationen mittels Einwanderung kompensiert werden könnten. **«Man denkt in einfachen Metaphern und landet in der Welt der Mythen. Man ersetzt einen Deutschen nicht einfach durch einen Afrikaner oder umgekehrt, wie ein Zahnrad in einem Motor.»** In seinem Buch nimmt Smith die Konzepte der Vereinten Nationen zum Bevölkerungsaustausch, gepackt in Worthülsen wie «replacement migration» («Ersetzungsmigration»), radikal auseinander. **In Wahrheit sei die «massive Einwanderung junger Afrikaner […] weder notwendig noch nützlich: Ihre Ankunft würde in keiner Weise den Abhängigenquotienten auf dem Alten Kontinent verbessern. […] Wie kann man also die Annahme rechtfertigen, dass es besser wäre, Ausländer zu integrieren, als die Bewohner dazu zu bringen, mehr Kinder zu haben?»** «Langfristig» müsse auch «die Frage der Geburtenrate in Afrika» gelöst werden, so Smith, um der Katastrophe Herr zu werden.

Quelle: zuerst.de, Neuer Asyl-Ansturm läuft: Zehntausende Migranten auf dem Weg nach Europa – 68 Millionen weltweit auf der Flucht – «Europa steht vor einer gigantischen Flüchtlingswelle», 19.06.2018

Führt Deutschland die Migrations-Agenda der UN durch?

Durchführende Organisation des Prozesses eines «Globalen Pakts für Migration» ist das «Global Forum on Migration & Development» GFDM (Globales Forum für Migration und Entwicklung), das eng mit der UN verbunden ist und die Aufgabe hat, «die Migrations- und Entwicklungszusammenhänge praxisorientiert und handlungsorientiert anzugehen». Es ist von Bedeutung, dass der Gründungsvater des GFDM der oben genannte Peter Sutherland ist, also jener hohe EU- und UN-Funktionär, der unentwegt das Ziel verfolgte, durch Massenmigration die Homogenität der europäischen Völker aufzulösen und multikulturelle Staaten zu schaffen. 2006 vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan zum Sonderbeauftragten des Generalsekretärs (SRSG) für internationale Migration ernannt, hat er das Forum 2007 ins Leben gerufen, um politische Entscheidungsträger und hochrangige politische Praktiker der UN-Mitgliedstaaten, sowie Nicht-Regierungs-Organisationen, also auch solche der Asyl-Industrie oder Migrations-Organisationen zu versammeln, mit ihnen die globale Migration voranzutreiben und die praktischen Herausforderungen zu bewältigen. Seitdem, bis September 2016, als er krank wurde, (er ist am 7.1.2018 gestorben) hat er den jeweiligen GFMD-Vorsitz strategisch beraten und unterstützt. Das GFMD hat, was Aufgaben und Ziele angeht, von ihm seine Prägung erhalten.

Peter Sutherland (†) (ganz links) , der Gründer des GFDM und damit auch Vordenker des Migrationspakts, bei einem Treffen der Organisation im Mai 2014.

Peter Sutherland – Ein Vorbild für deutsche Politiker

Den derzeitigen Vorsitz des GFMD hat bis Ende 2018, zusammen mit Marokko, Deutschland inne, vertreten durch den Botschafter für den GFMD-Co-Vorsitz 2017-2018 Dr. Götz Schmidt-Bremme, der zuvor 2013-2017 Leiter und Ministerialdirektor der Rechts-, Konsular- und Migrationsabteilung im Auswärtigen Amt war. In einem Nachruf, den dieser zusammen mit seinem marokkanischen Kollegen auf Peter Sutherland schrieb, heisst es am Ende: «Da 2018 ein entscheidendes Jahr für die Verabschiedung des ersten Global Compact (Anm.: Globaler Pakt für Migration) sein wird, **wird sich der GFMD weiterhin von der Arbeit und Vision von Herrn Sutherland für die internationale Migration inspirieren lassen.** Mögen wir uns immer an das Leben des Dienstes erinnern, den er mit der GFMD und der globalen Gemeinschaft geteilt hat.» Die Intentionen Peter Sutherlands sind also für das deutsche Auswärtige Amt Vorbild.

So sagte auch Maria Margarete Gosse, die jetzige Beauftragte im Auswärtigen Amts für den Rechts- und Konsularbereich, einschliesslich Migrationsfragen, in einem Interview am 04.12.2017: «Wichtige Punkte sind für uns die Verminderung irregulärer Migration, die Stärkung bestehender legaler Zuwanderungswege, die Wahrung des Rechts auf Asyl, bessere zwischenstaatliche Kooperation, Mechanismen zur Erfolgskontrolle des Paktes und der Status des Dokuments selbst. Der Pakt soll eine starke politische Willensbekundung aller Staaten sein, um ordnungsgemässe, sichere und verantwortungsbewusste Migration und Mobilität von Menschen durch partnerschaftliche zwischenstaatliche Zusammenarbeit zu erleichtern.» [1]

Dr. Götz Schmidt-Bremme (links), der entscheidend an der Ausarbeitung des Migrationspakts beteiligt war, lobte in seinem Nachruf die «Arbeit und Vision» von Peter Sutherland, der öffentlich sagte, er wolle «die Homogenität der Völker zerstören».

Zerstörung der Homogenität des deutschen Volks?

Das deutsche Aussenministerium denkt also ganz im Sinne der New Yorker-Erklärung der UN, was die Anerkennung eines Einwanderungsrechts jedes Migranten und die Verpflichtung mit einschliesst, keinen Migranten an der Grenze zurückzuweisen, was ja in Deutschland seit 2015 de facto bereits geschieht. Solche «unbegrenzten Verpflichtungen dürfte der Bund nicht eingehen», schrieb, wie oben zitiert, der Verfassungsrechtler Prof. Di Fabio, weil sie «die Institution demokratischer Selbstbestimmung und letztlich auch das völkerrechtliche System sprengen (würden), dessen Fähigkeit, den Frieden zu sichern, von territorial abgrenzbaren und handlungsfähigen Staaten abhängt.» Es ist zu erwarten, dass eine solche Verpflichtung von der Mehrheit der Altparteien im Bundestag auch gebilligt wird. Das ist eine verfassungswidrige Politik der Deutschland beherrschenden politischen Kaste, die noch über der Ebene des Hochverrates anzusiedeln ist. Sie zielt darauf ab, die Homogenität des deutschen Volkes aufzulösen und einen multikulturellen Staat zu schaffen (Sutherland). Was ja bedeutet, dass das deutsche Volk mit seiner hohen Kultur mittelfristig zerstört und verschwunden sein könnte.

Der Wirtschaftsminister beim Wirtschaftsministern

Seite 11

Merkel: Aus «Illegalität Legalität» machen

Das entspricht ja schon lange den Intentionen Angela Merkels, wie Vera Lengsfeld erinnert. «In der Sendung ‚Was nun?' des ZDF am 13.November 2015 sagte Angela Merkel auf dem Höhepunkt der illegalen Masseneinwanderung:

‚Ich kämpfe für den Weg, den ich mir vorstelle, für meinen Plan, den ich habe[...], aus Illegalität Legalität zu machen.'

Die Kanzlerin hat damit in aller Deutlichkeit klar gemacht, dass es sich nicht um einen Unfall handelte, als sie im September 2015 die Grenzen für eine beispiellose Masseneinwanderung öffnete, sondern dass es ihr Plan war. Inzwischen wird der ungesetzliche Zustand an unseren Grenzen zu einer Art Gewohnheitsrecht erklärt.» [2]

Also genau das Gewohnheitsrecht, zu dem die Schaffung von «Soft Law» (siehe S.10) entscheidend beiträgt.

Ein «Soft-Law-Pakt» läuft nur in den elitären Kreisen der Regierungen ab und wird in verschiedenen Sitzungen ausgehandelt. In der Antwort der Bundesregierung auf die Frage der AfD-Fraktion heisst es dazu:

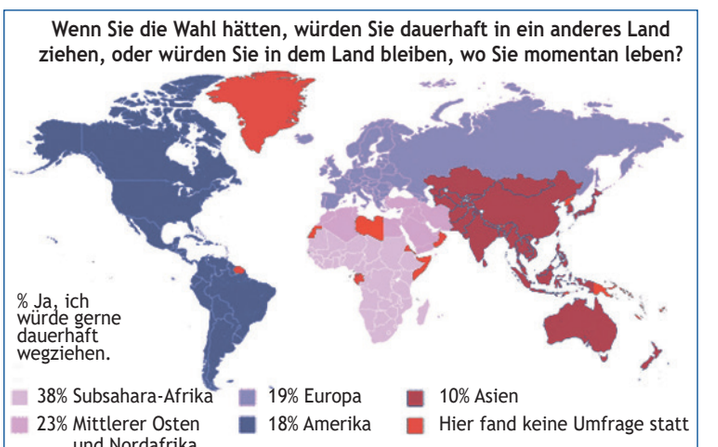
«Bis Oktober 2017 haben sechs thematische Sitzungen stattgefunden, bei denen die Mitgliedsstaaten und Organisationen der Vereinten Nationen sowie zahlreiche nicht-staatliche Akteure verschiedene inhaltliche Schwerpunkte eines künftigen Globalen Migrationspaktes diskutierten. Im Dezember 2017 wurde in Mexiko eine Bestandsaufnahmekonferenz durchgeführt, um das bisher Erreichte zu sichten und zu bewerten. Aufbauend auf den Konferenzergebnissen und Inhalten des ergänzenden Berichts des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 11. Januar 2018 haben die beiden Ko-Fazilitatoren (Vermittler) Schweiz und Mexiko am 5. Februar 2018 einen Erstentwurf des Globalen Migrationspakts vorgestellt. Dieser bildet die Grundlage für die zwischenstaatlichen Verhandlungen in New York, die im Februar 2018 begonnen haben und bis Juli 2018 abgeschlossen sein sollen. Die formelle Annahme des Pakts soll im Dezember 2018 auf einer Gipfelkonferenz (Anm.: der Regierungen in Marokko) erfolgen.» [3]

Das Volk bleibt aussen vor

Eine Entscheidung des Parlamentes als Repräsentant des Souveräns oder gar eine Befragung des Souveräns selbst über diese lebenswichtige Frage kommt da nicht in Betracht. Denn der Pakt ist ja völkerrechtlich nicht verpflichtend. Die deutsche Regierung verpflichtet sich halt selber und die Grenzschutzbehörden per Anordnung entsprechend. Die Exekutive hat sich wie in einer Diktatur über die Legislative gesetzt, der sie ihre Existenz verdankt. Gönnerhaft, man könnte auch sagen zynisch, lässt sich die Bundesregierung zu der Bemerkung herab: «Gleichwohl hat die Bundesregierung die Fraktionen des Bundestages jeweils über die Möglichkeit informiert, im Zuge der Erarbeitung des Globalen Migrationspakts an bisher stattgefundenen Konsultationen massgeblicher Interessensträger in Genf und New York teilzunehmen.»

Also die Vertreter des Souveräns sollen mit den internationalen Eliten um wesentliche Fragen ihrer Souveränität feilschen! Dabei hat es in der Demokratie über eine solche fundamentale Problematik zunächst eine gesamtgesellschaftliche und parlamentarische Diskussion zu geben, aus der dann die Regierung für internationale Verhandlungen entsprechend beauftragt wird. Doch ist das überhaupt noch eine Demokratie?

Online-Zockerin empfängt Bonusmeldung der Spielleitung



Das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Gallup fand 2009 heraus, dass 16% der Weltbevölkerung ihre Heimat verlassen würden, wenn sie die Chance dazu hätten – schon damals mehrheitlich Menschen aus Afrika und dem Mittleren Osten.

Foto: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Deutschland: Musterbeispiel für Soft Law

Man kann anhand der vorangegangenen Bekenntnisse und der spätestens seit 2015 verfolgten Politik Deutschlands davon ausgehen, dass die Merkel-Regierung (oder ihr Nachfolger) den unverbindlichen Soft-Law-Charakter des Globalen Migrationspaktes sehr wohl als verbindlich interpretieren und bei dessen Umsetzung als Musterbeispiel voranschreiten wird. Sicher nicht zufällig teilt sich die deutsche Regierung mit Marokko momentan den Vorsitz des wichtigsten Planungsgremiums für den Pakt – des Globalen Forums für Migration und Entwicklung (siehe S.15). Die deutsche Regierung praktiziert ja verfassungs- und rechtswidrig schon seit Jahren, was der Pakt erreichen will: die grenzenlose Aufnahme und Versorgung aller ankommenden Migranten ohne Zurückweisung. Sie wird, ebenso wie wohl auch die meisten strammen EU-Staaten, dem Pakt beitreten und sich selbst zu den inhaltlichen Forderungen verpflichten. Das Auswärtige Amt signalisierte ja bereits am 04.12.2017 seine volle Zustimmung, und in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion heisst es, dass die Bundesregierung die Zielsetzung des Globalen Migrationspaktes unterstütze.

Deutschland wird durch seine weltweiten Willkommenssignale und sein international berühmt gewordenes Sozialsystem eine noch grössere Magnetwirkung ausstrahlen, wenn sichere Korridore nach Mitteleuropa führen und keine Zurückweisungen und Abschiebungen drohen. Die Bundesregierung weiss das natürlich. Auf die Frage der AfD-Fraktion: «Wie will Deutschland der Sogwirkung des deutschen Sozialsystems gegenüber den Migrationswilligen begegnen?» ging die Bundesregierung überhaupt nicht ein, sondern schrieb stattdessen im Bewusstsein ihrer exekutiven Macht mit trotziger Arroganz: «Der Globale Migrationspakt zielt gerade auf eine Stärkung sicherer, geordneter und regulärer Migration unter Betrachtung aller relevanten Faktoren. Die Bundesregierung unterstützt diese Zielsetzung und setzt sich in den Verhandlungen zum Globalen Migrationspakt auch dafür ein, irreguläre Migration zu reduzieren.»

Das ist absurderweise gar nicht so falsch, denn der UN-Migrationspakt wird «irreguläre Migration» tatsächlich wie nie zuvor reduzieren, da er sie höchstwahrscheinlich langfristig abschaffen wird. ***(fassadenkratzer/tk)***

Quellen:

1. deutschland.de, Rechte von Migranten schützen, 04.12.2017
2. epochtimes.de, Angela Merkels Plan - Aus Illegalität Legalität machen, 22.04.2018
3. dipbt.bundestag.de, Drucksache 19/1751, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Hebner und der Fraktion der AfD - Drucksache 19/1499 -

CSU und FDP: Contra Massenmigration im Bundestag, Pro Massenmigration im EU-Parlament

Während sich die FDP, CSU und auch Teile der CDU im Bundestag inzwischen den Anstrich der Migrationskritik verpassen, ist davon im EU-Parlament keine Spur. So sagte der AfD-Abgeordnete Prof. Dr. Meuthen am 21.04.2018:

«Die überwältigende Mehrheit des EU-Parlaments hat für diese Inhalte gestimmt. Nun, dass die Abgeordneten der SPD, der Grünen und der Linken dafür stimmen würden, das war zu erwarten. Aber auch die CDU/CSU und die FDP stimmten dafür. Es ist das übliche Spiel: In Deutschland greifen diese Parteien auf eine migrationskritische Rhetorik zurück, in Brüssel brechen sie das Wort. Das Kartell-Parteien-Einerlei stimmt also dafür, dass die EU die legale und nicht diskriminierende Einreise von Migranten ermöglichen soll.»

So scheint u.a. Horst Seehofers harsche Kritik an der Kanzlerin nichts als Augenwischerei zu sein. Die nächste Stufe der Massenumsiedlung wird wohl auf höherer Ebene vorbereitet und umgesetzt werden.

Quelle: youtube.com, 21.04.2018 Prof. Dr. Meuthen AfD «Globaler Pakt für Migration»

© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

"Interpol warnt vor einem Gaunerpärchen. Haustür-Übertölpelungstrick."

Migration

Deutscher Rechtsbruch

«Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine grosse Räuberbande.»

Augustinus von Hippo, einer der vier grössten Kirchenlehrer der Spätantike

Die Bundesregierung stellt sich in der Migrationskrise fortgesetzt über das Recht. Sie hat sich von der fundamental-demokratischen Verfassungsnorm, die alles Handeln der Exekutive an das Gesetz bindet, selbstherrlich gelöst. Dabei wird sie von nahezu allen Parteivertretern im Parlament offen oder duldend unterstützt. Es gibt keine wirkliche demokratische Kontrolle und kein funktionierendes Korrektiv in diesem staatsstreichähnlichen Geschehen. Der sonst zum eigenen Nutzen so viel beschworene Rechtsstaat ist von einer geschlossenen Politelite in totalitärer Manier ausser Kraft gesetzt. Ein Zustand, der den Bürokraten der UN, die sowieso auf eine Auflösung des nationalen Rechts durch «Soft Law» (siehe S.10) setzen, nur recht sein kann.

Zahlreiche renommierte Staats- und Verfassungsrechtler haben eindeutig dazu Stellung genommen. (1) Doch ihre warnenden und anklagenden Stimmen werden nur von wenigen gelesen und von der politischen Klasse ignoriert. Einigen ihrer Argumentationen, die zum Teil auch tieferen gesellschaftlichen Ursachen nachspüren, soll hier mitdenkend nachgegangen werden.

Moralismus und Universalismus

Die rechtswidrige dauerhafte Öffnung der Grenzen für einen ungehinderten und unkontrollierten Zustrom von Millionen von Migranten und Flüchtlingen aus den Krisen- und Armutsgebieten der Welt wird von der Regierung mit einer «humanitären Verpflichtung» begründet, die sich aus «unseren westlichen Werten», besonders aus dem Grundrecht der Würde des Menschen, ergebe. Die Kirchen sekundieren mit Appellen an das Gebot der christlichen Nächstenliebe, und Tausende heissen die angeblich Schutz und Hilfe Suchenden aus den fremden Kulturkreisen warm und fröhlich willkommen. Romantisch überhöhte Moral verdrängt das Recht und die Realität des Machbaren.

So schreibt der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Frank Schorkopf von der Universität Göttingen: «Abweichendes wird als amoralisch ausgegrenzt. [...] Einem realpolitischen Vorschlag quantitativer Grenzen wird die idealisierte Position eines schrankenlosen Asylgrundrechts gegenübergestellt. Das Grund-

für die Ziele der UN?

«Der Begriff ‚humanitär' ist gänzlich unspezifisch und damit rechtsstaatswidrig unbestimmt. Jedenfalls ist die Ermächtigung mit Artikel 16 a Absatz 2 Grundgesetz unvereinbar. Das gilt auch für die ‚Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland'. Die ‚Willkommenskultur' in Deutschland verletzt die Interessen Deutschlands existentiell und wird auch von allen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Recht abgelehnt.»

Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, deutscher Staatsrechtslehrer

gesetz soll normativer Ausdruck des Willens sein, Deutschland zum sicheren Hafen für Menschen zu machen, die dem fraglos bestehenden, weltweiten Leid entkommen wollen.»

«Diese Forderungen kleiden sich in die Tugend der Toleranz, zielen auf die Inklusion aller Menschen und finden in der Freundlichkeit der Willkommenskultur ihren signifikanten Ausdruck – Höhepunkt der im Ausland eher zwiespältig beobachteten jüngsten deutschen Sondermoral. [...]Die obwaltende ‚Friede, Freude, Eierkuchen'-Mentalität einer saturierten, weithin entpolitisierten und von ihrer moralischen Werteorientierung selbst am meisten begeisterten Wellness- und Spassgesellschaft sucht sich [...] unangenehm differenzierenden Entscheidungen und den daraus möglicherweise ‚hässlichen Bildern' möglichst zu entziehen. Daher fragt man qua Regierungsanweisung gar nicht erst nach der Identität der Flüchtlinge, warum, woher und vor wem sie flüchten. Das geltende Recht wird einfach ausser Kraft gesetzt, um harte Entscheidungen erst gar nicht treffen zu müssen», so der Kölner Rechtswissenschaftler Prof. Otto Depenheuer. (1)

Bedeutung der Grenzen

Doch gerade die sich abgrenzenden freiheitlichen demokratischen Staaten sind Garanten von Freiheit, Recht, Wohlstand und relativem Frieden, in denen Flüchtlinge Schutz vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Repression suchen. Prof. Klaus F. Gärditz, Rechtswissenschaftler an der Universität Bonn schreibt: «Flüchtlinge überwinden [...] nicht nur Grenzen, sie flüchten, wenn sie Schutz vor Verfolgung suchen, gerade auch hinter eine Grenze, weil nämlich nur eine territorial umgrenzte Herrschaft ein realistisches Schutzversprechen abgeben kann. [...] Räumliche Grenzziehungen gehören in ausdifferenzierten sozialen Gemeinschaften zu den ganz allgemeinen Grundbedürfnissen, einen territorialen Ordnungsanspruch gegenüber anderen [...] Gemeinschaften zu verbinden. [...] Menschen suchen innerhalb der deutschen Staatsgrenze den Schutz, den nur eine funktionierende Territorialgewalt anbieten kann. Ohne Territorialität gibt es keine Zuflucht, kein Schutzversprechen, sondern allenfalls ein Weglaufen als fluider Dauerzustand. In einen ‚failed state' mit unfreiwillig offenen Grenzen flüchtet niemand. Und für diejenigen, die vor Verfolgung fliehen, dürften vorbehaltlos offene Grenzen, über die auch die Peiniger aus dem Herkunftsland unbehelligt nachziehen können, kein ausnahmslos attraktives Freiheitsversprechen sein.»

In der Tat werden die geöffneten Grenzen Deutschlands allmählich zu einem enormen Sicherheitsrisiko, sodass letztendlich weder die Heimatbevölkerung noch die neu Hinzugekommenen effektiv geschützt werden können. So kommt es beispielsweise in den Asylheimen immer wieder zu Übergriffen von Moslems auf Christen, die eigentlich in Deutschland Schutz vor radikalem Islamismus suchten, (2) oder rechtschaffene türkische Ladenbesitzer, die bereits vor Jahrzehnten nach Deutschland kamen, müssen Schutzgeld an libanesische Familienclans bezahlen.

Dem Moralismus der humanitären Verpflichtung hielt bereits im Januar 2016 der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Udo Di Fabio in einem Gutachten für die aber tatenlos bleibende bayerische Landesregierung nüchtern die verfassungsrechtlichen Fakten und staatsrechtlichen Notwendigkeiten vor:

«Eine völkerrechtliche Verpflichtung zur unbegrenzten Aufnahme von Opfern eines

➔

Foto: Kodda/shutterstock

Seite 21

Bürgerkrieges oder bei Staatenzerfall besteht nicht und wäre im Falle ihres Bestehens ein Verstoss gegen die unverfügbare Identität der Verfassungsordnung.» [3]

«Der Bund hat im Rahmen seiner Kompetenzen dafür Sorge zu tragen, dass elementare Gefährdungen für den Bundesbestand unterbleiben und wirksam abgewehrt werden. Dem kann pauschal nicht entgegengehalten werden, die Bundesregierung sei aus Gründen des Schutzes der Menschenwürde zu Grenzöffnungen verfassungsrechtlich verpflichtet. Das Verfassungsrecht hat mit Art. 16 a GG zwar eine klare Entscheidung für das Grundrecht auf Asyl getroffen; es gewährt gem. Abs. 2 aber kein subjektives Recht bei Einreise über einen sicheren Drittstaat.» [4] **(siehe Teil 1: Bruch der Asylgesetzeq, S.24)**

«Auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland kann der Schutz der Würde des Menschen nur dann wirksam gewährleistet sein, wenn die Kontrolle über die Einreise in das Staatsgebiet nicht verloren geht. Es unterliegt einem Missverständnis, wer glaubt, dass die Menschenrechte wegen ihrer universellen Geltung die staatliche oder supranationale Rechtsordnung suspendieren oder gar derogieren (abschaffen) könnten.» [5] **(siehe Teil 2: Bruch der Einreisegesetze)**

Gerne wird geltend gemacht, die völlige Grenzöffnung im Spätsommer 2015 sei notwendig gewesen, um die damaligen Flüchtlingsmassen in Ungarn aus einer menschenunwürdigen Situation zu befreien. Die Bundesregierung habe sozusagen aus einem übergesetzlichen Notstand heraus gehandelt. Dem hält Prof. Di Fabio treffend entgegen:

«Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique ‚regieren' zu lassen.»

Sophie Scholl (†), Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus

«Selbst wenn man unterstellt, dass die Lage Ende August und Anfang September 2015 quasi im rechtfertigenden Notstand zu Gunsten einer menschenwürdigen Behandlung von Flüchtlingen notwendig gewesen sein sollte, so würde das nichts an der Tatsache ändern, dass damit allenfalls eine punktuelle, auf wenige Tage beschränkte einstweilige Massnahme zu rechtfertigen wäre, aber keine längere oder gar dauerhafte Ausserachtlassung des geltenden Rechts.» [6]

Auch zu dem ständigen Hinweis der Kanzlerin, eine umfassende Grenzsicherung könne nur auf gemeinsamer europäischer Ebene erfolgen, und da müsse man eben Geduld haben, verweist Di Fabio nüchtern auf das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts:

«Das Grundgesetz setzt die Beherrschbarkeit der Staatsgrenzen und die Kontrolle über die auf dem Staatsgebiet befindlichen Personen voraus. […] Der Bund ist aus verfassungsrechtlichen Gründen im Sinne der demokratischen Wesentlichkeitsrechtsprechung nach dem Lissabon-Urteil des BVerfG verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.» [7] **(siehe Teil 2: Bruch der Einreisegesetze, S.28)**

Foto: Wikipedia / Tobias Klenze / CC-BY-SA 4.0

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Hans-Jürgen Papier konstatierte ebenfalls im Januar 2016 in einem Interview mit dem Handelsblatt: **«Die Flüchtlingskrise offenbart ein eklatantes Politikversagen. Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit.» [8]**

Ungeachtet dieser gewichtigen Stimmen renommierter Staatsrechtler ist es mit den offenen Grenzen weitergegangen. Zu den über 1 Million illegal eingereisten Personen von 2015 sind 2016 weitere ca. 320.000 (je nach Quelle unterscheiden sich die Zahlen) über die deutschen Grenzen geströmt – reduziert nur durch die gegen Merkels Willen erfolgte Schliessung der Balkanroute (siehe S.55). [9] Hinzu kamen im Zuge des Familiennachzuges 2016 weitere 105.000 Personen. [10] Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rechnet durch den Nachzug von Familienangehörigen mit einer mittelfristigen Verdoppelung der bereits 500.000 eingereisten Syrer von 2015. [11] Und all dies sind nur die offiziellen Zahlen.

Diesen Amtseid musste Angela Merkel bereits viermal schwören.

Staatsvolk und Einwanderung

Das Grundgesetz ist explizit die Verfassung des deutschen Volkes, wie es sich auf der Basis seelischer, sprachlicher und kultureller Gemeinsamkeiten historisch entwickelt hat. Subjekt der Demokratie ist also nicht irgendein beliebiges Volk oder irgendeine Bevölkerung, sondern das deutsche Volk. Dieses ist

Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt und der demokratischen Legitimation staatlicher Herrschaft. Das Prinzip dieser so verstandenen Nationalstaatlichkeit ist daher **«der verfassungsrechtliche Rahmen, welcher der Einwanderungspolitik vorgegeben ist. Für eine aktiv gestaltende Migrationspolitik ergibt sich daraus zunächst, welche Ziele sie nicht verfolgen darf: Sie darf nicht die Überwindung des Nationalstaates durch eine multikulturelle Gesellschaft oder gar einen Vielvölkerstaat anstreben. Die Entstehung ethnisch-religiöser und sprachlicher Parallelgesellschaften darf weder geplant noch in Kauf genommen werden», so der Rechtswissenschaftler Prof. Dietrich Murswiek.** [12] **(siehe Teil 3: Völkermord an den Deutschen?)**

Ein Volk ist natürlich keine statische Grösse, sondern entwickelt sich weiter. Auch das deutsche Volk hat in seiner Geschichte immer Menschen aus anderen Völkern aufgenommen, die sich integriert, ja assimiliert haben, also ganz in der kulturellen Volksgemeinschaft aufgegangen sind. Aufgabe der Politik ist es, in allen Entwicklungen die kulturelle und sprachliche Identität des Volkes zu erhalten. Murswiek weiter:

«Damit wäre es, um den Extremfall zu bezeichnen, unvereinbar, wenn die Migrationspolitik dazu führt, dass in Deutschland eine kulturell hier nicht verwurzelte Mehrheitsbevölkerung entsteht. […] Bleibt die Geburtenrate der Deutschen so niedrig wie bisher und die der Immigranten so hoch, wie sie in ihren Herkunftsländern ist, wird der Extremfall immer wahrscheinlicher. Und wenn die Grenzen für alle Immigrationswilligen ohne Obergrenze geöffnet bleiben, wird dieser Fall in absehbarer Zukunft sogar mit Gewissheit eintreten. […] Die Verfassung lässt dem Gesetzgeber die Möglichkeit offen, durch Einbürgerungen auch die Zusammensetzung des Staatsvolkes zu verändern. Aber diese Ermächtigung bedeutet nicht, dass Regierung und Parlament durch politische Entscheidungen eine völlig neue ethnisch-kulturelle Struktur des Staatsvolkes herbeiführen dürfen.» [13] **(siehe Teil 3: Völkermord an den Deutschen?, S.32)**

Flüchtlinge und Immigranten

Die Politik verwischt vielfach den Unterschied zwischen Flüchtlingen und Immigranten. Letztere dürfen im Grunde nur bei positiver Integrationsprognose, also Integrationsfähigkeit, -willigkeit und vorhandener Integrationskapazität aufgenommen werden. Flüchtlinge muss man auch in grösserer Zahl ins Land lassen, wenn es eine realistische

Rückkehrperspektive gibt. Fehlt diese, sind sie auch Einwanderer, für die die Integrationskriterien gelten. Eine Vielzahl von Äusserungen der Regierung zeigt, dass sie von einem dauerhaften Bleiben der über eine Million «Flüchtlinge» ausgeht, die 2015 eingeströmt sind. Wenn die Kanzlerin ständig summarisch eine Obergrenze ablehnt (siehe S.52), bewegt sie sich stets ausserhalb der Verfassung, an die sie gebunden ist. Es handelt sich auch bei den meisten Asylsuchenden praktisch um Einwanderer, die in Bezug auf eine Obergrenze mit den Immigranten zusammen gesehen werden müssen.

Anders als in jedem Einwanderungsland der Welt werden die Eingelassenen aber nicht nach den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarkts, ihren beruflichen Qualifikationen, ihrer Integrationsfähigkeit und -willigkeit ausgewählt. Sie werden überhaupt nicht ausgewählt, sondern einfach in unbegrenzter Zahl unkontrolliert aufgenommen. Die Integration wird plakativ gefordert, wird aber bei einer solchen noch ständig weiter wachsenden Zahl von Menschen, die in so kurzer Zeit aus völlig fremden und zum grossen Teil noch archaischen kulturellen Zusammenhängen kommen, unmöglich sein.

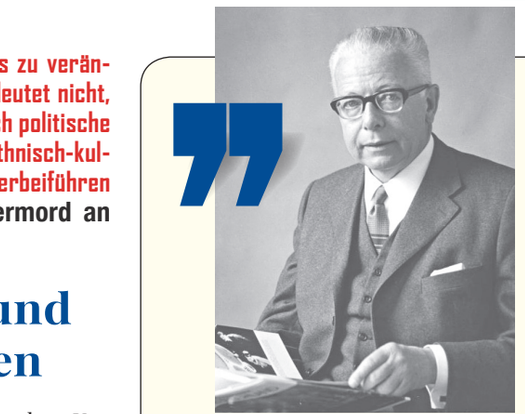
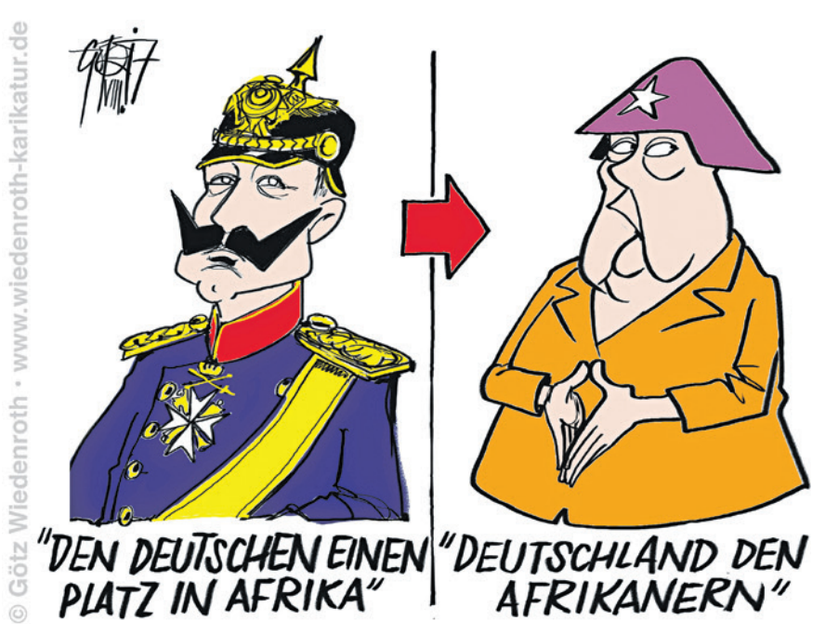


Foto: Bundesarchiv, Bild 146-2007-0037/Bauer, Georg/ CC-BY-SA 3.0

«Die Grundlage der Demokratie ist die Volkssouveränität und nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen Staates. Nicht der Bürger steht im Gehorsamsverhältnis zur Regierung, sondern die Regierung ist dem Bürger im Rahmen der Gesetze verantwortlich für ihr Handeln. Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.»

Dr. Gustav Walter Heinemann, dritter Bundespräsident der BRD 1969-1974

«Bundeskanzlerin Merkel ist vom TIME-Magazin zur Person des Jahres 2015 erkoren worden, weil sie mit ihrer Politik den Prozess vorantreibe, ‚eine alte und quälende nationale Identität abzulegen.'», so der Jurist Murswiek.



Deutscher Kolonialismus

Seite 21

Der Jurist Murswiek weiter:

«Die sich unter dem Aspekt der Nationalstaatlichkeit aus dem Grundgesetz ergebende Obergrenze für die Aufnahme von Immigranten ist mit einer Million von in Deutschland aufgenommenen Flüchtlingen im Jahr 2015 schon evident überschritten worden.» (14)

«Was gegenwärtig unter Billigung der Bundesregierung stattfindet, ist eine Umstrukturierung der Bevölkerung Deutschlands. Aus der nach Sprache, Kultur und Geschichte deutschen Mehrheitsbevölkerung wird eine multikulturelle Gesellschaft ohne einheitliche Sprache und Tradition. Die Politik der offenen Grenzen läuft auf das hinaus, was der Titel eines berühmten Buches zum Ausdruck bringt: ‚Deutschland schafft sich ab'. Bundeskanzlerin Merkel ist vom TIME-Magazin zur Person des Jahres 2015 erkoren worden, weil sie mit ihrer Politik den Prozess vorantreibe, ‚eine alte und quälende nationale Identität abzulegen.' [...] Die Bundesregierung ist an das Grundgesetz gebunden. Sie ist nicht berechtigt, die Identität des Volkes, das sie repräsentiert und dessen Wohl zu wahren sie geschworen hat, einwanderungspolitisch aufzulösen. Rechtlich steht dem das Grundgesetz entgegen», so Murswiek. (15)

Das heisst, die Bundesregierung bricht vorsätzlich die Verfassung, indem sie das Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt, das Volk selbst, in einen Auflösungsprozess führt. Das ist im Grunde ein beispielloser hochverräterischer Vorgang, dessen globaler Hintergrund in der ExpressZeitung schon mehrfach aufgezeigt wurde.

Funktionsfähigkeit des Staates

Weitere verfassungsrechtlich vorgegebene Grenzen der Flüchtlings- und Migrantenaufnahme ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Funktionsfähigkeit des Staates zu erhalten. **Der Staat darf – auch dort, wo er aus humanitären Gründen Menschen aus akuter Not helfen will – nicht die Fähigkeit verlieren, seine verfassungsrechtlichen Aufgaben zu erfüllen, wie z.B. die Wahrung der inneren Sicherheit.**

> «Ein politisches System, das dem Untergang geweiht ist, tut instinktiv vieles, was diesen Untergang beschleunigt.»
>
> *Jean Paul Sartre (†), französischer Philosoph*

Selbst Minister haben erklärt, dass man teilweise die Kontrolle über die «Flüchtlinge» verloren habe. Bis heute scheint z.B. nicht aufgeklärt, wo sich 300.000 nicht registrierte Eindringlinge befinden. Es ist klar, dass viele islamische Terroristen unkontrolliert einreisen konnten. Die Straftaten, Terroranschläge und Belästigungen der angeblich das Land Bereichernden nehmen trotz aller Dementis zu. All dies geht auf eindeutig verfassungswidriges Handeln der Regierung zurück.

«Die Regierung darf nicht sehenden Auges Zustände herbeiführen, in denen die Polizei nicht mehr in der Lage ist, flächendeckend das Gewaltverbot durchzusetzen und die Menschen gegen Übergriffe anderer wirksam zu schützen. [...] Sie darf nicht zulassen, dass Zustände entstehen, in denen durch Konfliktpotentiale aus Einwanderungsgruppen, wie sie in Frankreich sichtbar wurden, die innere Sicherheit derart bedroht wird, dass dann massive Freiheitseinschränkungen notwendig werden, um die Gefahren unter Kontrolle zu halten (Verstärkung der Tendenz zum Überwachungsstaat, Erleichterung polizeilicher Eingriffe bis hin zu Notstandsmassnahmen).» (Murswiek,15) **(siehe Teil 4: Der Bankrott des Rechtsstaats, S.36)**

Ebenso darf die Regierung nach dem Sozialstaatsprinzips der Verfassung durch das grenzenlose Einströmen von Immigranten, die dann am Sozialsystem des Volkes teilnehmen, das Land nicht «in eine Lage hineingleiten lassen, in der massive Absenkungen des Sozialstandards notwendig werden, um alle Menschen versorgen zu können.» (Murswiek, 14) **(siehe Teil 5: Die Senkung des Sozialstandards, S.48)**

Die fehlende demokratische Legitimation

Die Entscheidung der Bunderegierung, die Grenzen für alle offenzuhalten, die als Flüchtlinge und Migranten nach Deutschland wollen, hat auch verfassungsrechtlich keine demokratische Legitimation, und zwar aus mehreren Gründen, die der Verfassungsrechtler Prof. Dietrich Murswiek am Ende eines Artikels wie folgt zusammenfasst (16):

– Eine Entscheidung von so weitreichender Bedeutung darf nicht von Kanzlerin und Regierung allein getroffen werden. Dem steht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entgegen, nach der wesentliche Entscheidungen dem Parlament vorbehalten sind. «Die Öffnung der Schleusen für über eine Million ‚Flüchtlinge' allein im Jahr 2015 ist hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Volkes von äusserster Dramatik. Die Zusammensetzung des Volkes und seine Identität, die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Aufgabenlast der Kommunen und Landkreise, die Folgezwänge für die Bereitstellung von Wohnungen, ärztlicher Versorgung und Sozialhilfe, die hieraus resultierenden Belastungen des Haushalts in Höhe von vermutlich 30 Milliarden Euro pro Jahr sind einige Stichworte für solche Auswirkungen. [...] Indem die Bundeskanzlerin diese Entscheidung aus einem moralischen Bauchgefühl heraus spontan getroffen hat, ohne zuvor das Parlament zu fragen, hat sie den demokratischen Parlamentsvorbehalt eklatant verletzt.»

– «Fast alle Flüchtlinge, die in der gegenwärtigen ‚Flüchtlings'-Krise nach Deutschland

Foto: Michał Chodyra/istock

Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt

gekommen sind, können sich weder auf das Asylgrundrecht berufen, noch haben sie einen Aufenthaltstitel. Fast alle Flüchtlinge müssten nach §18 Abs. 2 AsylG von den Grenzbehörden ‚zurückgeschoben' werden. Die Bundesregierung hat offenbar angeordnet, dass diese Vorschrift nicht angewendet wird. Damit verletzt sie nicht nur diese Norm, sondern stellt die Bindung der Exekutive an das Gesetz (Art. 20 Abs. 3 GG) in Frage. [...] Indem die Bundesregierung sich über das Gesetz stellt, handelt sie nicht nur rechtsstaatswidrig, sondern auch ohne demokratische Legitimation. Denn die Exekutive schöpft ihre Legitimation gerade aus der Bindung an das parlamentsbeschlossene Gesetz.» (siehe Teil 1: Bruch der Asylgesetze, S.34)

– «Die Regierung darf nicht die Identität des Volkes, dem sie ihre Legitimation verdankt, strukturell verändern. Das Volk ist das Subjekt der Demokratie. Die Regierung leitet ihre Legitimation von diesem Subjekt ab, aber darf nicht über das Subjekt verfügen. Indem die Bundeskanzlerin eine Entscheidung trifft, die sich auf die Identität des Volkes und auf den Charakter des Staates als des Nationalstaats dieses Volkes gravierend auswirkt, ohne das Volk zu fragen, macht sie sich selbst zum Souverän. Das ist mit dem Prinzip der Volkssouveränität nicht vereinbar. [...] Solange das Volk [...] nicht gefragt worden ist, ob es der Umwandlung Deutschlands in einen multikulturellen Staat zustimmen will, ist eine Politik der für alle wirklichen oder vermeintlichen Flüchtlinge ohne Obergrenze offenen Grenzen mit dem Grundgesetz unvereinbar.»

– «Völkerrechtlich steht dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu. Dieses impliziert das Recht der sprachlich-kulturell-historisch geprägten, auf einem bestimmten Territorium ansässigen Nation, sich in ihrem eigenen Staat zu organisieren. Das Grundgesetz ermächtigt nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts die Staatsorgane nicht, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes aufzugeben. Dieser Schritt sei allein dem unmittelbar erklärten Willen des Volkes vorbehalten.» (siehe Teil 3: Völkermord an den Deutschen?, S.32)

Zusammenfassung

Die Bundesregierung bricht vorsätzlich die Verfassung, indem sie durch das Zulassen unbegrenzter Migrationsströme auf absehbare Zeit eine kulturell hier nicht verwurzelte Mehrheitsbevölkerung entstehen lässt und dadurch das eigene Volk, das Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt, in einen Auflösungsprozess hineintreibt, der zu einem Identitätsverlust des deutschen Volkes führt.

Die Bundesregierung bricht vorsätzlich die Verfassung, indem sie die Funktionsfähigkeit des Staates aufs Spiel setzt: Die innere Sicherheit kann sie bereits vielfach nicht mehr gewährleisten, und sie höhlt das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes aus, indem durch die Teilhabe der Immigrationsströme am Sozialsystem das Land in eine Lage hineingeleitet, in der massive Absenkungen des Sozialstandards notwendig werden, um alle Menschen versorgen zu können.

Und die Bundesregierung bricht zudem auch vorsätzlich die Verfassung, indem sie sich über das Prinzip der demokratischen Legitimation, die Bindung an die parlamentsbeschlossenen Gesetze, wie Art.16a Abs.2 Grundgesetz oder Art. 18 Abs. 3 Asylgesetz, hinwegsetzt.

Es geschieht der einmalige Vorgang, dass die Politiker, welche die Regierung bilden, tragen und stützen, sich über Verfassung und Gesetz erheben, die ihr Handeln allein legitimieren können. Sie massen sich eine eigene Machtvollkommenheit an. Das ist de facto ein Staatsstreich einer politischen Kaste gegen das eigene Volk. Der Rechtsstaat ist ausser Kraft gesetzt und die Demokratie punktuell bereits in eine Diktatur übergegangen. Nach den eingangs zitierten Worten des Kirchenvaters Augustinus werden wir von einer Art Räuberbande beherrscht. Und diese Kaste hat alle staatlichen Institutionen so durchsetzt, dass jegliche Korrektur verhindert wird.

Was täglich in den Medien an Problemen und Details der Migrationskrise geschrieben wird, lenkt ständig von dem ab, was dem ganzen Fiasko zugrunde liegt und dem Volk nicht bewusst werden soll: der skandalöse fortgesetzte Verfassungs- und Rechtsbruch der politischen Klasse. ***(fassadenkratzer/tk)***

Anti-Merkel-Demo in Berlin. Die Wut im Volk gegen die rechtswidrige Politik der Kanzlerin wächst.

Quellen:

1. Otto Depenheuer/Christoph Grabenwarter (Hg.): Der Staat in der Flüchtlingskrise, Paderborn 2016
2. ARD.de, 15.10.2015, Asylheime, berichtet über Übergriffe von Moslems auf Christen
3. bayern.de, Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem, Professor Dr. iur. Dr. sc. pol. Udo Di Fabio, S. 118, 119
4. Ebenda, S. 90
5. Ebenda, S.103
6. Ebenda, S. 91-92
7. Ebenda, S. S. 117-118
8. handelsblatt.com, «Unbegrenzte Einreise ist ein Fehler», 12.01.2016
9. zeit.de, Zahl der Asylsuchenden gesunken, 08.01.2017
10. welt.de, Familiennachzug von Migranten 2016 um 50 Prozent gestiegen, 19.01.2017
11. freiewelt.net, BAMF rechnet 2017 mit noch mal 500.000 Syrern, 04.01.2017
12. Prof. Dietrich Murswiek im Band Anm. 1, S. 125-126
13. Ebenda, S. 126, 127
14. Ebenda, S.130
15. Ebenda, S.133
16. Ebenda, S. 134-137

Teil 1: Bruch der Asylgesetze

Foto: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0
(via Wikimedia Commons

> «Der Bund hat im Rahmen seiner Kompetenzen dafür Sorge zu tragen, dass elementare Gefährdungen für den Bundesbestand unterbleiben und wirksam abgewehrt werden. Dem kann pauschal nicht entgegengehalten werden, die Bundesregierung sei aus Gründen des Schutzes der Menschenwürde zu Grenzöffnungen verfassungsrechtlich verpflichtet. Das Verfassungsrecht hat mit Art. 16 a GG zwar eine klare Entscheidung für das Grundrecht auf Asyl getroffen; es gewährt gem. Abs. 2 aber kein subjektives Recht bei Einreise über einen sicheren Drittstaat.»
>
> *Prof. Udo Di Fabio, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht*

Bruch des deutschen Grundgesetzes: Drittstaatenregelung ausser Kraft gesetzt

Grundgesetz Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte geniessen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften [...] einreist [...]

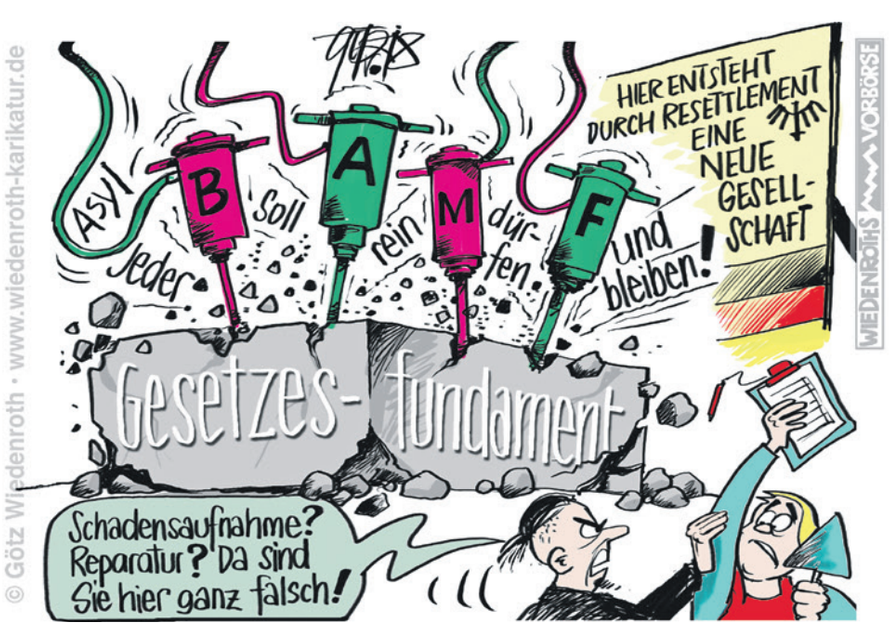
Das Bundesamt für Migration schreibt auf seiner Internetseite zur Einreise über sichere Drittstaaten:

«Wenn ein Ausländer bereits einen anderen Staat erreicht hat, in dem er gleichfalls Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten kann, ist ihm die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland bereits an der Grenze zu verweigern. Denn wer aus einem ‚sicheren Drittstaat' einreist, kann sich nicht mehr auf das Grundrecht auf Asyl berufen (§ 26a AsylVfG). ‚Sichere Drittstaaten' sind nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften sowie weitere europäische Staaten, in denen die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Menschenrechtskonvention sichergestellt ist. Dies sind: Norwegen und die Schweiz.»

Personen, die aus einem sicheren Drittstaat, also alle Nachbarländer Deutschlands, kommen, dürfen gar keinen Asylantrag in Deutschland stellen. Wenn sie es doch tun, muss das Bundesamt deren Abschiebung anordnen und sie in den Staat, über den sie eingereist sind, zurückführen.

Die Bundesregierung hatte laut Bild-Zeitung bereits im September 2015, als der Ansturm zu gross wurde, erwogen, Teile der Grenze zu schliessen. In der Nacht des 13. September hätte ein 30-seitiger Einsatzbefehl für 21 Hundertschaften der Bundespolizei in Kraft treten sollen, in dem es hiess: «nichteingereiste Drittstaatsangehörige sind zurückzuweisen, auch im Falle eines Asylgesuchs.» Merkel habe dieses Vorgehen erst in letzter Minuten in einem Telefonat mit Innenminister de Maiziere gestoppt. (1).

Die Zahl der seit 2015 nach Deutschland eingereisten Menschen, die aufgrund der Drittstaatenregelung kein Recht auf Asyl haben und sich trotzdem weiterhin im Land aufhalten, scheint enorm zu sein. Wie welt.de berichtet, gehörte die direkte Einreise ohne sicheren Drittstaat auch 2016 zur absoluten



Ausnahme: **«Im vergangenen Jahr hätten nur etwa 1000 Migranten ein Asylverfahren in Deutschland durchlaufen müssen, wenn auf die Prüfung von Personen, die über sichere Staaten einreisten, verzichtet worden wäre. Das geht aus Zahlen der Bundespolizei hervor. [...]Nur für diese insgesamt etwa 1000 Asylsuchenden wäre Deutschland zwingend zuständig, wenn die Vorgaben des Grundgesetzes und der Dublin-Verordnung vollständig umgesetzt würden. Alle anderen 280.000 Migranten, die 2016 unter Berufung auf das Asylrecht einreisten, waren vorher bereits in Sicherheit. Deutschland ist ausnahmslos von sicheren Drittstaaten umgeben.»** [2]

EU-Recht wird ebenso gebrochen

Allerdings wird das Grundgesetz bereits durch die Dublin-III-Verordnung, die Bestimmungen enthält, welcher Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist, von der EU ausser Kraft gesetzt oder - verharmlosend ausgedrückt - «überlagert». Ist ein Staat nach der Verordnung zuständig, findet die Drittstaatenregelung keine Anwendung. Doch Deutschland wäre auch nach Dublin III für die meisten Asylantragssteller nicht verantwortlich. Deutschland hat mit den übrigen EU-Staaten in den Dublin-Verträgen beschlossen, dass ein Asylbewerber seinen Antrag in der Regel dort stellen muss, wo er erstmals europäischen Boden betrat. Weiterreisende Migranten dürfen also in die zuständigen Ersteinreisestaaten zurückgeführt werden. Allerdings muss Deutschland dem europäischen Asylsystem zufolge bei Schutzsuchenden, die an der deutschen Grenze ankommen, zumindest prüfen, welcher EU-Staat für ihr Verfahren zuständig ist. Da aber kaum ein Migrant in Deutschland zuerst europäischen Boden betritt, müsste auch kaum ein Asylverfahren in Deutschland geführt werden.

Crazy Cat EUSSR

Am 25. August 2015 bestätigte das BAMF über Twitter, dass syrische Flüchtlinge nicht abgeschoben werden. Das Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werde zum gegenwärtigen Zeitpunkt von Deutschland weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt, lautet es in dem Twitter des BAMF weiter. Konkret bedeutet das, dass Personen in Deutschland auch bleiben dürfen, obwohl sie zuvor in einem anderen meist osteuropäischem Land bereits registriert wurden. Das Dublin-Verfahren wurde von der deutschen Politik ausgesetzt und damit der Rechtsbruch in Kauf genommen. Diese Deutsche «Dublin-Irritation», wie die ZEIT es bezeichnete, [3] führte zu einem enormen Anreiz für viele Syrer nach Deutschland zu kommen. EU-Länder wie Griechenland oder Italien, die mit den ankommenden Migranten, sowieso heillos überfordert waren, nahmen das deutsche Angebot gerne an, die Asylbewerber nicht in das Ersteinreiseland abzuschieben, obwohl die EU dieses Verfahren eigentlich vorsieht.

Twitter-Nachricht des Bundesamts für Migration (BAMF) am 25.08.2015.

Dass das Dublin-Abkommen eigentlich eine unsinnige Regelung ist, die in der Praxis nicht funktioniert, steht nochmals auf einem anderen Blatt. Ohne massive Unterstützung der Nordstaaten können Italien, Griechenland oder Spanien unmöglich alle ankommenden Migranten registrieren, versorgen und sich um diese kümmern. Doch wenn sich Deutschland weder an die eigene Verfassung noch an das höhere EU-Recht hält, dann handelt es sich auf beiden Ebenen (national und international) um einen klaren Rechtsbruch – ganz davon abgesehen, dass die Ausschaltung nationalen Rechts durch supranationale Organisationen wie die EU sowieso eine gefährliche Entwicklung darstellt [4].

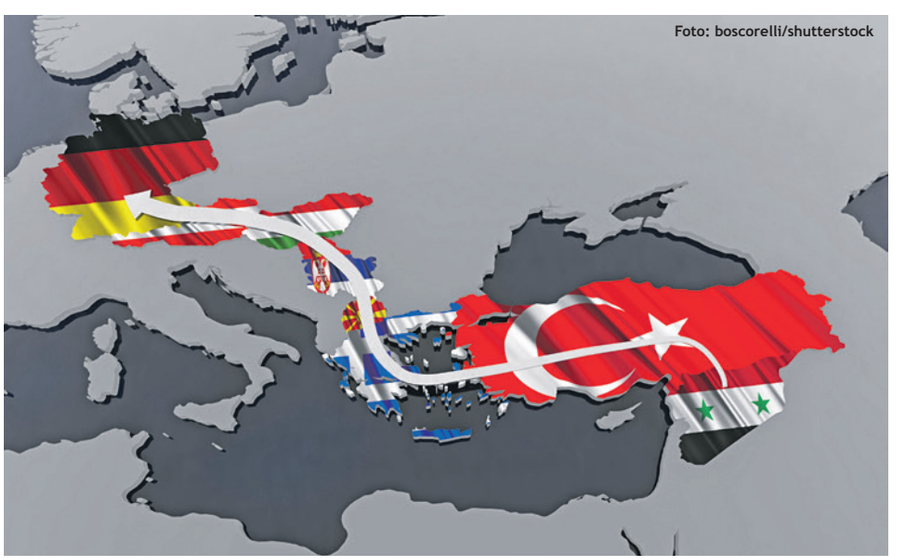


Foto: boscorelli/shutterstock

Nach EU-Recht muss ein Asylbewerber seinen Antrag dort stellen, wo er erstmals europäischen Boden betrat. Da die die meisten Neuankommenden 2015 bei ihrem Weg nach Deutschland über die Balkanroute mehrere EU-Staaten durchquerten, war und ist Deutschland auch nach EU-Recht nicht für deren Asylverfahren verantwortlich.

Quellen:
1. Focus online, 10.12.15, Notfall-Plan: So will die Regierung den Flüchtlingsstrom begrenzen
2. welt.de, Nur 905 Asylsuchende kamen 2016 über nicht sichere Staaten, 13.08.2017
3. zeit.de, Die deutsche Dublin-Irritation, 01.09.2015
4. siehe ExpressZeitung Ausgabe 06/April 2017 – Thema: Die kommende Weltregierung

Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts: Nur 0,5% bleibeberechtigt

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, sagte in der FAZ: «Den Wenigsten, die zu uns kommen, steht das Grundrecht auf Asyl zu.» Nach BRD-Recht handele es sich lediglich um 0,5% «Bleibeberechtigte». Von den offiziell genannten eine Million Migranten in 2015 hätten also nur 5.000 das Recht auf Asyl gehabt.

Quellen:
Stimme und Gegenstimme 47/2017
FAZ, 29.08.2017, S. 4

Wer ein Recht auf Asyl hat - und wer nicht

Asylberechtigt sind die Menschen, die im Asylverfahren nach Artikel 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden. Asyl steht allen Menschen zu, die politisch verfolgt werden. Wurden sie von ihrem Staat wegen ihrer politischen Überzeugung so stark ausgegrenzt, dass ihre Menschenwürde verletzt ist, haben sie ein Recht auf Asyl. Asylberechtigt ist auch, wer aufgrund seiner religiösen Grundentscheidung oder wegen unveränderbarer Merkmale, die sein Anderssein prägen, verfolgt wird. Asylberechtigte erhalten - wie anerkannte Flüchtlinge - zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre sowie eine Arbeitserlaubnis. Danach wird der Schutzstatus überprüft. Sofern die Anerkennung nicht widerrufen wird, können sie nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten – also theoretisch für immer bleiben.

Der Unterschied zwischen einem Asylberechtigten und einem Flüchtling ist nicht gross. Beim Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention sind die Anforderungen etwas geringer als beim Asyl. Die Verfolgung muss nicht vom Staat ausgehen, sondern z.B. auch von einer Terrorgruppe oder sie kann sich durch das Chaos eines Krieges ergeben. Als Flüchtlinge gelten nur diejenigen, die unter die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention fallen. Flüchtling nach der Genfer Konvention ist, wer eine begründete Furcht vor Verfolgung hat. Gründe können sein: Ethnie, Religion, Nationalität, politische Überzeugung oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe. Der Flüchtling weiss, dass er deswegen den Schutz seines Landes nicht in Anspruch nehmen oder wegen der Furcht vor Verfolgung nicht mehr dorthin zurückkehren kann.

Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft regelt Artikel 3 des Asylverfahrensgesetzes. Ein anerkannter Flüchtling hat in Deutschland dieselben Rechte wie ein Asylberechtigter. **Allgemeine Notsituationen wie Armut, Bürgerkrieg, Naturkatastrophen oder Perspektivlosigkeit berechtigen hingegen nicht zum Asyl oder Flüchtlingsschutz in Deutschland. Die Genfer Konvention zum Flüchtlingsschutz besagt nicht, dass Deutschland gezwungen ist, Kriegsflüchtlinge wie z.B. aus Syrien aufzunehmen. Kriegsflüchtlinge, die aufgrund von Kämpfen in Regionen ihres Heimatlandes fliehen mussten, werden entweder in ihren Ländern an sicheren Orten untergebracht oder an Landesgrenzen, jedoch in den Nachbarländern. Das ist zwar hart aber überall auf der Welt so.**

Die Kolumne von Jan Fleischhauer in Spiegel Online trifft es recht passend: «Es gibt kein Gesetz, das von Deutschland verlangt, diese Flüchtlinge aufzunehmen. Schon das Wort Flüchtling ist in dem Fall ein merkwürdig unpassender Begriff. Bei den Einreisenden handelt sich ausnahmslos um Menschen, die von einem sicheren Ort in Europa an einem anderen umsiedeln wollen, ohne dass sie für die legale Einreise über die erforderlichen Dokumente verfügen. Keine Ahnung, wie derzeit die Lage in Linz, Wien oder Graz ist, aber das Wesen von ‚Flucht' ist normalerweise, dass man sich Umständen entzieht, die allgemein als unmenschlich gelten» [1].

Quelle:
1. Spiegel Online, 03.11.15, Ein Zaun für Europa

Ein Neuankömmling bei seinem Asylantrag.

Foto: Lesekreis (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Thilo_Sarrazin_Leipziger_Buchmesse_2014.JPG) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de

«Nach den gegenwärtigen Standards haben etwa 80% der auf der Erde lebenden Menschen dem Grunde nach ein Asylrecht in Deutschland oder Österreich. Das ist absurd.»

Thilo Sarrazin, ehemaliger SPD-Politiker, Volkswirt und Autor

Quelle: diepresse.com, Thilo Sarrazin: «Auswanderung ist keine Lösung», 31.08.2015

Wenn sich gesunde, wehrfähige junge Männer aus einem Kriegsgebiet alleinreisend in einem anderen Land ansiedeln wollen, nennt man sie DESERTEURE und NICHT FLÜCHTLINGE.

Foto: Orlok/shutterstock

Ist Syrien immer noch ein Kriegsgebiet?

Angela Merkel verkaufte Anfang 2016 noch die naive Idee, dass ihre Schützlinge mehrheitlich wieder zurück nach Syrien gehen würden. Ob sie das wirklich glaubte, weiss wohl niemand ausser sie selbst. Merkel sagte richtigerweise, dass nahezu keiner der zu uns kommenden Syrer einen Asylanspruch bekommen dürfe. Es gebe allenfalls ein Bleiberecht nach der Genfer Flüchtlingskonvention, auf drei Jahre befristet. Die «Flüchtlinge» müssten wissen: «Es ist ein temporärerer Aufenthaltsstatus, und wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien ist, wenn der IS im Irak besiegt ist, dass ihr auch wieder mit dem Wissen, das ihr bei uns erworben habt, in eure Heimat zurückgeht.» [1]. Bisher ist nur ein minimaler Prozentsatz wieder gegangen und jene Syrer, welche aus Deutschland wieder zurück wollen, dürfen aktuell nicht, weil die deutschen Behörden der Ansicht sind, dass es noch zu gefährlich ist. Der Abschiebestopp nach Syrien wurde bis Ende 2018 verlängert. Wobei sich trotzdem viele Leute wieder in ihre Heimat aufmachen [2], wo der Wiederaufbau bereits begonnen hat. **Bis Mitte 2017 sind bereits mehr als 600.000 Syrer in ihre Heimat zurückgekehrt – also nicht aus Deutschland, sondern entweder aus sicheren Gebieten innerhalb Syriens oder aus den Nachbarländern Türkei, Libanon, Jordanien und Irak. [3] Deutschland unterstützt rückkehrwillige Flüchtlinge nach Syrien trotzdem nicht [4] und das obwohl nach sechsjähriger Pause im August 2017 wieder die Internationale Messe in Damaskus mit einem Besucherrekord abgehalten wurde. [5]**

Quellen:
1. Merkur.de, 31.01.16, Merkel zu Flüchtlingen
2. Rtl.de, 19.10.17, Flüchtling Omar wollte freiwillig zurück nach Syrien
3. Welt.de, 11.08.17, Mehr als 600.000 Syrer in ihre Heimat zurückgekehrt
4. Rt.deutsch.de, 21.08.17, Flucht nach Syrien: Deutschland unterstützt rückkehrwillige Flüchtlinge nicht
5. Deutsche-wirtschafts-nachrichten.de, 29.08.17, Syrien: Internationale Messe als Auftakt für den Wiederaufbau

Flüchtlingslüge

Der Irak ist ca. fünfmal so groß wie Österreich, Syrien ca. zweimal. Ich war in beiden Ländern als Lkw-Fahrer und kann nur sagen: Es gibt dort genügend friedliche Provinzen, die nicht von Krieg und Elend bedroht sind. Doch dort wollen die Leute nicht bleiben, da hier ja die Mindestsicherung lockt. Menschlich verständlich, aber definitiv nicht finanzierbar.

Helmut Speil, Linz

Leserbrief eines informierten Bürgers

Teil 2: Bruch der Einreisegesetze

«Auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland kann der Schutz der Würde des Menschen nur dann wirksam gewährleistet sein, wenn die Kontrolle über die Einreise in das Staatsgebiet nicht verloren geht. Es unterliegt einem Missverständnis, wer glaubt, dass die Menschenrechte wegen ihrer universellen Geltung die staatliche oder supranationale Rechtsordnung suspendieren oder gar derogieren (abschaffen) könnten.»

«Das Grundgesetz setzt die Beherrschbarkeit der Staatsgrenzen und die Kontrolle über die auf dem Staatsgebiet befindlichen Personen voraus. [...] Der Bund ist aus verfassungsrechtlichen Gründen im Sinne der demokratischen Wesentlichkeitsrechtsprechung nach dem Lissabon-Urteil des BVerfG verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.»

Prof. Udo Di Fabio, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht»

Unkontrollierte Grenzen

Gerade weil es sich 2015 beim Ansturm hunderttausendender Migranten von Balkanroute um eine Ausnahmesituation handelte - mit der die Bundesregierung dann ihre grundgesetzwidrigen Handlungen rechtfertigte -, hätte sie darauf entsprechend reagieren müssen. Z.B. hätten die südlichen Aussengrenzen in diesem Zeitraum mit mehr Personal bestückt werden müssen, um jeden der Migranten nach deutschem Recht kontrollieren und registrieren zu können. Zwar gilt in der EU das Schengen-Abkommen, das Bewegungsfreiheit innerhalb der EU-Binnengrenzen garantiert, doch, wie Prof. Udo di Fabio betont, ist der Bund «aus verfassungsrechtlichen Gründen im Sinne der demokratischen Wesentlichkeitsrechtsprechung nach dem Lissabon-Urteil des BVerfG verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.» Und das ist spätestens seit 2015 mit der Nicht-Anwendung der Dublin-Regelung der Fall.

Doch von einer angemessenen Reaktion auf den Massenansturm keine Spur: Der erste Schritt bei einer Einreise als Asylbewerber sollte eigentlich eine Registrierung als ebenjener sein. Diese Registrierung hätte 2015 von der Bundespolizei an der deutschen Staatsgrenze vorgenommen werden müssen. Nach der Registrierung hätten sich die Asylbewerber innerhalb einer Woche in der Erstaufnahmeeinrichtung einfinden müssen, der sie mit dem EDV-System EASY vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zugewiesen werden. Erst in der zugewiesenen Erstaufnahmeeinrichtung hätten sie in der dortigen Aussenstelle des BAMF ihren formalen Asylantrag stellen können.

Doch eine Registrierung an den Aussengrenzen fand bei einen grossen Teil der Menschen, die 2015 ins Land strömten gar nicht statt. Aufgrund des hohen Ansturms wurden die Migranten im Schnellverfahren durchgewinkt und nur ein Bruchteil der Asylsuchenden wurde richtig registriert, d.h. mit Fingerabdrücken, Foto und Grössenmessung. Die meisten wurden mehr oder weniger unkontrolliert in die Erstaufnahmeeinrichtungen durchgewinkt.

Kontrollverlust

Ein Passauer Polizist sagte zu den Ereignissen im Jahr 2015: «Die Bundespolizei lässt ganze Züge und Busse ohne Registrierung der Flüchtlinge durchfahren.» Der Münchner Merkur weiter: «Die Behörden schicken derzeit Sonderzüge mit Flüchtlingen von Salzburg über München und aus Österreich über Passau ohne Zwischenhalt nach Köln, Uelzen, Leipzig, Düsseldorf oder Mannheim. Auch Busse wurden direkt etwa nach Berlin geschickt.» «Die Insassen dieser Züge und Busse werden nur gezählt, niemand nimmt an der Grenze ihre Personalien auf», so der Polizist. [1]

Einfacher konnten Terroristen gar nicht in ein Land kommen. Bereits Mitte Juli 2015 warnte der Polizeigewerkschafts-Vize Jörg

Viele der in Bussen transportierten Migranten, tauchten kurz nach der Grenzübertretung unter.

Dieses Buch räumt mit sämtlichen deutschen Illusionen über die bisherige Asylpolitik auf und legt dar, wie diese mittlerweile nicht nur für die Stabilität Deutschlands zur Gefahr werden, sondern auch Auswirkungen auf dem gesamten europäischen Kontinent haben.

«Eine Registrierung findet ja derzeit nicht mehr statt [...]Wir verzeichnen einen beträchtlichen Schwund. Wir fahren 1.000 Menschen in die Messe hinaus und ein paar Stunden später fehlen 200 oder 300. Sie bestellen sich ein Taxi und fahren auf eigene Faust weiter – keiner weiss wohin.»

Wilfried Blume-Beyerle, Chef des Münchner Kreisverwaltungsreferats Anfang September 2015 in der Zeitung tz

Radek in einem Brandbrief an Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vor den Gefahren für die innere Sicherheit: «Niemand weiss bei diesen Verfahren, welche Personen tatsächlich nach Deutschland gekommen sind und zu welchem Zweck, ob es sich um Flüchtlinge oder ‚Rückkehrer' aus Bürgerkriegsregionen handelt.» Wenn die Feststellung der wahren Identität ohnehin in vielen Fällen schwierig ist, so war das Verfahren 2015 eine Einladung zur Identitätsverschleierung. [2]

In Niedersachen verschwanden daraufhin auch 700 Flüchtlinge, von denen viele nicht registriert wurden [3]. Aber auch in anderen Erstaufnahmeeinrichtungen wie im Bayrischen Erding verschwanden 580 Flüchtlinge ohne Registrierung [4]. Die Medien waren verwirrt. Wurden die Flüchtlinge doch so herzlich mit Beifall und Stofftieren am Bahnhof empfangen - und nun waren sie einfach verschwunden! «Der Hauptgrund» war laut Bild, «der Familienanschluss: Viele Menschen haben in Deutschland Familie oder Freunde, die schon länger hier wohnen». Die Integration scheiterte bereits, bevor sie überhaupt beginnen konnte.

Wie viele Leute einfach untergetaucht sind und wie viele davon terroristische Aktivitäten oder anderen kriminellen Machenschaften nachgehen, weiss kein Mensch. Ende 2017 werden in Deutschland Hunderttausende untergetauchte vermutet [5]. Troja würde vor Neid erblassen.

Auch keine Registrierung beim BAMF

Wenn nicht an der Grenze, dann hätten die Asylbewerber spätestens beim Stellen des Asylantrags im BAMF registriert werden müssen. Seit Mitte 2015 war dies aber auch nicht mehr möglich. Ankommende konnten aufgrund der Masse an Leuten keinen Asylantrag stellen, sondern bekamen lediglich eine Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (BÜMA) mit einem Datum versehen, wann sie vorsprechen können, um ihren Asylantrag zu stellen. Teilweise dauerte dies mehrere Monate. Während dieser Zeit bekamen sie aber die vollen Sozialleistungen.

Foto: nitpicker/shutterstock

Foto: BDK (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Andre-schulz.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en

André Schulz, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, beschrieb im November 2015 in der Welt die Folgen der langen Wartezeit bis zum Asylantrag: **«Dann kommen sie her, lassen sich registrieren und stellen einen Asylantrag in der Gewissheit, dass sie so erst mal ein Jahr ganz legal hier leben können. Sie bekommen ein Taschengeld, eine Unterkunft, aber darum geht es ihnen nicht. Sie sind hier, um Straftaten zu begehen.»** [6] Somit profitieren jene auch noch davon, wenn ihr Verfahren ruht.

Mehrfachasyl

Dieser Mangel an Registrierung führte dazu, dass zum Beispiel einem Asylsuchenden eine Unterkunft in München zugewiesen

Seite 29

wurde und er sich dort sein Taschengeld abholen konnte. Danach konnte er beispielsweise nach Stuttgart fahren, um wieder Asyl zu beantragen, um dann abermals nicht registriert in eine andere Unterkunft verlegt zu werden, wo er wieder Taschengeld bekommen konnte.

Wie auch die WAZ berichtete: «Die Bezirksregierung Arnsberg, zuständig für die Erstaufnahmeeinrichtungen, verweist auf die grosse Zahl der einreisenden Flüchtlinge wodurch sich die Registrierung oft viele Wochen verzögere. Diese Zeit werde von einigen Personen ausgenutzt, um sich gleich in mehreren Einrichtungen die sogenannte ‚BÜMA' (Bescheinigung über Meldung als Asylsuchender) ausstellen zu lassen. Da steht dann ein Name drauf, mehr aber auch nicht.»

Mitte April 2016 wurde in München ein Afghane aufgrund einer Straftat festgenommen, bei dessen Vernehmung zum Vorschein kam, dass er sieben Mal, immer unter einer anderen Identität, Asyl beantragt hatte. Dieser Wechsel an Identitäten machte es Kriminellen sehr leicht, der Polizei und Justiz dagegen sehr schwer bis unmöglich, diese Leute dingfest zu machen. Dass der Afghane aufgrund seiner Undankbarkeit und fehlenden Achtung des Gastlandes in Haft kam oder sein Asylverfahren beendet wurde, passte aber nicht ins moderne Deutschland: Nach dem Verhör wurde der Afghane wieder auf freien Fuss gesetzt. [7]

Bis die bereits in Deutschland ausgestellten BÜMAs alle abgearbeitet sind, dürfte es noch ein Weilchen dauern, weshalb der Missbrauch bis dahin noch anhalten wird. Ende April 2017 gab das Innenministerium bekannt, dass noch ca. 5200 Personen nicht registriert sind. Wie das Innenministerium auf diese Zahl kam, wird ein Geheimnis bleiben. Ob vorne und hinten ein paar Zahlen fehlen, genauso.

Wenn der Herr Generalbundesanwalt es sagt, wird es wohl stimmen ...

Über 1000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen «Hochverrats»

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1000 Strafanzeigen wegen «Hochverrats» gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Diese wurden jedoch alle von der Bundesanwaltschaft als «haltlos» abgewiesen. Doch warum?

Hochverrat begeht nach § 81 Strafgesetzbuch

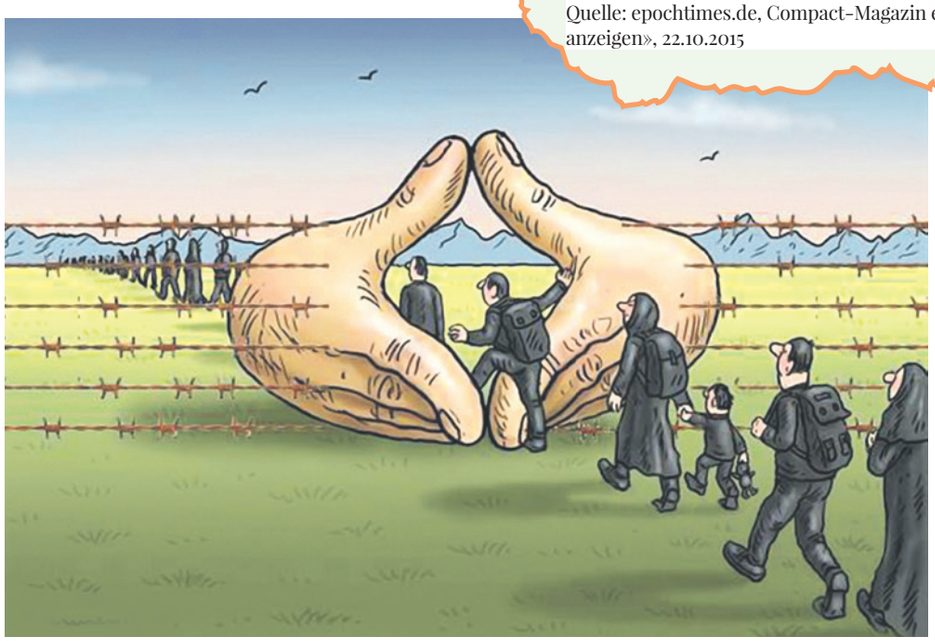
«(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmässige Ordnung zu ändern [...]»

Dass der Bestand Deutschlands in Gefahr gerät und damit Nr.1 erfüllt ist, wurde mittlerweile öffentlich zugegeben, zum Beispiel vom bayrischen Justizminister Bausback, den die FAZ online am 13.10.2015 zitierte. Die verfassungsmässige Ordnung gem. Nr. 2 kann durch die Eröffnung des Flüchtlingszustroms ebenfalls verändert, wenn nicht vollständig untergraben und aufgehoben werden. Damit ist der Vorwurf des Hochverrats nicht so «haltlos», wie es die Bundesanwaltschaft darstellt.

Quelle: epochtimes.de, Compact-Magazin erklärt: «So kann man Merkel wegen Hochverrat anzeigen», 22.10.2015



Rechtsbruch auf Befehl Merkels

Im Januar 2016 kamen durchschnittlich 1330 bis 2100 Flüchtlinge pro Tag. Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière (CDU) gab Ende Januar bekannt, dass alle eingereisten Asylsuchenden jetzt endlich «vollständig erfasst» würden. Auch würden täglich zwischen 100 und 200 Personen von der Bundespolizei an der Grenze zurückgewiesen. Dem widersprach der Chef der Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, entschieden: «Die Behauptungen sind hanebüchener Quatsch.» Die Flüchtlinge würden weiterhin nicht alle registriert, lediglich der Fingerabdruck werde überprüft,

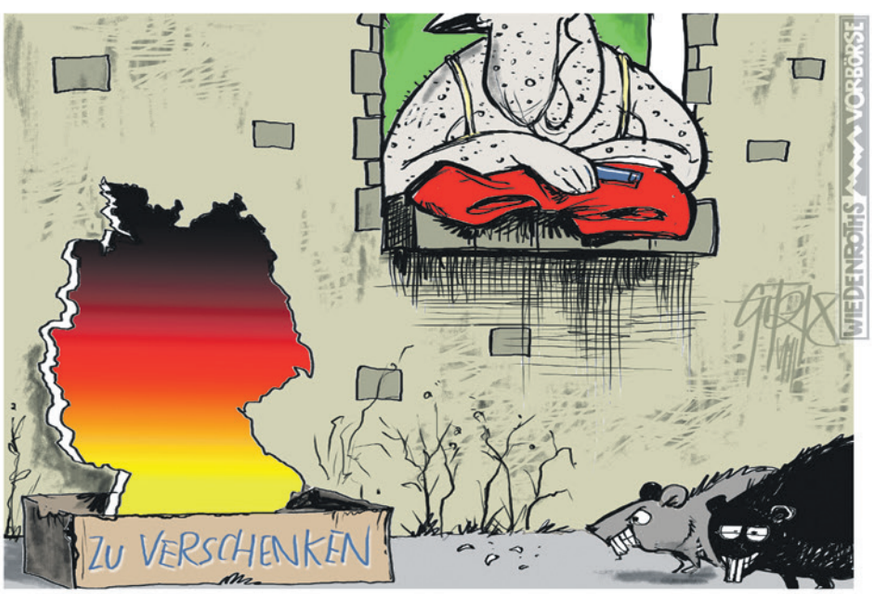
Ex-Verfassungsrichter Bertrams wirft Merkel möglichen Verfassungsbruch vor – «Ein Akt der Selbstermächtigung»

Der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofs von Nordrhein-Westfalen, Michael Bertrams, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Flüchtlingspolitik Kompetenzüberschreitung und möglichen Verfassungsbruch vorgeworfen. «Im Alleingang hat sie Hunderttausende Flüchtlinge ins Land gelassen. Das war zwar sehr mitfühlend, geschah aber ohne erkennbaren Plan», schrieb Bertrams Anfang 2016 in einem Beitrag für den Kölner Stadt-Anzeiger.

Merkels Vorgehen werfe die verfassungsrechtliche Frage auf, ob sie dazu überhaupt legitimiert war. «In unserer repräsentativen Demokratie liegen alle wesentlichen Entscheidungen – gerade auch solche mit Auswirkung auf das Budget – in den Händen der vom Volk gewählten Abgeordneten», so Bertrams mit Hinweis auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Parlamentsvorbehalt für den Einsatz bewaffneter deutscher Truppen im Ausland. Ohne parlamentarische Zustimmung dürfe es solche Einsätze nicht geben.

«Kann also schon die Entsendung einiger Hundert Soldaten nach Mali nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen, dann ist diese erst recht erforderlich, wenn es um die Aufnahme Hunderttausender Flüchtlinge geht», so Bertrams. «Merkels Alleingang war deshalb ein Akt der Selbstermächtigung.» Man könne auch von einer «selbstherrlichen Kanzler-Demokratie» sprechen, so der Jurist, der von 1994 bis 2013 an der Spitze des Münsteraner Verfassungsgerichtshofs stand.

Quelle: epochtimes.de, Ex-Verfassungsrichter Bertrams wirft Merkel möglichen Verfassungsbruch vor – «Ein Akt der Selbstermächtigung», 13.01.2016



Was sich und ihr nicht gehört

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestags zwei Jahre später: Grenzöffnung 2015 ohne Rechtsgrundlage!

In einem Gutachten aus dem September 2017 hat der wissenschaftliche Dienst des Bundestags eine unklare Rechtslage für die Grenzöffnung 2015 festgestellt. Bislang habe die Bundesregierung nicht erklärt, auf welcher rechtlichen Grundlage die Masseneinreise von Asylsuchenden ab dem 04.09.2015 erfolgt war. Nach dem deutschen Asylgesetz hätte jedem Asylsuchenden die Einreise verweigert werden müssen, der aus einem sicheren Drittstaat wie z.B. Österreich gekommen war.

Quellen:
Stimme und Gegenstimme 47/2017
jungefreiheit.de, Gutachten: Grenzöffnung erfolgte ohne klare Rechtsgrundlage, 22.09.2017

um zu sehen, ob sie schon einmal registriert wurden. Zu dieser Zeit (Ende Januar 2016) seien immer noch nur rund 10% der Flüchtlinge registriert worden. Der Rest werde aus Zeit- und Personalmangel mehr oder weniger durchgewinkt. Wenn also die Politik und Medien Mitte Januar 2016 euphorisch verkündeten, dass der Asylandrang an der Grenze einen Tiefpunkt erreicht hätte, war das nur die halbe Wahrheit, weil 90% praktisch unkontrolliert durchrauschten. Die Zahlen waren – wie 2015 auch schon – von der Realität weit entfernt.

So wurde auch die vom Grundgesetz vorausgesetzte Beherrschbarkeit der Grenzen von der Bundesregierung in den Wind geschlagen – und dies mit voller Absicht. Der Spiegel war es, der in einem Artikel am 01.08.2016 unter dem schon vielsagenden Titel «Sicherheitslücke im Kanzleramt» folgendes berichtete: «Nacheinander wurden sie in Berlin vorstellig, um auf eine Kontrolle der Grenzen zu dringen: der Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maassen; der Chef der Bundespolizei, Dieter Romann; und auch der Chef des BND, Gerhard Schindler.» [8] Doch Merkel hörte auf keinen der drei Experten, die sicherlich besser als sie über die Notwendigkeit von Grenzkontrollen bescheid wussten. Es wird in diesem Artikel sogar davon berichtet, dass der Chef der Bundespolizei sich schriftlich die Weisung zur Untätigkeit bestätigen liess, damit man ihn später nicht wegen Pflichtverletzung belangen konnte. Die Bundeskanzlerin setzte sich damals klar über geltendes Recht hinweg, doch sitzt bis heute im Amt. ***(tk/Thomas Valluzzi)***

Quellen:

1. merkur.de, Hat die Bundespolizei Flüchtlingszahlen geschönt?, 24.09.2015
2. sueddeutsche.de, Polizei kann Flüchtlinge nicht mehr registrieren, 12.07.2015
3. FAZ, 24.10.15, 700 Flüchtlinge verschwinden aus Notunterkunft
4. Merkur.de, 27.10.15, Camp Shelterschleife
5. Welt.de, 03.11.17, In Deutschland werden Hunderttausende Untergetauchte vermutet
6. welt.de, 09.11.15, Zehn Prozent der Flüchtlinge werden straffällig
7. Rosenheim24.de, 11.04.16, Namens-Wirrwarr: Afghane mit sieben verschiedenen Identitäten
8. Jan Fleischhauer, in: Der Spiegel: «Sicherheitslücke Kanzleramt» vom 1. August 2016

Teil 3: Völkermord an den Deutschen?

«Für eine aktiv gestaltende Migrationspolitik ergibt sich daraus zunächst, welche Ziele sie (Anm.: Die Regierung) nicht verfolgen darf: Sie darf nicht die Überwindung des Nationalstaates durch eine multikulturelle Gesellschaft oder gar einen Vielvölkerstaat anstreben. Die Entstehung ethnisch-religiöser und sprachlicher Parallelgesellschaften darf weder geplant noch in Kauf genommen werden»

«Damit wäre es, um den Extremfall zu bezeichnen, unvereinbar, wenn die Migrationspolitik dazu führt, dass in Deutschland eine kulturell hier nicht verwurzelte Mehrheitsbevölkerung entsteht. [...] Bleibt die Geburtenrate der Deutschen so niedrig wie bisher und die der Immigranten so hoch, wie sie in ihren Herkunftsländern ist, wird der Extremfall immer wahrscheinlicher. Und wenn die Grenzen für alle Immigrationswilligen ohne Obergrenze geöffnet bleiben, wird dieser Fall in absehbarer Zukunft sogar mit Gewissheit eintreten. [...] Die Verfassung lässt dem Gesetzgeber die Möglichkeit offen, durch Einbürgerungen auch die Zusammensetzung des Staatsvolkes zu verändern. Aber diese Ermächtigung bedeutet nicht, dass Regierung und Parlament durch politische Entscheidungen eine völlig neue ethnisch-kulturelle Struktur des Staatsvolkes herbeiführen dürfen.»

Prof. Dietrich Murswiek, Rechtswissenschaftler

Tatbestand Völkermord?

Alle Völker geniessen bestimmte Rechte, deshalb spricht man ja auch von einem «Völkerrecht». Subjekte (also Träger oder Inhaber) dieses Völkerrechts sind zwar meistens Staaten, können aber auch internationale Organisationen oder Völker sein, wie zum Beispiel die Palästinenser. Zu den wichtigsten Rechten eines Volkes gehört natürlich das Recht auf seinen Bestand, so wie das wichtigste Recht des menschlichen Individuums das Recht auf Leben ist. Beispielsweise ist es strikt verboten, «eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören». Ja, dies ist das schwerste Verbrechen des sogenannten Völkerstrafrechts überhaupt, nämlich Völkermord (1).

Für den Begriff «Völkermord» kommt es nach UN-Definition jedoch nicht unbedingt auf ein Staatsgebiet, auf physische Pogrome oder auf eine vollständige Zerstörung eines Volkes an. Zur Erfüllung des Völkermord-Straftatbestandes genügt die teilweise und gezielte Zerstörung einer «nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen» Gruppe, einer Gruppe also, die sich über ihre Herkunft und Abstammung definiert. Um den Straftatbestand des Völkermordes zu erfüllen, muss kein Mensch dieser Gruppe ermordet werden. Verboten ist vielmehr die gezielte Dezimierung an sich – wodurch auch immer. So reicht es beispielsweise, wenn ein Volk bewusst unter Lebensbedingungen gestellt wird, «die auf die völlige oder teilweise physische Zerstörung der Gruppe abzielen», also zum Beispiel durch «die Anordnung von Massnahmen zur Geburtenverhinderung» (1). Dazu gehört auch die «Verhängung von Massnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind.» Laut dem Akayesu-Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda vom 2. September 1998 fallen unter diese Massnahmen zum Beispiel «sexuelle

Die 10 geburtenstärksten Länder Afrikas

Land	Geburtenrate pro Frau (Stand 2016)
Niger	7,6
Südsudan	6,7
Dem. Rep. Kongo	6,5
Tschad	6,4
Somalia	6,4
Malawi	6,3
Burundi	6,1
Angola	6,0
Mali	6,0
Mosambik	5,9

Geburtenrate europäischer Staaten

Land	Geburtenrate pro Frau (Stand 2016)
Portugal	1,31
Spanien	1,33
Österreich	1,49
Niederlande	1,66
Italien	1,35
Frankreich	1,96
Deutschland	1,50
Belgien	1,70
England	1,82
Polen	1,30

Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird die europäische Bevölkerung von der afrikanischen am Ende dieses Jahrhunderts um das annähernd zehnfache übertroffen werden. Es stellt sich allerdings die Frage, wie viel Prozent der Afrikaner bis dahin nach Europa emigriert sein werden.

Marxistische Logik:

Unabhängigkeit, politische Rechte und Selbstbestimmung des kurdischen Volks unterstützen.

Unabhängigkeit, politische Rechte und Selbstbestimmung des palästinensischen Volks unterstützen.

Unabhängigkeit, politische Rechte und Selbstbestimmung des tibetischen Volks unterstützen.

Unabhängigkeit, politische Rechte und Selbstbestimmung des deutschen Volks bekämpfen.

Seit 1974 wurden in Deutschland ca. 5,7 Millionen Kinder abgetrieben. Die allmähliche Normalisierung einer brutalen Massnahme, die vor dem «Marsch durch die Institutionen» der 68er-Generation noch als absolutes Tabu galt, hat dazu geführt, dass Deutschlands Bevölkerung nach zwei Generationen mindestens acht Millionen Menschen fehlen – schliesslich hätte ein Teil dieser 5,7 Millionen Kinder ebenfalls Kinder gezeugt. Die Schere zwischen Alt und Jung hätte damit erheblich geschlossen werden können. Da verwundert es nicht, dass der moderne Feminismus, der sich (erfolgreich) dafür einsetzt, Abtreibungen zu legalisieren, ideologisch dem Marxismus entstammt, dessen führende Anhänger seit mehr als 100 Jahren das Ziel verfolgen, die bürgerliche Gesellschaftsordnung der westlichen Staaten aufzulösen, um daraufhin den Kommunismus im Weltmassstab zu errichten. Mehr dazu in der **ExpressZeitung Ausgabe 07/Mai 2017** – Thema: Abtreibung. Die Ausgabe ist auf unserer Webseite (expresszeitung.com) weiterhin bestellbar.

Verstümmelungen, Sterilisationen, erzwungene Geburtenkontrollen, Trennung der Geschlechter und Heiratsverbote» [2].

Einwanderer statt mehr Geburten

Für Sigmar Gabriel scheint die einzige Lösung für den demografischen Wandel mehr Zuwanderung zu sein.

Foto: Michael Thaidigsmann (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sigmar_Gabriel_2014.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Seit der Völkermordkonvention von 1951 hat sich die Politik der UN jedoch erheblich verändert und greift inzwischen selbst zu «Soft-Law»-Massnahmen (siehe S.10), die zumindest dahin tendieren, Völker unter Lebensbedingungen zu stellen, die zu deren physischer Zerstörung führen (siehe «Replacement Migration», S.4). Ebenso beteiligen sich die europäischen Regierungen, insbesondere die deutsche, an Massnahmen, die zu einer Auflösung des eigenen Volkes führen. In Deutschland wird seit Langem so getan, als ob man an den sinkenden Geburtenraten rein gar nichts ändern könnte. In Wirklichkeit sind sie das logische Ergebnis des politischen und medialen Kurses der letzten Jahrzehnte.

2015, am Höhepunkt der sogenannten «Flüchtlingskrise», taten manche Mitglieder der Bundesregierung so, als müsse sich Deutschland anstrengen, um vom grossen Kuchen der internationalen «Fachkräfte» auch ja genug abzubekommen: «Deutschland muss sich im globalen Wettbewerb um Fachkräfte aber noch besser aufstellen», sagte Vizekanzler Gabriel anlässlich der Vorstellung einer Studie über den Wert «internationaler Fachkräfte für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU)». «Wir brauchen eine Willkommenskultur über alle Bereiche der Gesellschaft hinweg.» Man beachte vor allem seine Formulierung: «Nur so» könne Deutschland «im Wettbewerb um die besten Fachkräfte weltweit bestehen und den demografischen Wandel meistern».

Diese Fixierung auf ausländische Zuwanderer ist verdächtig. Kein einziger der Politiker, die in den vergangenen Jahren den «demografischen Wandel» – das heisst im Klartext das Aussterben der Deutschen – ansprachen, erwähnte auch nur mit einem Wort die Möglichkeit, die deutsche Geburtenrate anzuheben. Ein Zufall kann das nicht sein, denn immerhin wäre die biologische «Nachwuchsförderung» nun mal das naheliegendste Verfahren, «Fachkräfte» zu beschaffen. Schliesslich wird der angebliche «Fachkräftemangel» ja auch erst in ein bis zwei Jahrzehnten erwartet. Wenn Geburtenanreize für die Heimatbevölkerung also schlicht vermieden werden und stattdessen für mehr Einwanderer geworben wird, kann das tatsächlich nur heissen, dass die deutsche Bevölkerung auf Dauer ausgetauscht wird (oder werden soll?) – höchstwahrscheinlich u.a. nach «Soft-Law»-Vorgaben der UN, die diese Art der Politik wiederum selbst als «Völkermord» definiert. ***(tk/gw)***

Quellen:
1. UN-Völkermordkonvention: «Internationales Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes», Artikel 2
2. International Criminal Tribunal for Rwanda: The Prosecutor versus Jean-Paul Akayesu, Case No ICTR-96-4-T, S. 208

Foto: Stefan Brending / Lizenz: Creative Commons CC-by-sa-3.0 de

«Für mich hat Angela Merkel die Deutschen praktisch ins Koma regiert. Sie hat auf viele Dinge überhaupt nicht reagiert oder sie rausgeschoben und immer gesagt, Deutschland ginge es eh gut. [...] Jetzt kommen dann noch Zustände, dass wir in Europa eigentlich umgevolkt werden sollten. Eine gross angelegte Geschichte und die Leute reagieren nicht darauf, was ich sehr verrückt finde. [...] Wir müssen irgendwann einsehen, dass unsere Kultur, Identität und von mir aus auch unsere Traditionen irgendwann aus dieser europäischen Welt verschwinden sollen, als hätte es das nie gegeben. Der Fahrplan für alles, was jetzt passiert, steht.»

Peter Cornelius, österreichischer Liedermacher und Gitarrist

Quelle: krone.at, «Angela Merkel hat die Deutschen ins Koma regiert», 20.10.2017

Horst Seehofer über Folgen der Massenmigration: «Das ist ein anderes Land»

In einem Video, das auf Youtube aufgetaucht ist, spricht Horst Seehofer ungewöhnlich offen über die Folgen der deutschen Einwanderungspolitik. In einer Pressekonferenz nahm er kein Blatt vor den Mund und sagte:

«Die Zahlen sind doch genannt. Ich rechne jetzt wirklich noch sehr sehr zurückhaltend um da jede Schärfe herauszunehmen. Aber wenn es so weitergeht, werden wir in diesem Jahr (2016) mehr Flüchtlinge haben als im letzten Jahr. Jetzt rechnen wir noch gar nicht den Familiennachzug. **Und bei denen, die den Familiennachzug rechnen, bin ich noch auf der total konservativen Seite. Ich rechne für jeden Flüchtling einen Faktor 0,5. Gestern haben uns Experten allerdings auch gesagt, man könnte auch den Faktor 2, 3 und 4 rechnen. Ich rechne nur 0,5, das heisst übersetzt, nur jeder zweite Flüchtling bringt einen Familienangehörigen nach. Dann sind sie bei drei Millionen. Sie können gerne mit mir tauschen, mit uns beiden, was dies für Sicherheit, für die Integration, für die Finanzierbarkeit, für die Funktionsfähigkeit und unsere Verwaltung, einschliesslich unsere Justiz in Deutschland und Bayern bedeutet. Das ist ein anderes Land!** Und die Bevölkerung will nicht, dass Deutschland oder Bayern ein anderes Land wird. Das ist jetzt wirklich zurückhaltend formuliert, weil es auch unserer Verantwortung entspricht.»

Vordenker der EU sah Völkervermischung als vorherbestimmt

Offen und politisch wurde die Abschaffung der europäischen Völkervielfalt zuerst in den frühen 20er-Jahren angedacht. Von Graf Nikolaus Coudenhove-Kalergi, dem Gründer der Paneuropa- Bewegung, die als früheste Keimzelle der Europäischen Union gilt. Kalergi verfasste die Multikulti-Schriften «Adel» 1922 und «Praktischer Idealismus» 1925. Im letzteren Buch lesen wir: «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteilen zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äusserlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch die Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.»

Interessanterweise wird die angebliche «Alternativlosigkeit» der Völkervermischung von Kalergis Nachfahren bis heute publizistisch herbeigeredet. Nach wie vor prophetisch - denn immer noch Monate vor dem Anlanden der afrikanisch-nahöstlichen Millionen an den Gestaden Europas - schrieb seine Nichte Barbara Coudenhove-Kalergi in ihrer Kolumne für den österreichischen Standard, dass «jetzt für Europa eine Epoche der Völkerwanderung und Masseneinwanderung einbricht, die die Bevölkerungsstruktur Europas noch gehörig durcheinanderbringen wird. Es ist unumkehrbar. Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht. Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein.» [1]

Quelle:
1. derstandard.at, Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht, 07.01.2015

Angela Merkel erhält Kalergi-Preis

Foto: World Economic Forum (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Angela_Merkel_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_2011.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde 2010 mit dem «Europapreis» der «Coudenhove-Kalergi Stiftung» ausgezeichnet. Merkel betonte bei der Entgegennahme des Preises, die Auszeichnung sei ihr Ansporn, mit ihrer Arbeit für Europa engagiert fortzufahren. Ist Multi-Kulti bei der Kanzlerin deshalb so angesagt, weil sie Kalergis Konzept der grösstmöglichen Vermischung aller Völker und Kulturen vorantreiben will?

Bundesverfassungsgericht 1987: «Der Staat hat die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.»

Foto: Rainer Lück 1RL.de (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesverfassungsgericht_IMGP1634.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en

Noch 1987 hat das Bundesverfassungsgericht die Pflicht zur Erhaltung des deutschen Volkes als Verfassungsauftrag hervorgehoben und wortwörtlich verfügt:

«Das Festhalten an der deutschen Staatsangehörigkeit in Art. 116 (1), 16 (1) GG und damit an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck dieses Verständnisses und dieser Grundentscheidung. **Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.»** (Neue Juristische Wochenschrift, Heft 2, S. 1313 f., 1988)

Erfüllt die Politik der letzten Jahrzehnte, Deutschland zu einer vollständig multikulturellen Gesellschaft umzubauen, dann nicht den Tatbestand der Verfassungsfeindlichkeit?

HAMBURG BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Bald hat jeder zweite Hamburger einen Migrationshintergrund

Veröffentlicht am 22.05.2017 | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Julia Witte genannt Vedder**

Deutsche bald im eigenen Land in der Minderheit?

Im Oktober 2015 schrieb der Zeit-Autor David Folkerts-Landau in dem Artikel «Lasst sie kommen! – Die Öffnung der Grenzen ist eine Chance für Deutschland und festigt seine wirtschaftliche Vorreiterrolle in Europa» noch lobend über die Kanzlerin: «Mit ihrem Bekenntnis zur Zuwanderung könnte Angela Merkel einer der grossen Staatsführer werden, die Deutschland weit über die eigene Generation hinaus verändert haben.» [1] In der Tat werden zukünftige Generationen in einem grundlegend veränderten Deutschland leben, das vor 30 Jahren für die meisten noch unvorstellbar war. 2014 lebten in Deutschland 16,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – 20,3% der Gesamtbevölkerung [2]. Im Oktober 2017 lebten schon 18,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland[3] – also inzwischen 23%. In den Grossstädten geraten die Einheimischen allmählich in die Minderheit: Bald hat jeder zweite Hamburger einen Migrationshintergrund. [4]

Die Deutschen sterben aus, weil sie zu wenige Kinder bekommen, während Millionen vorwiegende Muslime nach Europa strömen. Man muss kein Genie sein um diese Gleichung zu verstehen. Wie sagte doch einst schon der inzwischen ermordete libysche Präsident Muammar Gaddafi: «Europa wird von alleine muslimisch.» Auch der türkische Regierungschef Erdogan, ruft seine Landsleute in Europa dazu auf, mehr Kinder zu bekommen als die einheimische Bevölkerung [5]. Es ist nur ein Spiel auf Zeit, das Deutschland dank seiner Politiker verlieren wird. Bereits jetzt bekommen Türken in Deutschland mehr Kinder als in der Türkei [6] und in Wien wohnen mehr Muslime als Katholiken [7]. Der Vorname Mohamed (alle Schreibweisen) hat es bereits in Wien 2017 auf Platz drei geschafft und ist auch in Deutschland, wie in anderen Westeuropäischen Ländern, auf dem Vormarsch [8]. Aber keine Sorge, laut Herrn Schäuble sind muslimische Zuwanderer eine Chance für Deutschland [9], auch wenn die Mehrheit der Europäer (56 %) einen Stopp muslimischer Zuwanderung will. [10]

(tk/Thomas Valluzzi)

Schon 2011: Kinder mit Migrationshintergrund in vielen deutschen Grossstädten in der Mehrheit

Eine Statistik aus dem Jahr 2013 legt offen, in welche Richtung sich Deutschland demographisch bewegt. Sie zeigt den Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unter 6 Jahren an der Gesamtbevölkerung in deutschen Grossstädten:

Hamburg	48,94 %
Hannover	46,67 %
Bremen	57,58 %
Berlin	43,83 %
Duisburg	57,14 %
Dortmund	53,33 %,
Köln	50,98 %
Düsseldorf	50,00 %
Essen	50,00 %
Darmstadt	52,76 %
Stuttgart	56,67 %
Nürnberg	51,85 %
München	58,44 %
Augsburg	61,54 %
FRANKFURT	**75,61 %**

Quelle: *Statistische Ämter Bund/Länder, «Bevölkerung nach Migrationsstatus regional» (Die Zahlen wurden 2011 erhoben, im März 2013 veröffentlicht)*

Quellen:
1. Zeit.de, 42/15 15.10.15, Flüchtlinge: lasst sie kommen! Gastbeitrag Davi Folkerts-Landau
2. merkur.de, 01.02.16, Erklärung der Begriffe Flüchtlinge und Migranten – Das ist der Unterschied
3. Welt.de, 23.10.17, 18,6 Millionen mit Migrationshintergrund in Deutschland
4. Welt.de, 22.05.17, Bald hat jeder zweite Hamburger einen Migrationshintergrund
5. Bild.de, 18.03.17, Erdogan ruft Türken in Europa zum Kinderkriegen auf
6. Welt.de, 21.04.17, Warum Türken in Deutschland mehr Kinder bekommen als in der Türkei
7. Krone.at, 13.09.17, Mehr Muslime als Katholiken in Wien
8. Welt.de, 24.01.18, Mohamed auf dem Weg in die Top Ten
9. Welt.de, 25.05.17, Schäuble sieht muslimische Zuwanderer als Chance für Deutschland
10. Welt.de, 20.06.17, 56 Prozent der Europäer wollen Stopp muslimischer Zuwanderung

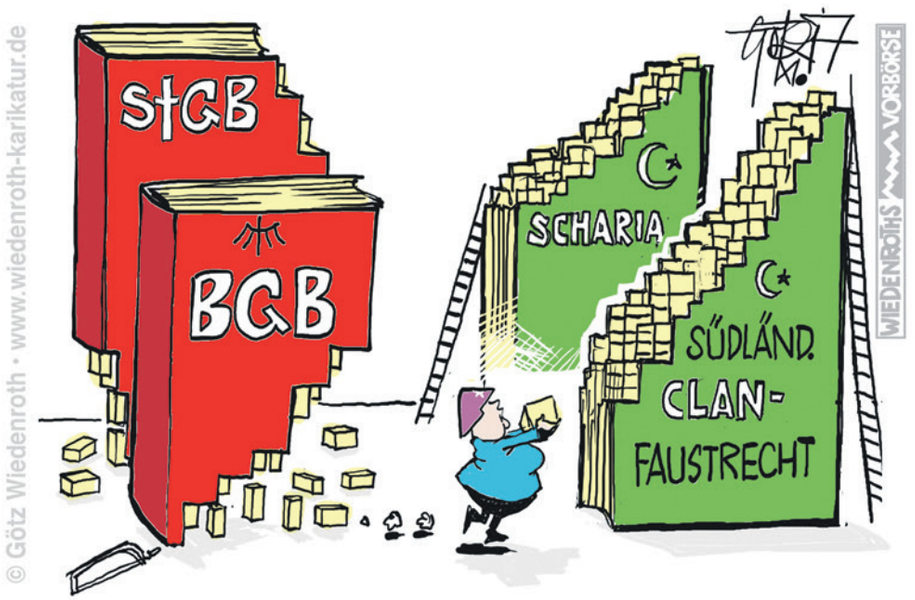
Die wirre Vermischung von Asyl und Zuwanderung

Obwohl man den politischen Kurs, den «demografischen Wandel» mit Einwanderern zu lösen schon als «verbrecherisch» oder «Verrat des Wahlvolks» bezeichnen mag, könnte diese Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zumindest auf geordnete Weise stattfinden. Um Deutschland nicht in den Abgrund eines Asyl-Chaos zu stürzen, könnten deutsche Unternehmen dazu angeregt werden, vermehrt kompetente Mitarbeiter aus dem Ausland anzuwerben. So könnte die von der UN empfohlene «Replacement Migration» auch ganz ohne Chaos stattfinden. Stattdessen werden den Deutschen aber Menschen, die offiziell vor einem Krieg flüchten und in Deutschland Schutz suchen, als «Fachkräfte» verkauft, um ihnen einzureden, sie könnten wenigstens von ihrer Arbeitskraft profitieren. Doch da nur ein Bruchteil der «Flüchtlinge» in den Arbeitsmarkt integriert werden kann (siehe S.48), müssen die Deutschen für ihre «Ersetzungsmigration» auch noch bezahlen – nämlich mit erhöhten Sozialabgaben. Bis heute wird so getan, als wäre illegale Migration das gleiche wie die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften. ***(tk)***

Teil 4: Rechtsbankrott in Deutschland

«Die Regierung darf nicht sehenden Auges Zustände herbeiführen, in denen die Polizei nicht mehr in der Lage ist, flächendeckend das Gewaltverbot durchzusetzen und die Menschen gegen Übergriffe anderer wirksam zu schützen. [...] Sie darf nicht zulassen, dass Zustände entstehen, in denen durch Konfliktpotentiale aus Einwanderungsgruppen, wie sie in Frankreich sichtbar wurden, die innere Sicherheit derart bedroht wird, dass dann massive Freiheitseinschränkungen notwendig werden, um die Gefahren unter Kontrolle zu halten (Verstärkung der Tendenz zum Überwachungsstaat, Erleichterung polizeilicher Eingriffe bis hin zu Notstandsmassnahmen).»

Prof. Dietrich Murswiek, Rechtswissenschaftler



Staatsumbau: alles auf dem Weg

Zunehmende Kriminalität

Zeitgleich zur fortlaufenden Integrationskampagne berichtet der Focus über «No-go-Areas», in welche sich selbst die Polizei nicht reinzugehen traut. Als inzwischen bekannte No-go Viertel sind Duisburg-Marxloh oder der Bremer Stadtteil Huchting zu nennen, wo grosse Einwandererfamilien leben, und wohin deutlich mehr Streifen geschickt werden als in andere Viertel. Die Hauptstadt Berlin ist bekannt für einige dieser Brennpunkte. Auch in kleineren Städten wie Wuppertal und Solingen haben sich echte Problemviertel herauskristallisiert, die immer wieder Schauplätze für grössere Auseinandersetzungen sind, zu denen die Polizei mit Grossaufgeboten fahren muss. Laut Focus kommt es zu diesen Problemvierteln durch hohe Ausländeranteile, Armut und organisierte Grossfamilien, aber auch weil sie zu Drogenumschlagplätzen werden.[1] Das ist die Realität von Integration in Deutschland.

"... Applaaaaaus für den Interpreten 'Verkrachter Vollhorst'!"

Viele der Straftäter sind bereits zuhause durch kriminelle Delikte aufgefallen. Schon 2016 warnten Strafvollzugsbeamte, dass Plätze in Untersuchungshaft knapp würden, besonders angespannt sei die Lage in NRW. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten (BSBD), Anton Bachl, sagte in einem Interview, «Die Flüchtlingswelle bleibt für die deutschen Gefängnisse nicht folgenlos. Die Untersuchungshaft-Zahlen steigen signifikant an – und zwar konkret von Ausländern.» Dieser Trend zeichne sich seit Monaten in Berichten aus den Bundesländern deutlich ab. Genaue Zahlen hätten die Behörden aber noch nicht veröffentlicht. «Teilweise könnte man den Eindruck gewinnen, dass mit der Veröffentlichung der Zahlen zurückhaltend umgegangen wird, weil sie nicht in die politische Landschaft passen». Diese Erkenntnis ist weiss Gott nicht neu. Genauso sei seit Jahrzehnten bekannt, dass Ausländer drei Mal so häufig straffällig seien wie Deutsche. Obwohl Ausländer bundesweit nur 9% der Bevölkerung ausmachen, liege ihr Anteil im Gefängnis bei rund 30%. In der Untersuchungshaft ist der Ausländeranteil laut Osnabrücker Zeitung nochmals erheblich höher. Deshalb käme es immer öfter vor, dass mehrfach verurteilte Asylbewerber aus Platznot freigelassen würden. [2] Kein Wunder, dass die Täter so lax bestraft werden. Für die volle Härte des Gesetzes fehlen einfach Gefängnisse.

«Das ist nicht demokratisch. [...] Wir sind hier in einem völlig rechtlosen Zustand.»

Ex-CSU-Politiker Peter Gauweiler zu Gast bei Günther Jauch über die deutsche Flüchtlingspolitik

Quelle: welt.de, 20.10.15, Wir sind hier in einem völlig rechtlosen Zustand

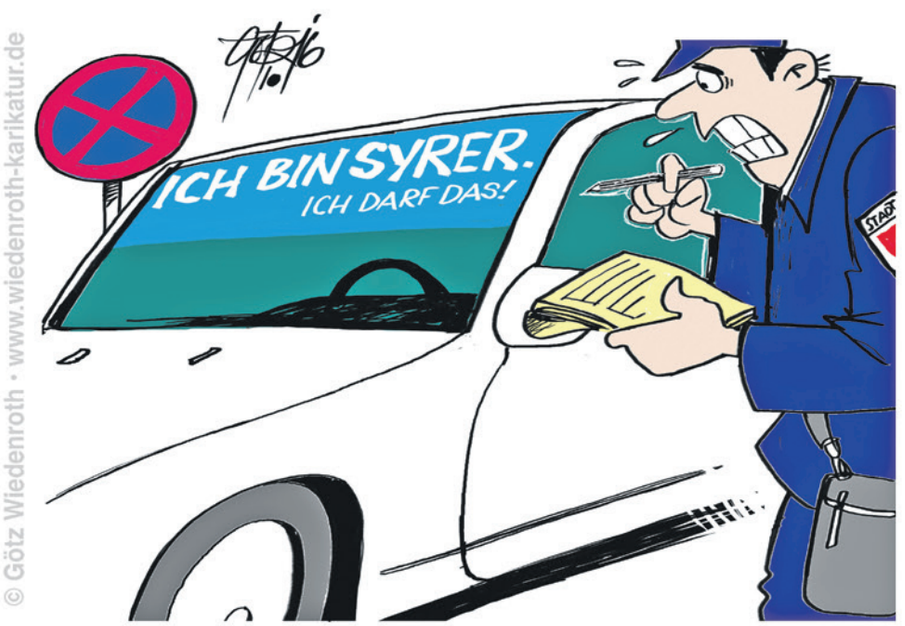
Foto: Henning Schacht (https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Peter_Gauweiler_MdB.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

«Die nehmen diesen Staat nicht ernst. [...] In manchen Gegenden, das muss man sagen, haben wir schon verloren. Da trauen sich die Kollegen mit einem einzelnen Streifenwagen kaum noch rein.»

Tania Kambouri, griechische-deutsche Polizeibeamtin in Bochum

Quelle: stuttgarter-zeitung.de, «Die nehmen diesen Staat nicht ernst», 20.12.2015

"... fahr einfach deeskalierend weiter! Ich will mir meine Personalakte nicht mit einem Eintrag wegen Islamfeindlichkeit versauen!"



"Verfl ... und wenn's jetzt doch stimmt?"

Ob die offiziellen polizeilichen Kriminalstatistiken wirklich den ganzen Ernst der Lage widerspiegeln, mag allerdings bezweifelt werden. Als die ZEIT zur griechisch-deutschen Polizistin Tania Kambouri sagte, das Bundeskriminalamt habe «kürzlich eine Lageübersicht veröffentlicht, wonach Flüchtlinge nicht mehr Straftaten begehen als die deutsche Bevölkerung», antwortete sie: «Meine Diensterfahrung und auch die meiner Kollegen ist eine andere. Ich könnte mir vorstellen, dass da etwas gefälscht oder beschönigt wurde, um keine Angst in der Bevölkerung zu schüren.» [3]

Mangelnde Rechtsdurchsetzung

Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass es mehr als 175.000 offene Haftbefehle in Deutschland gibt. D.h. die zu Haftstrafen verurteilten Personen laufen immer noch frei herum. [4] Das ist ein Schwachpunkt, den kriminelle Asylbewerber leicht ausnutzen. Wenn man im Gericht zu einer Haftstrafe verurteilt wird, heisst dies noch lange nicht, dass diese auch sofort angetreten werden muss. Meistens kommt erst ein Brief, dass die Strafe zu einem bestimmten Zeitpunkt angetreten werden soll. Das wirkt zum einen überhaupt nicht abschreckend und zum anderen sind bis dahin viele auf und davon.

Eine interne Dienstanweisung der Polizei in Schleswig-Holstein gibt den Beamten vor, Aufenthaltsverstösse von Syrern und Irakern zu ignorieren. «Ich hätte mir nie vorstellen können, dass die rechtsstaatliche Grundordnung sich aufzulösen beginnt», sagte FDP-Landeschef Wolfgang Kubicki dazu. [5] Die Kieler Polizeidirektion befand damals ausserdem: «Bei einfachen/niedrigschwelligen Delikten (Ladendiebstahl/Sachbeschädigung)» solle «ein Perso-

→

Die Polizei kann ihre Pflichten kaum noch erfüllen, da die Neuankömmlinge oft jeden Respekt vermissen lassen und Befehlen der Beamten nicht mehr Folge leisten.

Seite 37

nenfeststellungsverfahren oder erkennungsdienstliche Behandlung regelmässig» ausfallen, da zu teuer und ohne realistische Erfolgsaussichten. [6]. Ein Bundespolizist aus Bayern sagte der Bild-Zeitung offen: «Wenn ein Flüchtling bei der Kontrolle abhauen will, dürfen wir ihn nicht mal festhalten. Das ist von oben vorgegeben. Denn das wäre körperliche Gewalt. Intern heisst es: Lieber laufen lassen.» [7]

Wie aber soll man den deutschen Staat auch ernst nehmen, wenn einem nichts passiert? Täglich kann man mittlerweile schon Artikel lesen, wie z.B. über den Intensivstraftäter Madi F. An nur einem Tag hatte Madi elf dokumentierte Straftaten begangen, unter anderem gefährliche Körperverletzung und Raub. Doch er blieb weiterhin auf freiem Fuss. [8] Oder Schlagzeilen wie «Mädchen in Sex-Falle gelockt - Bewährung für Vergewaltiger». [9] Während angebliche Hetzer in sozialen Netzwerken tausende Euro zahlen müssen und manchmal sogar ihren Job verlieren, bekommen diese Herren weiterhin Taschengeld und ein Urteil mit der Message: «War nicht so schlimm, weitermachen!»

Focus online berichtete Anfang Februar 2016: «Die Polizei in Gelsenkirchen beklagt eine steigende Gewaltbereitschaft. Einen Grund dafür sehen die Beamten in der Bestrafung durch die Justiz. Bekannte Täter müssten häufig nach einer Nacht in Polizeigewahrsam schon wieder freigelassen werden. Dieser Tendenz entgegensteuern, könne vor allem die Justiz.» [10]. Das hat nicht nur zur Folge, dass die Täter über die deutsche Justiz lachen, sondern auch, dass die Motivation der Polizei klarerweise deutlich absinkt, Delikte in Zukunft noch zu ahnden. **«Wenn jemand 20 bis 30 Straftaten verübt und zwei Drittel der Fälle werden sofort eingestellt, gewinnt der Täter natürlich den Eindruck: Es passiert mir nichts», sagte Jürgen Tölle, Kommissariatsleiter der Polizei in Münster. «Wir haben Leute, die werden auf freien Fuss gesetzt und begehen nur wenige Minuten später die nächste Straftat.» [11]**

Der Mannheimer Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) hatte Ende 2017 das Innenministerium wegen wiederholter Straftaten von Flüchtlingen aus Nordafrika zum Handeln aufgefordert. Die Bevölkerung nehme es als «Staatsversagen» wahr, wenn die meist strafunmündigen Täter – deren Identität zudem oft unklar sei – nicht zur Rechenschaft gezogen werden könnten, schrieb er in einem Brief an Ressortchef Thomas Strobl (CDU). **«Das Grundvertrauen, dass der Staat seine Bürger schützen kann, ist nicht mehr vorhanden»**, betonte Kurz. [12]

Wenn die Münchner tz dann titelt «Zwei Angeklagte aus der Kölner Silvesternacht verurteilt» (13), ist der Rechtsbankrott perfekt. Fast ein Jahr später berichtete im Dezember 2016 Frontal 21 über die Silvesternacht von Köln, dass 1205 Strafanzeigen bearbeitet wurden. Davon hätten 509 sexuelle Übergriffe zum Gegenstand. Mittlerweile gibt es ganze drei Verurteilungen wegen sexueller Übergriffe in dieser Nacht. Wenn das kein Armutszeugnis ist.

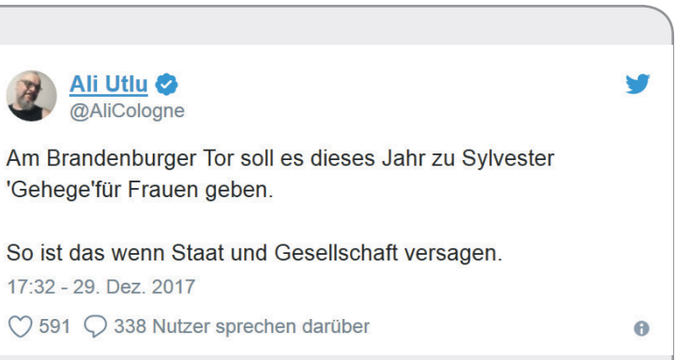
Für die ohnehin schon unterbesetzte Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren bedeuten die neuen Mitbürger mehr Arbeit. Die Polizei in NRW ist total überlastet, allein dort schieben die Beamten 5,4 Millionen Überstunden vor sich her. Der Dauerdienst und Burn-out gefährden die Sicherheit [14]. 3700

«Das Licht, das sogenannte offizielle Mitteilungen verbreiten, ist oft nichts als ein Irrwisch, der uns in Sümpfe führt »

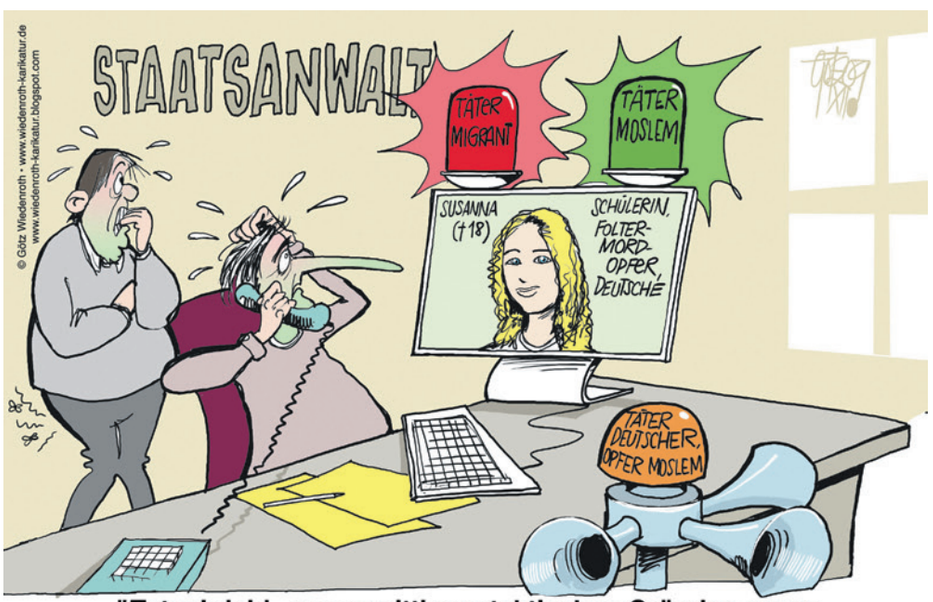
Carl Ludwig Börne (1786–1837), deutscher Journalist, Literatur- und Theaterkritiker

Bevölkerung eines grenznahen Polizeireviers am letzten Dienstag

Für Silvester 2017/2018 wurden in grossen deutschen Städten Schutzzonen der Polizei, insbesondere für Frauen, eingerichtet. In einem Land, in dem man Frauen zu bestimmten Anlässen quasi einsperren muss, läuft etwas grundsätzlich falsch.



So kommentierte der homosexuelle Islamkritiker Ali Utlu die Schutzzonen.



"Tut mir leid - aus ermittlungstaktischen Gründen sagen wir zu dem Fall überhaupt nichts - nein, kein Phantombild!"

Einsätze der Feuerwehr gab es in den Flüchtlingsheimen in Hamburg allein, von Januar bis Oktober 2015 – u.a. wegen Streitereien und Suizidversuchen. [15]. In NRW musste die Polizei 2015 78.000 Mal zu Flüchtlingsunterkünften fahren, dabei handelte es sich allerdings in rund 90% der Fälle um Präsenz vor Ort, präventive Aufklärung und Information von Bürgern [16], was nichts daran ändert, dass die Polizei mit Asylbewerbern beschäftigt war. In Bayern gab es 2015 172.464 Polizeieinsätze in Asylunterkünften, das sind 270% mehr als noch im Vorjahr! 80% der Straftaten wurden unter den Asylbewerbern begangen, die Täter waren meist aus dem Nahen und Mittleren Osten. [17]

Im März 2016 berichtete sogar das besonders einwanderungsfreundliche Spiegel Online, durch die Flüchtlingskrise rechne die Polizei mit steigender Kriminalität: «Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass sich die Zahl von Straftaten mit der Zuwanderung erhöhen wird. In einem vertraulichen Bericht zeigen sich die Beamten nach Informationen von Spiegel online besorgt.» [18]. Also genau das, wovor die verteufelten «Stammtische», «Rechtspopulisten» und «besorgten Bürger» seit jeher schon warnen.

Auch die Kanzlerin sagte bereits 2011, dass Jugendkriminalität und Gewalt unter Migranten ein grösseres Problem als unter deutschstämmigen Jugendlichen sei: «Wir müssen akzeptieren, dass die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten besonders hoch ist.» [19]

Maulkorb für die Behörden

Bereits im Oktober 2015 berichtete der Focus, die Kieler Polizei solle Journalisten der Kieler Nachrichten nahegelegt haben, nicht über die Flüchtlingslage zu berichten, die in einem internen Papier als «relevantes Ereignis» eingestuft wurde. [20] Auch aus Thüringen gibt es ähnliche Beweise, dass die Polizei nur «bei eventuellen Anfragen» von Me-

➔

«Bereits vor 20 Jahren hat ein Kölner Polizist zu mir gesagt: Frau Schwarzer, 70 bis 80% aller Vergewaltigungen in Köln gehen auf das Konto von Türken. Ich war entsetzt und habe geantwortet: Das müssen Sie unbedingt öffentlich machen! Denn auch ein Türke wird ja nicht als Vergewaltiger geboren. Das hat ja Gründe. Was ist los bei denen? Was können wir tun? Doch es kam die klare Ansage: ‚No way, das ist politisch nicht opportun.' Und genau diese Art politischer Correctness verschleiert die Verhältnisse. Reaktionärer geht es nicht.»

Alice Schwarzer, bekannteste Vertreterin der deutschen Frauenbewegung

Quelle: welt.de, «Kalaschnikows, Sprenggürtel und jetzt die sexuelle Gewalt», 15.01.2016

Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY 3.0

Seite 39

dienvertretern reagieren soll, um spezielle Straftaten öffentlich zu machen. Nur bei grösseren Vorfällen, wie Bränden oder Massenschlägereien, solle informiert werden. Die Polizei werde aber fast täglich zu Einsätzen in Flüchtlingsunterkünften gerufen, «in jede Unterkunft, fast jeden Tag», heisst es da und «diese Straftaten werden systematisch verschwiegen».[21] Viele relevante Ereignisse werden nicht veröffentlicht. Die Süddeutsche Zeitung berichtete 2016 auf ihrem Online-Portal: «Polizei führt Geheimstatistik zu Asylbewerbern», täglich ginge ein interner Bericht über Straftaten an das sächsische Innenministerium, die Öffentlichkeit erfahre dies aber nicht.[22] Auch die Bild berichtete bereits Anfang 2016, «beim Thema Flüchtlings-Kriminalität» müsse «Hessens Polizei auf Durchzug schalten», «vertuschen, verleugnen, verbergen, verschweigen», «vertrauliche LKA-Berichte über Flüchtlinge enthüllen, was Hessens Innenminister alles verschweigt». Höchstwahrscheinlich gibt es diese geheimen Einsatzberichte in jedem Bundesland.[23] Im April 2017 mussten die Verantwortlichen des BKA doch zugeben, dass die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer 2016 um 52,7% gestiegen war[24].

Da den offiziellen Kriminalstatistiken immer mehr misstraut wird, nehmen die Bürger das Zählen der Migrantenverbrechen inzwischen selbst in die Hand. Das Archiv «Refugee and Migrant Crime Map» «stellt den Versuch dar, systematisch das Versagen des Staates im Hinblick auf Flüchtlinge, Migranten und Integration zu dokumentieren. Die erhobenen Daten werden mit Quellenangaben der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um es jedem Interessierten zu ermöglichen, sich ein eigenes Bild von diesem katastrophalen und unzumutbaren Zustand Deutschlands zu machen.» Die virtuelle Karte zeigt mittlerweile über 48.000 Straftaten in Deutschland an, die von Zuwanderern begangen wurden.

Abschiebung

Anfang Januar 2016 wurde berichtet, dass nach Angaben der Europäischen Kommission 60% der Flüchtlinge kein Recht auf Schutz hatten. Die Zahlen beziehen sich aber nur auf den Monat Dezember 2015.[25] Die Zahl ist nicht überraschend und könnte nicht nur für den Monat Dezember 2015 gelten. Wenn die Politik schon 60% sagt, darf von einer höheren Dunkelziffer ausgegangen werden. Selbst die meisten Syrer haben kein Recht auf Asyl bzw. subsidiären Schutz. Viele Syrer «flüchten» nicht, weil sie vor dem «Monster» Assad Angst haben, sondern weil sie nicht in der syrischen Armee kämpfen wollen. Es ist natürlich verständlich, dass man nicht in den Krieg ziehen will, aber Fahnenflucht ist auch hierzulande kein Kavaliersdelikt. Eine drohende Freiheitsstrafe oder die Entlassung aus der Armee könnten nicht als

Werden Kriminalstatistiken gefälscht, um die Bevölkerung zu beruhigen?

© Götz Wiedenroth · www.wiedenroth-karikatur.de

"Wir lassen uns dadurch nicht von unserer Art zu fühlen abbringen!"

In der Kriminalstatistik Brandenburgs fehlten im Jahr 2014 circa 4.000 verübte Straftaten! Grund: Eine Dienstanweisung verlangte, Serientaten zu einem einzigen Fall zusammenzufassen. Umgekehrt fand Journalist Udo Ulfkotte heraus, dass der Bevölkerung ein einziges aufgeklärtes Einbruchsdelikt gleich als drei verschiedene aufgeklärte Straftaten (ein Einbruch, ein Hausfriedensbruch und eine Sachbeschädigung) «verkauft» worden war, wohl um die Erfolgsstatistik besser aussehen zu lassen. Auch gelten Straftaten oft bereits als «aufgeklärt», wenn einer Tat nur schon ein Tatverdächtiger zugeordnet werden konnte.

Laut dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter André Schulz betreibt die Politik seit Jahren Augenwischerei. Es werde verschwiegen, dass 75 % aller Wohnungseinbrüche und 90% aller Taten im Bereich der Sexualdelikte und Internetkriminalität überhaupt nicht angezeigt werden. Besonders erwähnenswert ist Folgendes: Bundesinnenminister Thomas de Maizière soll den Chefs der Landespolizeibehörden die Anweisung gegeben haben, die Flüchtlingskriminalität in den Statistiken kleinzurechnen, wie der Journalist Dieter Wonka im ZDF berichtete. Soll der Bevölkerung durch derartige Manipulationen eine Beruhigungspille verpasst werden?

Quellen:
Stimme und Gegenstimme 06/2018
tagesspiegel.de, Warum Brandenburg die Straftaten falsch zählte, 28.03.2015
youtube.com, Dieter Wonka zu Flüchtlingskriminalität: Statistiken vorsätzlich gefälscht!, 11.01.2016

Foto: Hermann Luyken (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:2017.07.22.200910_Alice_Weidel_AfD-Informationsveranstaltung_Schriesheim.jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de

«Die Jubelmeldungen über die angeblich niedrigste Zahl an Straftaten seit einem Vierteljahrhundert sind klassische Fake News. Da die Polizeiliche Kriminalstatistik nur erfasst, womit sich die Polizei überhaupt beschäftigt, wird die Statistik paradoxerweise umso rosiger, je schlechter der Rechtsstaat (das meint die Verbrechenserfassung und -bekämpfung) funktioniert. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter schätzt, dass die Gesamtzahl der tatsächlich begangenen Straftaten einschliesslich Dunkelfeld fünfmal höher liegt als die in der PKS erfassten Zahlen. Wenn nach neuesten Studien nur noch jeder siebzigste Ladendiebstahl angezeigt wird, wenn Serientäter trotz dutzender Eigentumsdelikte immer wieder laufen gelassen werden und wenn sich über die Jahre ein alarmierender Anstieg von Gewalt- und Sexualdelikten durch Täter mit Migrationshintergrund abzeichnet, fühlen sich Bürger zunehmend bedroht in diesem Land.»

Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, Mai 2018, zur Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017 durch Bundesinnenminister Horst Seehofer

Asylgründe im Sinne des europäischen Rechts gelten, urteilte unlängst der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg (Rechtssache C 472/13).

Nachdem selbst die EU diesen Umstand offen zugibt, müssten die negativen Bescheide und daher auch die Abschiebungen in Deutschland nur so flutschen. Weit gefehlt, das Gegenteil ist wieder einmal der Fall. Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums sind im Ausländerzentralregister (AZR) aktuell mehr als 600.000 Ausländer erfasst, die im Verlauf der letzten Jahre oder Jahrzehnte (!) ein Asylverfahren erfolglos durchlaufen haben oder deren Flüchtlingsschutz zwischenzeitlich widerrufen/ zurückgenommen wurde oder erloschen ist, die aber gleichwohl in Deutschland leben. 600.000 Ausländer, die gar nicht mehr da sein dürften.

Das Bundesland Bremen schiebt am wenigsten ab, was nicht zuletzt auch an der rot-grünen Regierung liegt. So schreibt Welt Online unter dem Titel «Ein Bundesland schiebt so gut wie gar nicht ab»: «Doch wer ganz sicher gehen will, sollte sich in Bremen ansiedeln. Nirgendwo stehen die Bleibechancen besser als in der Hansestadt, wo im Jahr 2015 nur 43 Ausreisepflichtige abgeschoben wurden. [...] In Bremen möchte man die Menschen nicht abschieben, sondern lieber zur freiwilligen Ausreise überreden. Das sei billiger und humaner.» [26] Wie Recherchen der Welt am Sonntag ergaben, boykottiert das rot-grün regierte Bremen eine konsequente Abschiebepraxis von Personen ohne Aufenthaltsrecht weitgehend.

In Deutschland sind die Länder für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber zuständig und nicht der Bund. Das führt zu grossen Problemen, weil die Länder bei der Abschiebung oft nicht kooperieren, wie z.B. Bremen. Diese Länder werden meist von Rot-Grün und der Linkspartei regiert. Wer als «Flüchtling» also nicht so gerne aus Deutschland ausreisen mag, der sollte in diese Bundesländer umsiedeln.

Staatsrätin Gisela Erler (Bündnis 90/ Die Grünen) gab abgelehnten Asylbewerbern in einer Broschüre Tipps zur Verhinderung einer Abschiebung.

Foto: Wikipedia/Tobias Klenze/CC-BY-SA 4.0

Die Stuttgarter Nachrichten berichteten im Oktober 2015 «Grün-Rote Asyl-Tipps verwundern Opposition». Die Baden-Württem-

➔

Foto: Olaf Kosinsky/Wikipedia

«Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eines: Raus, und zwar schnell!»

Gerhard Schröder, ehemaliger Bundeskanzler, im Juli 1997

«Die Kriminalitätsstatistik hat nichts mit der Kriminalität im Land zu tun. Das ist ein Arbeitsnachweis der Polizei, wie viele Anzeigen sie geschrieben haben. [...] Es geht nicht darum, die Kriminalität eins zu eins abzubilden, sondern gewünschtes Futter zu liefern für Schlagzeilen. [...] Die Kriminalitätsstatistik ist so mannigfach manipuliert, niemand steigt mehr durch. Das ist auch das Ziel. Es wurden in den letzten Jahren hunderte Änderungen vorgenommen, wie die Kriminalitätsstatistik sich zusammensetzt. Niemand weiss mehr, wie der aktuelle Fall ist. Da kommt man selbst mit einer Doktorarbeit nicht weiter.»

Stefan Schubert, ehemaliger Polizist beim Bundesgrenzschutz

Quelle: youtube.com, Stefan Schubert über die CIA-Operation «Anis Amri» | Buch: Teil III, 12.08.2018

Seite 41

bergische Grünen-Staatsrätin Gisela Erler sorgte mit einer Broschüre für Flüchtlinge für Ärger. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Guido Wolf hatte das Staatsministerium aufgefordert, «die Broschüre aus dem Verkehr zu ziehen», da «die Landesregierung darin zum zivilen Ungehorsam gegen sich selbst aufruft». Unter anderem wirbt die Regierung in der Broschüre für Kirchenasyl oder erklärt, wie man eine Abschiebung verhindern kann. Es ist schon höchst verwunderlich: Die Gemeinden und Landkreise wissen nicht mehr, wo sie die Leute unterbringen sollen und die Landesregierung gibt abgelehnten Asylbewerbern Tipps, wie sie länger in Deutschland bleiben können.

Dass deutsche und europäische Politiker gegen die Gesetze arbeiten, an die sie sie sich eigentlich zu halten haben, ist kein seltenes Phänomen. Recherchen des russischen Senders RT ergaben z.B., dass die immer wieder durch Gewalt und Vandalismus auffallende Antifa im sogenannten «Kampf gegen Rechts» der Bundesregierung öffentliche Mittel aus den Landes- und Bundeshaushalten erhielt. Oder die Webseite «Fluchthelfer.in», die in einem Film zum gesetzeswidrigen Schmuggel von Migranten über europäische Grenzen anstiftet, wurde dafür von der EU mit einer Nominierung für das Europäische Verdienstkreuz belohnt.

Wenn sogar die EU protestiert...

Das Vorgehen Deutschlands mit abgelehnten Migranten war sogar der EU-Kommission zu viel, weshalb Mitte September 2015 ein sogenannter Blauer Brief aus Brüssel nach Berlin geschickt wurde. Wie Focus online am 27.09.2015 titelte, «Deutschland zu zahm? EU rügt lasche Ausweisung von abgelehnten Migranten». Was die EU-Kommission in ihrem Blauen Brief Deutschland vorwirft, ist, «Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis zu zögerlich auszuweisen. Im vergangenen Jahr sei nur jeder sechste ohne Aufenthaltsgenehmigung tatsächlich in die Heimat zurückgebracht worden. Deutschland droht ein Vertragsverletzungsverfahren.» [27]. Mitte August 2017 forderte Brüssel von Deutschland noch einmal entschlossenere Abschiebungen. [28]

Der junge Strafrichter besichtigt seinen Arbeitsplatz

Deutsche haben das Vertrauen in Gerichte verloren

Nur noch 55% der wahlberechtigten Deutschen haben grosses oder sehr grosses Vertrauen in die Arbeit von Justiz und Gerichten. 43 % haben eher geringes oder gar kein Vertrauen mehr in die Arbeit der Justiz. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Berliner Meinungsforschungsinstituts pollytix hervor. Parteien schneiden noch deutlich schlechter ab. 80% der Befragten haben ein eher geringes oder überhaupt kein Vertrauen mehr in die politischen Parteien. Nur 33% geben an, noch Vertrauen in die Arbeit der Bundesregierung zu setzen.

Quellen:
Stimme und Gegenstimme 21/2018
t-online.de, Immer mehr Deutsche verlieren das Vertrauen in den Rechtsstaat, 14.05.2018

Trainiert die Bundeswehr Militäreinsatze in deutschen Grossstädten?

Schnöggersburg heisst eine Kriegsübungsstadt (Bundesland Sachsen-Anhalt), die seit 2012 für 140 Mio. Euro entsteht. Auftraggeber ist das Bundesverteidigungsministerium. Deutsche und NATO-Truppen sollen dort den bewaffneten Einsatz in Grossstädten erproben. Obwohl grundsätzlich noch das Verbot des Einsatzes militärischer Kräfte im Inland gilt, hat das Bundesverfassungsgericht dieses Verbot während der Planungsphase von Schnöggersburg relativiert. Danach kann die Bundeswehr unter bestimmten Voraussetzungen wie «Ausnahmesituationen katastrophalen Ausmasses» auch im Innern militärisch tätig werden. Welches Szenario haben Politik und Militärstrategen dabei vor Augen?

Quellen:
Stimme und Gegenstimme 16/2018
deutsch.rt.com, Schnöggersburg: Eine Geister-Grossstadt – nur für den Krieg, 26.10.2017

Schnöggersburg ist eine militärische Übungsstadt für Grossstädte – deutsche Grossstädte?

Weitere erschreckende Beispiele:

- Nach Angaben der Bundesregierung waren 2016 mehr als 12.000 Afghanen zur Ausreise aus Deutschland aufgefordert. Im ersten Halbjahr 2016 wurden 18 abgelehnte afghanische Asylbewerber abgeschoben, 2015 waren es nur 9 gewesen [29]. Die meisten Afghanen tauchten kurz vor der Abschiebung unter.
- Während zum Jahreswechsel 2015/2016 615 Pakistaner in Hessen vollziehbar ausreisepflichtig waren, wurden 2015 nur fünf Personen in ihre Heimat abgeschoben, wie das hessische Innenministerium mitteilte, 36 reisten freiwillig aus. [30]
- Tausende Migranten aus Algerien, Marokko und Tunesien sollten 2015 abgeschoben werden. Doch die Maghreb-Staaten weigerten sich. Demnach hätten rund 5500 Algerier, Marokkaner und Tunesier bis Juli 2015 abgeschoben werden müssen. Bei lediglich 53 klappte die Rückführung in ihre Heimatländer! [31]
- Das BAMF hatte im ersten Quartal des Jahres 2015 ganze 9720 Asylanträge von Antragstellern aus dem Kosovo abgelehnt. Nur 304 der abgelehnten Migranten wurden im gleichen Zeitraum aber auch in ihre Heimatländer zurückgeschickt. [32]

In diesem Zusammenhang muss auch gesagt werden, dass viele Länder ihre Staatsbürger gar nicht zurücknehmen. Solange abgelehnte Migranten weiterhin Geld bekommen, haben sie auch keinen Grund, nach Hause zu gehen. Welches Land hat schon Interesse daran, seine oftmals kriminellen Staatsbürger zurückzunehmen? Wie Alice Schwarzer über die Täter der Silvesternacht sagte: «Ich war ja jüngst in Algerien, die haben mich ausgelacht. Die haben gesagt: Wie naiv seid Ihr denn eigentlich? Wir sind froh, dass die Jungs, die hier bei uns an der Ecke stehen, bei euch sind – wir hatten auch schon Ärger mit denen.» [33]

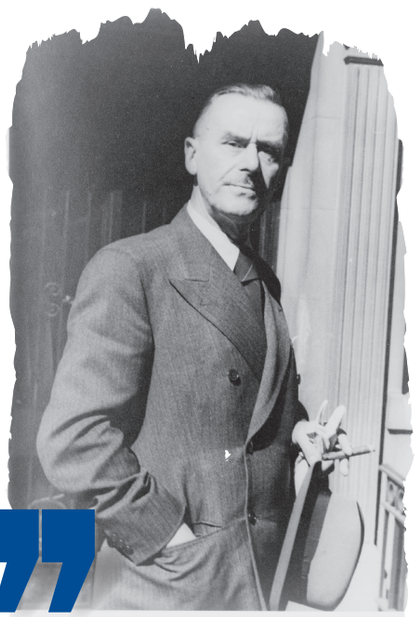
2017 konnten zahlreiche abgelehnte Asylbewerber wegen der Weigerung der Fluggesellschaft oder des Kapitäns nicht abgeschoben werden. Allein 200 Abschiebungen wurden durch Piloten verhindert [34].

Die Bild berichtete Ende Mai 2016 mal wieder von einem «Abschiebeskandal» und schrieb: «Die meisten ausreisepflichtigen Asylbewerber werden nicht in ihre Heimat zurückgeschickt» [35] - und daran wird sich auf absehbare Zeit wohl auch nichts ändern.

Robert Seegmüller, Vorsitzender des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und des Verwaltungsgerichtstags, beklagte im März 2016, dass die Behörden ausreisepflichtige Migranten zu schleppend abschieben: «Wenn Ausländer nach entsprechenden Urteilen nicht konsequent abgeschoben werden, verlieren der deutsche Staat und seine Justiz massiv an Autorität». Was ohnehin schon der Fall ist, denn viele kriminelle Zuwanderer haben schon seit einiger Zeit keinen Respekt mehr vor dem Staat und seinen Institutionen. So ist ein abgelehnter Asylbewerber nach einem für ihn ungünstigen Urteil aufgesprungen und rief, das sei ihm egal, er werde ohnehin nicht abgeschoben. Das ist leider, wie so vieles andere, wahr. [36]

Systemkollaps?

«Ist der innere Friede durch weiteren Zuzug gefährdet?», fragte N24 schon im Oktober 2015. 68% der Deutschen sagten damals dazu «Ja». [37]. Im Moment mag es noch «funktionieren», jedoch scheint es bei den stetig steigenden Asylbewerberzahlen nur eine Frage der Zeit, bis die öffentliche Ordnung endgültig zusammenbricht. Bereits im September 2015 hat Österreich Bayern in einem Geheimpapier gewarnt, dass «Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit durch die massive Bindung des Polizeipersonals zur Abwicklung der Tätigkeiten im Zusammenhang mit illegalen Einreisen» bestehe sowie «Gefahr interethnischer und interreligiöser Konflikte unter den Migranten» infolge «Ausserkraftsetzung der gesetzlichen Strukturen» [38]. In der medialen und politischen Euphorie werden Warnungen meistens aber nicht ernst genommen oder gehen wie auch hier unter. Schon jetzt heisst



«Prägen Sie sich immerhin ein, dass Toleranz zum Verbrechen wird, wenn sie dem Bösen gilt.»

Thomas Mann (†), deutscher Schriftsteller

Das bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG): Polizeistaat und Bevormundung als Lösung der Migrationskrise?

Foto: PT_Fotograf/istock

Am 25.05.2018 trat in Bayern das neue Polizeiaufgabengesetz in Kraft, das die CSU im Alleingang beschlossen hatte. Durch dieses Gesetz ist die Polizei in Bayern befugt, zahlreiche neue Massnahmen einzusetzen: z.B. Post öffnen, per Staatstrojaner Nachrichten mitlesen, Konten sperren, Aufenthaltsverbote für Innenstädte aussprechen und elektronische Fussfesseln anlegen. Und das allein aufgrund des Verdachts, dass jemand vorhat, eine Straftat gegen geltendes Recht zu begehen. Unter dem Vorwand zunehmend drohender Staatsgefährdung, die beliebig dehn- und auslegbar zu sein scheint, kann also potentiell jeder Bürger zum Staatsgefährder erklärt werden und von Zwangsmassnahmen betroffen sein. Ein Staat, der zu solchen Mitteln greift, muss sich fragen lassen, ob das neue Gesetz nicht dazu dient, Systemkritiker nach Belieben ausschalten zu können.

Quelle:
Stimme und Gegenstimme 30/2018

Seite 43

es in der «Bunten Republik»: «Berliner Polizei gibt Görlitzer Park offenbar auf». [39]

Foto: © Superbass / CC-BY-SA-4.0 (via Wikimedia Commons)

Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt warnte bereits im Oktober 2015 vor völliger Überlastung: **«Wir können nicht an zwei Orten gleichzeitig sein, das System droht zu kollabieren.»** [40]. Zudem sagte er dem Handelsblatt: **«Das staatliche Gewaltmonopol beruht auf dem gesellschaftlichen Konsens, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Monopol akzeptieren, wenn der Staat seinerseits die Bevölkerung wirkungsvoll schützt. Ist er dazu nicht bereit, kündigt der Staat diesen Konsens und die Menschen nehmen den Anspruch, sich und ihre Familien zu schützen, wieder selbst in die Hand.»**

Mittlerweile weigern sich schon viele Städte, anerkannte Flüchtlinge aufzunehmen, weil die Kommunen mit den Problemen nicht mehr fertig werden und es auch immer mehr zu Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung kommt. Während die Grenzen weiterhin geöffnet bleiben.

Wenn Welt-Online schon schreibt, «den islamischen Extremisten wird es nie gelingen, Europa zu islamisieren. Aber sie könnten einen Bürgerkrieg provozieren, in dessen Folge Teile Europas den Balkanländern der 90er-Jahre ähneln könnten» [41], dann muss man feststellen, dass es mindestens 5 vor 12 steht. Die Unterkünfte für Asylbewerber entstehen derweil munter weiter. Fast in jedem Ort sind mittlerweile Asylsuchende untergebracht. In manchen kleineren Orten übersteigt ihre Zahl bereits die Einwohnerzahl. Auf die Dauer wird das ein grosses Sicherheitsrisiko werden und es ist anzunehmen, dass mehr Bürgerwehren wie z.B. in Memmingen entstehen werden. [42]

Welt-Online schreibt Ende 2017 unter der Überschrift «Wenn die Regeln erodieren, erodiert der Staat»: «Ein gefährlicher Zustand, ein Gefühl staatlicher Ohnmacht greift um sich. Ihrer erklärten Feinde weiss die Republik sich zu erwehren. Aber auch eine schleichende Erosion der Regeln, ihre stete Missachtung und Hintansetzung können einen Staat kirre machen.»

Illegale Einreise nur noch Randnotiz

Als «Kirsche auf der Torte» soll nicht unerwähnt bleiben, dass sowieso hunderttausende der Angekommenen eine Straftat begangen haben: Illegale Einreise. Dass die Behörden dieses Delikt kaum noch ahnden, liegt in der Natur einer illegalen Masseneinwanderung.

Deutsches Recht kriselt

Klarer und eindeutiger geht es kaum: Ein deutscher Richter spricht in einem Spiegel-Bestseller vom Ende des Rechtsstaates in Deutschland.

Der Vorsitzende Richter des Deutschen Richterbundes, Jens Gnisa, schlägt Alarm: Diebe und Gewaltverbrecher, zumeist mit Migrationshintergrund, kämen straffrei davon, während deutsche Falschparker und Temposünder gnadenlos verfolgt würden. Das Ausländerrecht zeige eklatante Schwächen. In seinem Interview mit dem Spiegel zu seinem Buch «Das Ende der Gerechtigkeit» spricht er Klartext: «Dass derzeit 150.000 Haftbefehle gegen Menschen, die eigentlich ins Gefängnis müssten, nicht vollstreckt sind, darf sich ein Staat nicht erlauben. [...] Vor allem bemängele ich die vielen Duldungen für Leute, die eigentlich ausreisen müssten. Die Ausländer, die uns Probleme bereiten [...] das sind alles Geduldete.»

Quellen:
Stimme und Gegenstimme 47/2017
spiegel.de, Richter-Chef Gnisa kritisiert deutsches Rechtssystem, 12.08.2017

wanderung, die seit 2015 von der Bundesregierung vorangetrieben wird. Im Jahr 2015 und im ersten Quartal des Jahres 2016 leiteten die Strafverfolger deutschlandweit mindestens 672.561 Ermittlungsverfahren wegen unerlaubter Einreise beziehungsweise sonstiger Straftaten nach dem Ausländer- und Asylverfahrensgesetz ein, von denen die überwiegende Mehrzahl für den Papierkorb war. Schon bis Ende März 2016 wurden mehr als die Hälfte dieser Fälle – 357.049 – wieder eingestellt. [43]

Da brauchte man sich auch nicht mehr wundern, wenn es beim Focus hiess, «Rechtsordnung ist ausgesetzt - Richter bestraft Schleuser milde - wegen der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin». In der Urteilsbegründung hiess es: «Angesichts der Zustände an den Grenzen ist die Rechtsordnung von der deutschen Politik ausgesetzt, deshalb wird keine unbedingte Haftstrafe erteilt.» [44]

Schweden ist bisher das einzige Land, das der deutschen Sehnsucht nach «Multi-Kulti» wohl noch einen Schritt voraus ist. Der dortige Polizeichef warnte unlängst: «Die Regierung hat die Kontrolle über das Land verloren» [45] ***(tk/Thomas Valluzzi)***

Quellen:

1. Focus.de, 22.08.15, No-Go-Areas in diese Viertel traut sich selbst die Polizei nicht
2. Osnabrücker Zeitung, 16.03.16, Strafvollzugsbeamte warnen: Plätze in U-Haft werden knapp
3. stuttgarter-zeitung.de, «Die nehmen diesen Staat nicht ernst», 20.12.2015
4. zeit.de, Zahl der offenen Haftbefehle stark gestiegen, 26.06.2018
5. Epochtimes.de, 26.01.16, Polit-Skandal um interne Polizeianweisung
6. merkur.de, 28.01.16, Bericht: Polizei-Skandal wegen Flüchtlingen
7. Focus.de, 12.01.16, irgendwann kommt der grosse Knall
8. politikversagen.de, 28.04.16, Ein Tag - elf Straftaten
9. bild.de, 27.04.16, Mädchen in Sex-Falle gelockt-Bewährung für Vergewaltiger
10. Focus online, 02.02.16, Gewaltbereitschaft steigt: NRW-Polizei klagt über zu lasche Justiz
11. welt.de, Polizei fordert härteren Umgang mit Nordafrikanern, 17.03.2016
12. Welt.de, 01.12.17, Minderjährige Straftäter - Mannheimer OB sieht «Staatsversagen»
13. tz.de, 24.02.16, Erster Angeklagter aus der Kölner Silvesternacht verurteilt
14. Welt.de, 31.01.18, Dauerdienst und Burn-out gefährden die Sicherheit
15. Hamburger Abendblatt, 05.11.15, 3700 Einsätze der Feuerwehr in den Flüchtlingsheimen
16. welt.de, 14.02.16, Zehntausende zusätzliche Polizeieinsätze
17. Merkur.de/ovb-online.de, 17.02.16, mehr Verfahren gegen Flüchtlinge
18. spiegel.de, 07.03.16, Flüchtlinge: Polizei rechnet mit steigender Kriminalität
19. Welt.de, 18.06.2011, Merkel beklagt hohe Zahl von Migranten-Straftaten
20. focus.de, Polizei forderte Journalisten auf, nicht über Flüchtlingslage zu berichten, 23.10.2015
21. Focus online, 15.10.15, Anschuldigungen in Thüringen
22. SZ-Online, 6.2.16, Polizei führt Geheimstatistik zu Asylbewerbern
23. bild.de, Was Hessens Innenminister alles verschweigt, 02.02.2016
24. Welt.de, 23.04.17, Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer steigt um 52,7 Prozent
25. welt.de, 27.01.16, EU-Kommissar bezweifelt Asylrecht der meisten Flüchtlinge
26. welt.de, 09.02.16, Ein Bundesland schiebt so gut wie gar nicht ab
27. Focus online, 27.09.15, Blauer Brief aus Brüssel: Deutschland zu zahm
28. Welt.de, 30.08.17, Brüssel fordert von Deutschland entschlossenere Abschiebungen
29. Merkur.de, 03.12.16, Bundesregierung plant Sammel-Abschiebung nach Afghanistan
30. Focus online, 23.02.16, Nehmen abgelehnte Asylbewerber nicht zurück
31. spiegel.de, 04.02.16, Flüchtlinge: Berlin will für Rückführung an Maghreb-Staaten zahlen
32. tagesschau.de, 18.08.15, Abgelehnt, aber nicht abgeschoben
33. Hart aber fair, 12.12.16
34. Welt.de, 06.12.17, Piloten verhindern mehr als 200 Abschiebungen
35. Bild.de, 31.05.16, Regierungs-Bericht enthüllt, der Abschiebe-Skandal
36. merkur.de, 25.03.16, Asylfälle belasten Gerichte
37. Epochtimes, 01.11.15, wer Kontakt zu Migranten hatte, sieht inneren Frieden eher gefährdet
38. Epochtimes, 28.09.15, Österreich warnt Bayern vor Anarchie durch Flüchtlingsmassen
39. welt.de, 17.10.16, Berliner Polizei gibt Görlitzer Park offenbar auf
40. welt.de, 23.10.15, «Das System droht zu kollabieren»
41. welt.de, 17.11.15, Wir müssen Dinge tun, die bisher undenkbar waren
42. faz.net, 05.02.16, Sicherheit in unguten Händen
43. merkur.de, 12.06.16, Hunderttausende Ermittlungsverfahren für den Papierkorb
44. Focus online, 09.11.2015, 16:27, «Rechtsordnung ist ausgesetzt»: Richter bestraft Schleuser milde
45. Epochtimes.de, 01.07.17, Polizeichef von Schweden warnt: Die Regierung hat die Kontrolle über das Land verloren

«Klar für Stabilität» – Angela Merkel wird ihrem Wahlspruch nicht gerecht!

Bundeskanzlerin Angela Merkel warb im Bundestagswahlkampf 2017 mit dem Slogan «Klar für Stabilität» um die Stimmen der deutschen Wähler. Aber: Kann der Wahlspruch Angela Merkels einer genaueren Untersuchung wirklich standhalten? Hat die deutsche Bundeskanzlerin in ihrer bisherigen Amtszeit die Stabilität Deutschlands tatsächlich gefördert?

Offiziell definiert man Stabilität als eine Gleichgewichtslage. Ein Staat wird dann als stabil bezeichnet, wenn er in der Lage ist, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, Dienstleistungen (z.B. in den Bereichen Bildung oder Gesundheit) zu bieten und die Verordnungen der Regierung durchzusetzen.

Wie ist es nun aktuell um Deutschland bestellt? Hat die Politik Angela Merkels im letzten Jahrzehnt Deutschland zu einem gut funktionierenden, stabilen Staat – einem Staat im Gleichgewicht – gemacht?

Dazu einige Fakten:

• Der Deutsche Richterbund und die Gewerkschaft der Polizei haben gemeinsam auf den Personalmangel bei den Ermittlungsbehörden hingewiesen. Als Folge davon werde inzwischen ein Drittel der Verfahren eingestellt. Im Jahr 2015 gab es immerhin 5 Millionen Strafverfahren, von denen dann 1,7 Millionen eingestellt wurden. Der Staat sei somit nicht mehr handlungsfähig. Haftbefehle würden nicht vollstreckt, Verfahren zögen sich in die Länge und würden am Ende eingestellt. Um das zu ändern, bräuchte man 2.000 zusätzliche Richter und Staatsanwälte.

• Seit einigen Jahren herrscht Pflegenotstand in Deutschland! In deutschen Krankenhäusern fehlten im Jahr 2013 bereits 162.000 Vollzeitstellen, nach Expertenprognosen soll die Zahl im Jahr 2030 auf 200.000 fehlende Vollzeitstellen steigen. Die Anzahl der Pflegebedürftigen soll sich innerhalb der nächsten 50 Jahre verdoppeln. 2012 stellte eine internationale Pflegevergleichsstudie fest, wie viele Patienten durchschnittlich von einer Person betreut werden: In den USA sind es 5,3; in den Niederlanden 7; in Schweden 7,7; in der Schweiz 7,9 – und in Deutschland versorgt eine Pflegekraft durchschnittlich 13 Patienten, nachts sogar 26!

• Seit 2014 ist ein zunehmender Verfall des deutschen Verkehrsnetzes zu verzeichnen: Das betrifft den teilweise völlig maroden Zustand von Brücken, Autobahnen und Bundesstrassen sowie Schiffskanälen wie z.B. dem Nord-Ostsee-Kanal.

• Deutsche Alleinverdiener müssen im Vergleich mit 35 Mitgliedsstaaten der OECD (= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) nach Belgien die meisten Steuern und Abgaben leisten. Konkret werden fast 50% des deutschen Durchschnittseinkommens an Steuern und Sozialabgaben abgezogen.

Keine «Krise» sondern eine seit Jahrzehnten geplante und umgesetzte Massenmigration - von Akteuren wie den Vereinten Nationen, der EU, George Soros und der Muslimbruderschaft. Beweise in der **ExpressZeitung Ausgabe 14/Februar 2018.**

"...Prüfung bestanden, fürs Richteramt vollauf geeignet!"

• Deutschland hat im Jahr 2015 den grössten Beitrag zur Finanzierung des Haushalts der Europäischen Union gezahlt. Auch 2016 trug Deutschland den grössten Anteil der Mitgliedsstaaten am EU-Haushalt, genauer gesagt zwischen 20 und 30%. Nach dem Brexit ist Deutschland verpflichtet, jährlich 3,5 Milliarden zusätzlich in den EU-Haushalt einzuzahlen.

• Das Vermögen der Privathaushalte in Deutschland war laut einer Studie der Bundesbank bereits 2013 deutlich kleiner als sogar dasjenige in den Euro-Krisenländern Italien und Spanien. Diese konnten sich 2013 über ein mehr als dreifach höheres Vermögen freuen und auch Frankreich hatte weit mehr als das Doppelte in der privaten Tasche. Aus einer zweiten Studie von 2016 geht hervor, dass das Privatvermögen der Deutschen auch derzeit wesentlich geringer ist als in den meisten anderen EU-Mitgliedsländern.

Der Todesstoss Merkels?

In diese ohnehin schon sehr angespannte soziale und wirtschaftliche Lage hinein entschied Angela Merkel am 4. September 2015, die deutsche Grenze zu Österreich zu öffnen. Die Einreisebewilligung durch Angela Merkel geschah ohne Bundestagsmandat – lediglich in Absprache mit dem damaligen österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann und drei deutschen Regierungsmitgliedern.

Wie hat nun die Entscheidung der Kanzlerin, die Grenzen zu öffnen, zur Stabilität Deutschlands beigetragen?

• Eine unmittelbare Folge der massiven Zuwanderungsströme waren völlig überforderte, frustrierte und ausgebrannte Ordnungskräfte.

• In den Grenzregionen geriet die Ordnung völlig ausser Kontrolle. Um die unzähligen herein strömenden Menschen mit Unterkünften zu versorgen, kam es damals zu ersten Zwangsbeschlagnahmungen von leerstehenden Wohnungen.

• Die deutsche Bevölkerung äusserte ihre Ängste in grösseren Demonstrationen, und es kam zu ersten gewaltsamen Handlungen aus Enttäuschung und Wut gegen Regierung und Asylanten.

Eine reale Zeitungsanzeige aus dem Jahr 2015.

• Derzeit werden die Kosten für die «Flüchtlingspolitik» in Deutschland auf Dutzende Milliarden Euro jährlich geschätzt. Nur anerkannte Asylbewerber können sich in Deutschland nach einer relativ kurzen Wartefrist um Jobs bewerben. Finden sie keine Beschäftigung, haben sie wie jeder andere Anrecht auf Grundsicherung (Hartz 4).So stieg auch der Anteil von Hartz-4-Empfängern mit ausländischer Nationalität von 19% im Jahr 2015 auf 27% im Jahr 2016.

Soweit einige Fakten, die Merkels Wahlspruch «Klar für Stabilität» in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Quellen:
kla.tv, Flüchtlingsproblematik: Wie in Deutschland Bürger und Flüchtlinge instrumentalisiert werden 26.10.2015
blog.ard-hauptstadtstudio.de, Ist der Staat noch handlungsfähig?, 02.08.2017
de.wikipedia.org, Schwacher Staat
stern.de, Pflegenotstand in Deutschland: Schwester, bitte kommen, 29.07.2017
epochtimes.de, Brandbrief aus dem Krankenhaus: «Eine menschenwürdige Arbeit zu verrichten nicht mehr möglich», 22.01.2017
welt.de, Warum die Strassen in den Städten so schlecht sind, 28.09.2015
spiegel.de, Deutschland ist Zahl-Vizeweltmeister, 11.04.2017
welt.de, Italiener und Spanier sind reicher als Deutsche, 21.03.2013
welt.de, Diese Zahlen offenbaren das Ausmass der Flüchtlingskrise, 18.04.2017

Teil 5: Senkung des Sozialstandards

> [Die Regierung darf das Land nicht] «in eine Lage hineingleiten lassen, in der massive Absenkungen des Sozialstandards notwendig werden, um alle Menschen versorgen zu können.»
>
> *Prof. Dietrich Murswiek, Rechtswissenschaftler*

Die Integrierbarkeit der «Flüchtlinge»

Die Integration der Asylbewerber steht seit Langem im politischen und medialen Vordergrund. Integration hängt nicht zuletzt von der Sprache und der Bildung ab und da gibt es bei den meisten neuen Anwesenden Defizite, die auch eine intensive Förderung nicht beseitigen kann. Viele müssen erst einmal auf o gebracht werden, um loslegen zu können. Das ist in den meisten Fällen aussichtslos und wirft zudem die Frage auf, wozu Deutschland, das zuvor mit genug anderen innenpolitischen Problemen zu kämpfen hatte, sich diese neue Belastung antut. Auch stellt sich die Frage, wieso sich Europa so viele Leute aus einem fremden Kulturkreis holt, wenn innerhalb der EU die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Staaten, besonders im Süden, in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Die «verlorene Generation» war bis vor der Flüchtlingskrise noch in aller Munde. **Im Herbst 2015 waren rund 4,6 Millionen Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, das sind 20,4% der Jugendlichen in der EU. In Deutschland waren das 7%, mit Griechenland mit 51,8% gab es sogar einen Mitgliedsstaat, in dem mehr als die Hälfte der jungen Menschen ohne Job waren. Auch in Spanien waren 48,6% und in Kroatien 43,1% ohne Job, in Frankreich sah die Situation auch nicht viel besser aus [1]. Ein Grund, die Jugend innerhalb Europas mehr zu fördern, anstatt sich Leute ins Land zu holen, die sowieso Probleme damit haben, Sprache, Kultur und Lebensart zu verstehen.**

Foto: Gerd Seidel (Rob Irgendwer) (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Markus_Soeder_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

Bayerns Finanzminister Markus Söder stellte im August 2016 fest: **«Selbst beim besten Willen wird es nicht gelingen, so viele Menschen aus einem völlig fremden Kulturkreis erfolgreich zu integrieren.»** [2]

Die ernüchternden Fakten hat unlängst Ifo-Bildungs-Experte Ludger Wössmann in einer Studie für die OECD ermittelt. 65% der Schüler aus Syrien beherrschen beim Lesen oder Rechnen nicht die OECD-Grundkompetenzen. Heutige 18-Jährige haben einen Bildungsrückstand von vier bis fünf Schuljahren. «Selbst nachdem sie Deutsch gelernt haben, werden viele dem Schulunterricht wohl nicht folgen können. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob sie die Voraussetzungen für eine Berufsausbildung mitbringen». Inzwischen ist sogar der deutsche Journalismus in der Realität angekommen. So kommt Welt-Online in einem Artikel Ende 2017 zu dem Schluss, dass Flüchtlinge nicht zum deutschen Ausbildungssystem passen [3]. Wenn ein Asylbewerber aus Syrien oder dem Irak angibt, einen Schulabschluss zu haben, dann hat das nichts mit einem Schulabschluss in einem Land wie Deutschland zu tun. So sind zwei Drittel der Syrer mit Schulabschluss aus deutscher Sicht selbst in ihrer Muttersprache funktionale Analphabeten. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat die Ergebnisse einer Befragung von Asylberechtigten aus mehreren Ländern, darunter Afghanistan, Irak, und Syrien, ausgewertet. Mehr als 90% der zu uns strömenden Syrer haben alles, aber garantiert nicht die von der Bundesregierung behauptete «hohe Qualifikation». Und jeder vierte Iraker hat gar keine Qualifikation. Gut 70% der Asylsuchenden hätten keine abgeschlossene Berufsausbildung, hiess es im März 2016 laut Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. [4]

Die Asylkoordinatorin des Landratssamts Dachau antwortete in einen Interview der Dachauer Rundschau am 28.10.15 auf die Frage «Gibt es unter den Flüchtlingen einige, die wegen ihrer Ausbildung oder des ausgeübten Berufs [...] in Deutschland schnell Fuss fassen könnten?» wie folgt: «Solchen bin ich kaum begegnet. Viele unter den Flüchtlingen sind Analphabeten, die ihren Geldempfangsschein nur mit einem Kreuzchen unterschreiben. Es erschwert die Kommunikation erheblich. Nur

Deutscher Staatssender WDR gibt Flüchtlingen in arabischer Sprache Tipps für Bleiberecht in Deutschland

Unter dem Titel «WDR for you» präsentiert der öffentlich-rechtliche Westdeutsche Rundfunk (WDR) «Angebote für Flüchtlinge in vier Sprachen»: deutsch, englisch, persisch und arabisch. Auf der Facebook-Seite des Flüchtlingssenders verkündete die WDR-Journalistin Isabel Schayani (in arabischer Sprache) unter Berufung auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), dass Asylbewerber, die schon mindestens sechs Monate in Deutschland sind, nicht in ein anderes europäisches Land zurück abgeschoben werden dürfen. Das sei auch dann nicht möglich, wenn gemäss Dublin-Verordnung ein anderes Land (meist Griechenland) für das Verfahren zuständig ist. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen – wie hier beim WDR – ist man anscheinend bemüht, die Information gezielt jenen

zuzuleiten, die davon profitieren, ohne die dadurch beeinträchtigten Einheimischen zu beunruhigen. Denn nur sehr wenige Deutsche verstehen arabisch.

Quelle:
Stimme und Gegenstimme 21/47

wenige können Englisch, Französisch oder Deutsch sprechen.» [5]

Die Welt veröffentlichte Anfang Juli 2016 ein Interview mit Professor Bassam Tibi, er war bis 2009 Professor für Internationale Beziehungen an der Uni Göttingen. Die Welt fragte: «Haben Sie mit Flüchtlingen, die es ja sicherlich auch in Göttingen gibt, gesprochen?» Tibis Antwort: «Ich habe sicherlich in den letzten eineinhalb Jahren mit mehreren Tausend Syrern gesprochen, ob in Göttingen, Frankfurt, Berlin, München. Die meisten von ihnen, habe ich am Dialekt festgestellt, sind keine Städter, sondern vom Land. Und unter ihnen gibt es viele Antisemiten. Dieser Kultur habe ich mich sehr entfremdet. Unter all den Leuten, die ich sprach, war übrigens kein einziger Arzt und auch kein Ingenieur.» [6]

Jeder Politiker, der von seinen Bürgern fordert, massenhaft Asylbewerber in Deutschland aufzunehmen, ist hiermit aufgefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen und eine Familie bei sich daheim aufzunehmen.

Der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Deutschen Bauindustrie, Michael Knipper, kritisierte in einem offenen Brief die «undifferenzierte Euphorie grosser Teile der deutschen Industrie» und sagte: «Ich halte es für falsch, dass bisher auch die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zu wenig auf die mit der unkontrollierten hohen Zuwanderung verbundenen Risiken hinweisen.» [7] Auch laut Arbeitgeber-Präsident Ingo Kramer sind eine Million Flüchtlinge wie 2015 zu viel. Er warnt vor einem Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt und stellt fest: «Wir müssen uns jetzt auf die Menschen konzentrieren, die hierherkommen, weil sie um ihre Existenz und ihr Leben fürchteten, und nicht um die, die ein besseres Leben wollen, und dafür das Asylrecht missbrauchen.» [8] Bayer-Chef Marijn Dekkers befürchtete, dass sich Deutschland übernehmen würde: «Ich warne nur davor, sich Illusionen hinzugeben: Bis die grosse Mehrheit der Asylsuchenden wirklich unabhängig von staatlicher Hilfe sein wird und ihr eigenes Einkommen verdient, werden mindestens 15 Jahre vergehen.» [9]. Aber all diese Warnungen haben am politischen Kurs in der Asylkrise bis dato nichts geändert.

Auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) gab zu, dass nicht einmal jeder zehnte die Voraussetzungen mitbringe, um direkt in eine Arbeit oder Ausbildung vermittelt zu werden [10].

Der oft geschworene positive Effekt durch den Zuzug von Asylbewerbern auf dem Arbeitsmarkt wird sich auch langfristig nicht bemerkbar machen. Dass die 30 grössten börsennotierten deutschen Unternehmen im Jahr 2016, quasi ein Jahr nach der Euphorie des «neuen Wirtschaftswunders» gerade einmal 54 Asylsuchende gefunden haben, welche aufgrund ihrer Qualifikationen eingestellt werden können, beweist nochmal deutlich, dass keine «Fachkräfte» kommen, sondern meistens nur die ungebildete Landbevölkerung.

Lockte der Staatssender Deutsche Welle Flüchtlinge an?

Der deutsch-pakistanische Journalist Shams Ul-Haq hielt sich in den Monaten vor Beginn der Flüchtlingswelle 2015 verstärkt in Irak, Pakistan und Syrien auf. Er schreibt in seinem Buch «Die Brutstätte des Terrors» über den Sender Deutsche Welle, der im Auftrag der Bundesregierung im Ausland auch in den jeweiligen Landessprachen Fernseh- und Radiosendungen ausstrahlt: «Mich wunderte bereits damals, dass der Sender in dieser Zeit Deutschland so besonders lobte [...]. Eine ‚reiche Nation', die ausländische Zuwanderer ‚dringend benötige' [...].» Der Ausspruch «Frau Merkel schenkt den Flüchtlingen ein Haus » stammte laut Ul-Haq ursprünglich von der Deutschen Welle. «Ein Journalist des Senders verkündete, dass in Deutschland für jeden Flüchtling eine Unterkunft zur Verfügung stünde. Dafür würde sich Frau Merkel persönlich verbürgen. Diese Aussage sorgte [...] für eine wahre Flut an Flüchtlingen, die nur nach Deutschland wollten.»

Quelle:
Stimme und Gegenstimme 47/2017

Was erwartet Deutschland beim Familiennachzug?

Spiegel Online schrieb bereits im Oktober 2015 mit Bezug auf die Bild-Zeitung: « ‚Aufgrund der familiären Strukturen in den Herkunftsstaaten des Nahen Ostens' müsse damit gerechnet werden, dass jeder anerkannte Flüchtling aus der Region, der in Deutschland Asyl erhält, im Durchschnitt vier bis acht Angehörige nachziehen lassen könne» [1]. Für alle anerkannten Asylbewerber und Flüchtlinge gemäss der Genfer Konvention bleibt es auch künftig beim Anspruch auf Familiennachzug - in der Regel Ehepartner und Kinder. [2] Ob wie befürchtet Millionen kommen, ist ungewiss. Die Ämter bereiteten sich Anfang 2018 auf den Nachzug von hunderttausenden Familienangehörigen vor [3]. Ende 2017 rechnete man damit, dass ca. 70.000 Syrer und Iraker zu ihren Angehörigen wollen. [4] Jedoch gibt es bereits eine Antragsflut für Familien-Visa, ab 2018 können 390.000 Syrer ihre Familien nach Deutschland holen. [5] Nach einer Insa-Umfrage vom August 2017 lehnt die Mehrheit der Deutschen den Familiennachzug von «Flüchtlingen» ab. [6]

Foto: Ververidis Vasilis/shutterstock

Quellen:
1. spon.de, 05.10.15, Flüchtlinge: Behörden korrigieren Zahl
2. merkur.de 25.02.16, Bundestag beschliesst Asylpaket II mit breiter Mehrheit
3. Bild.de, 09.01.18, Ämter bereiten sich auf Familien-Nachzug vor
4. Welt.de, 11.10.17, 70.000 Syrer und Iraker wollen zu ihren Angehörigen
5. Focus.de, 29.08.17, Antragsflut für Familien-Visa Flüchtlinge: Ab 2018 können 390.000 Syrer ihre Familien nach Deutschland holen
6. Welt.de, 29.08.17, Mehrheit der Deutschen lehnt Familiennachzug von Flüchtlingen ab

Seite 49

Wohl aus diesem Grund hat die Bundesagentur für Arbeit ab 2016 begonnen, die Flüchtlinge separat zu erfassen und aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik herauszurechnen. Laut Arbeitsagentur sind 90% der anerkannten Flüchtlinge zunächst auf Hartz 4 angewiesen. [11] Wenn es selbst für Deutsche schwer ist, wieder aus dem Hartz 4 Kreislauf zu entkommen, wie soll das bei den anerkannten Asylbewerbern und Flüchtlingen klappen? Die «Flüchtlinge» machen bereits Ende 2017 über 14% der Hartz-4-Empfänger aus [12], demnach beziehen circa 600.000 Hartz 4. Das sind also die nüchternen Zahlen auf, die den politischen Behauptungen widersprechen, Deutschland bräuchte diese Leute, um die Renten bezahlen zu können. So hatte die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt behauptet, es sei eine schöne Ironie der Geschichte, dass Flüchtlinge künftig die Renten von Wählern der «Alternative für Deutschland» (AfD) bezahlen würden. [13] Anscheinend leidet Frau Eckardt an fortgeschrittenem Realitätsverlust.

Die unwiderstehlichen Anreize

In den Medien heisst es seit jeher gerne, die Flucht vor Krieg und Terror treibe die Menschen nach Deutschland. Dahinter liegen

Foto: Chatham House (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:HE_Dr_Wolfgang_Sch%C3%A4uble_(6257468800).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de

«Wir müssen jetzt beweisen, dass die Integration der vielen Flüchtlinge gelingen kann. [...]Es hilft alles nichts: Unser Land verändert sich.»

Finanzminister Wolfgang Schäuble im Bundestag, September 2016

Quelle: merkur.de, Schäuble: Müssen beweisen, dass Flüchtlingsintegration gelingt, 06.09.2016

aber ein Dutzend sicherer Länder, die bereits durchquert wurden. Es ist naiv zu glauben, dass diese Leute alleine wegen der Sicherheit nach Deutschland kommen. Der damalige Vizekanzler Sigmar Gabriel wusch die Bundesregierung in einem Interview vom Oktober 2015 rein und meinte, Kritiker aus der CSU, täten nur so, «als hätten wir die Flüchtlingsbewegung durch innenpolitische Entscheidungen ausgelöst. Ich halte das für eine Verniedlichung des Problems.» Sicherlich waren innenpolitische Entscheidungen nicht die einzige Ursache für den Ansturm nach Deutschland, doch ein Blick auf andere EU-Staaten zeigt, dass es ohne ebenjene niemals zu solch dramatischen Zuständen gekommen wäre. Im ebenso sicheren Tschechien hatten in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 nur 1115 Menschen einen Asylantrag gestellt (14), keinen der Balkanrouten-Migranten hielt es lange in Ländern wie Griechenland, Mazedonien oder Serbien, eben weil diese Länder den Neuankömmlingen nicht dieselben «Geschenke» machten wie Deutschland. Das beweist, dass die Fluchtursachen ohne die entsprechenden innenpolitischen Entscheidungen, niemals zu einer solchen Migranten-Welle geführt hätten. Wenn also ein Bild-Redakteur angesichts der Auseinandersetzungen an der mazedonisch-griechischen Grenze 2016 schrieb, « [...] Flüchtlinge in Griechenland gefangen. Und ich sage ‚gefangen', weil sie hier nicht bleiben wollen. Weil sie wissen, dass dieses arme Land ihnen – leider – nichts zu bieten hat» [15], zeigte das nur, dass es den Migranten nicht um Sicherheit ging, sondern primär um wirtschaftliche Vorteile.

Der Anfang vom grossen Ansturm auf die deutschen Sozialkassen wurde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) im Juli 2012 besiegelt, das die bisherigen Leistungen für Asylbewerber für menschenunwürdig erklärte. Diese lägen unterhalb des Existenzminimums. Die staatlichen Hilfen für Asylbe-

Foto: Attaquer

«Die ganze Welt fasst sich an den Kopf, was Deutschland da macht. Ein Land, das seine Grenzen nicht bewachen kann, wird von Weicheiern regiert.»

Der slowakische EU-Abgeordnete Richard Sulik 2015 in der Talkshow «Menschen bei Maischberger»

Quelle: merkur.de, EU-Politiker in ARD-Talk: «Deutschland wird von Weicheiern regiert», 05.11.2015

werber müssten ungefähr auf das Niveau von Sozialhilfe und Hartz 4 erhöht werden, so das Urteil. Durch dieses Urteil musste die Höhe des Taschengelds von 40 auf 130 Euro erhöht werden [16]. Das Urteil galt rückwirkend ab dem Januar 2011. Viele (ehemalige) Asylbewerber bekamen noch rückwirkend einen ordentlichen Batzen Geld ausbezahlt.

Dass allen Ausländern, wie das BVG erklärte, das gleiche Existenzminimum wie den Deutschen zusteht, bloss weil sie sich in Deutschland aufhalten und durch diese «Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen» ein «Mindestmass an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben» in Anspruch nehmen können, ist schwer nachvollziehbar. Zum einen wurden diese Leute von Deutschland aufgenommen. Deutschland bezahlt ihre Unterkünfte, Krankenkosten und Leistungen, obwohl sie noch nie in das deutsche Sozialsystem eingezahlt haben. Dass ihnen als vorübergehenden Schutzsuchenden, die Deutschland grosszügig aufgenommen hat, nicht dieselben Leistungen zustehen sollten wie deutschen Arbeitslosen, liegt eigentlich auf der Hand.

Mittlerweile bekommen die Asylbewerber Geld, das sich je nach Alter und Familienstand zusammensetzt. Bei einem alleinstehenden Asylbewerber beträgt es etwa 330 Euro im Monat. Eine Familie mit drei Kindern bekommt circa 1300 Euro frei zur Verfügung, ohne Fixkosten wie Strom, Heizung oder Miete zahlen zu müssen. Das hat der durchschnittliche Arbeitnehmer nach Abzug aller Kosten oft nicht. Was aber weiterhin viele deutsche «Gutmenschen» nicht davon abhält, mit den Leuten einkaufen zu gehen oder ihnen einen Fuffi in die Hand zu drücken.

Der Bundestag hat auch die weitgehende Abschaffung der Residenzflicht Ende 2014 beschlossen. Bislang mussten Asylbewerber eine Erlaubnis einholen, wenn sie von ihrem Aufenthaltsbezirk in ein anderes Bundesland, in einigen Fällen auch nur in einen anderen Landkreis oder einen anderen Regierungsbezirk, fahren wollten. Der Sinn dieser Regelung war es, das Untertauchen von Asylbewerbern und die Verzögerung von Asylverfahren mangels Erreichbarkeit zu erschweren. Jetzt können sich die Asylbewerber auf einmal frei bewegen, ohne vorher um Erlaubnis fragen zu müssen.

Ansturm aus Italien und Spanien

Ende 2014 gab es noch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), das die Abschiebung von Familien nach Italien untersagte. Im konkreten Fall klagte eine Familie aus Afghanistan gegen Ihre Abschiebung aus der Schweiz zurück nach Italien. Das Gericht gab der Familie Recht, weil die Lage der Flüchtlinge in Italien einer Familie mit kleinen Kindern nicht zuzumuten war. Dieses Urteil führte dazu, dass zu den neuankommenden Asylbewerbern eine Migrationsbewegung von Süden nach Norden innerhalb der EU stattfand. Besonders aus Süditalien kamen auf einmal viele nigerianische Familien und alleinstehende Personen, die bereits seit Jahren in Italien lebten und auch Aufenthaltspapiere dort hatten. Viele hatten bisher in Süditalien oder Spanien als Helfer im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft oder als Security-Mitarbeiter, gearbeitet. In Italien wurden sie nicht so gut versorgt wie in Deutschland, bekamen oft keine Unterkunft gestellt, deutlich weniger Geld und mussten, ihren Fähigkeiten entsprechend, meistens schlechte Jobs erledigen, um über die Runden zu kommen. Aufgrund der Sozialleistungen in Deutschland konnten sie das gleiche oder ein besseres Leben haben, als wenn Sie in Italien weiterhin als Hilfskräfte arbeiten würden. Durch diese Massnahmen wurden, zusätzlich zu den Leuten aus Syrien, Menschen aus Allerwelt ins Land gelockt. Warum auch auf einer Plantage in Spanien ackern oder an deutsche Touristen in Italien Handtücher am Strand verkaufen, wenn man in Deutschland Haus und Lohn umsonst bekommt?

Nach ihren Pauschaleinladungen an Menschen in der ganzen Welt tourte Angela Merkel durch mehrere Erstaufnahmeeinrichtungen, um die neuen Einwohner Deutschlands herzlich willkommen zu heissen, inklusive Selfies.

Seite 51

Das neue Schnellverfahren

Wegen der hohen Flüchtlingszahlen hatte das BAMF seit Ende 2014 Asylanträge von Syrern, Irakern und Eritreern nur noch nach Aktenlage bearbeitet, ohne ein persönliches Vorsprechen des Antragstellers [17]. Dieses Turboverfahren hatte zur Folge, dass man meist nicht persönlich beim BAMF vorsprechen musste, sondern es schon reichte, einen Fragebogen zu beantworten. **Die BAMF-Mitarbeiter monierten Mitte November 2015, «der Verzicht auf eine Identitätsprüfung bei vielen Flüchtlingen sei mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht mehr vereinbar und öffne Terroristen Tür und Tor», und weiter hiess es: «[…] die beschleunigten schriftlichen Asylverfahren bei Syrern, Eritreern, manchen Irakern und Asylbewerbern vom Balkan weisen ‚systemische Mängel' auf.» Die Identität der Menschen werde dabei faktisch nicht mehr geprüft. Das führe dazu, dass ein hoher Anteil von Asylsuchenden eine falsche Identität angebe, um in Deutschland zu bleiben und auch die Familie nachholen zu können.** [18] So kam es vor, dass Leute z.B. aus Nigeria als Syrer anerkannt wurden, weil sie nicht persönlich vorsprechen, sondern nur einen Fragebogen ausfüllen mussten.

Bereits im November 2015 hiess es auf stern.de «Alarm im Bundesamt, 30% der Flüchtlinge geben sich als Syrer aus – Identitäten oft nicht kontrolliert». [19] Im Januar 2016 veröffentlichte die Zeitung WAZ einen sehr interessanten Artikel mit dem Titel «Viele Nordafrikaner in NRW sind als ‚Syrer' unterwegs». Darin heisst es: «[…] das Problem könnte bisher ungeahnte Dimensionen haben». **Die Dortmunder Rechtsdezernentin Diane Jägers (CDU) sagte der WAZ-Redaktion: «Wir haben die Vermutung, dass die Mehrheit derer, die sich seit Sommer in unseren Dortmunder Erstaufnahmeeinrichtungen als Syrer registrieren liessen, gar keine Syrer sind.» Das macht fassungslos: Die Mehrheit!**

Refugees Welcome!

Am 25.08.2015 kam es dann zu der Twitter-Nachricht des BAMFs: «Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt.» Damit bestätigte das Amt, was vorher als Gerücht die Runde gemacht hatte: Dass Flüchtlinge aus Syrien in Deutschland bleiben dürfen, auch wenn eigentlich ein anderes EU-Land für sie zuständig wäre. [20]

Viele Neuankömmlinge haben ein komplett verzerrtes Bild von der Situation in Deutschland – und daran ist vor allem die Bundesregierung schuld. Eine Bundeskanzlerin, die Selfies mit Asylbewerbern macht, welche in Sekunden zu Freunden in die Heimat geschickt werden mit der Botschaft, dass man in Deutschland sogar von der Bundeskanzlerin freundlich empfangen wird, so etwas führt mitunter zu regelrechten Wahnvorstellungen. Man vermittelte mit den politisch unbedachten Massnahmen von 2015, den Schnellverfahren oder den Aufnahmen von Menschen, die die Einheimischen klatschend am Bahnhof empfingen, als wären es Popstars, das Bild: Deutschland braucht euch.

In einem Al Jazeera Video wurden die Neulinge am deutschen Bahnhöfen wie Rockstars gefeiert.

Foto: EU2017EE Estonian Presidency (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel._Tallinn_Digital_Summit.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

«Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze», sagte Angela Merkel Anfang September 2015 in einem Interview mit der Rheinischen Post. Dem war

"Na - willkommen im Club!"

Sobald die Bundesregierig die deutschen Steuerzahler enteignet hat. Geduld!

Foto: The Council of the Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation

> «Achtköpfige Familien erhalten in Deutschland an die 900 Euro Taschengeld, das entspricht fast dem Dreifachen des serbischen Durchschnittsgehalts. Dazu gibt es Essen umsonst und keinerlei Ausgaben. Diese Leute wollen weder hier bei uns noch in Deutschland arbeiten, dafür werden sie von euch mit viel Geld belohnt, irgendwann nach Serbien zurückgeschickt – und sechs Monate später probieren sie es wieder.»
>
> ***Aleksandar Vučić, amtierender Präsident Serbiens***

Quelle: spiegel.de, «Ihr müsstet denen weniger Geld bieten», 12.09.2015

das berühmte «Wir schaffen das!» in der Bundespressekonferenz am 31.08.2015 vorangegangen. Damit war der Quasi-Willkommensruf endgültig perfekt.

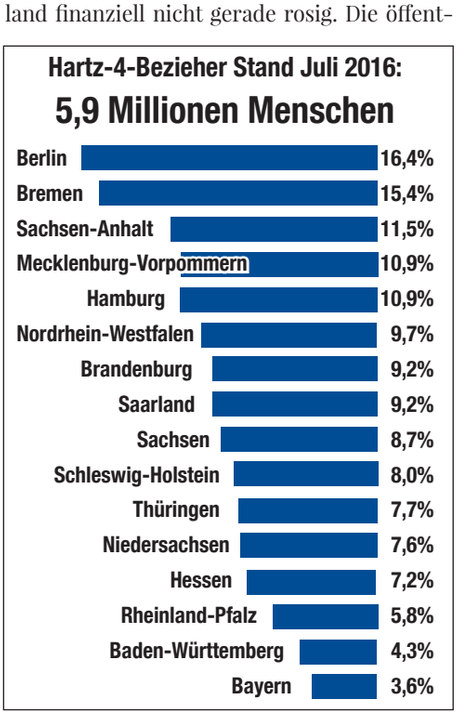
↓

Ungarns Botschafter Györkös sagte zu Recht: «Sie reden jetzt in Deutschland darüber, Milliarden für Wohnungsbau-Programme auszugeben, sie reden über Bildungsangebote und Integration in den Arbeitsmarkt. Da ist es doch kein Wunder, dass alle zu ihnen wollen!» Die mediale Beeinflussung führte soweit, dass viele Leute wirklich dachten «Deutschland baut für uns Häuser», weshalb hunderttausende sich auf den Weg machten. Arabische TV-Anstalten hatten daraus einen richtigen Willkommensfilm gedreht, der besonders in der islamischen Welt auf Begeisterung gestossen war. Wer sich den Film von Al Jazeera «Refugees Arrive in Germany to Cheers» vom September 2015 ansieht, wird sich kaum noch wundern, warum alle nach «Bella Alemannia» wollten.

Die tägliche Realität sieht dann leider meistens so aus, wie sie die Asylkoordinatorin S. des Landratsamts Dachau in einem Interview der Dachauer Rundschau am 28.10.15 beschrieb. Auf die Frage, «Was fehlt den Asylbewerbern am meisten?» antwortete S.: «Die Information und Aufklärung. Ich stellte fest, dass die Meisten mit völlig unrealistischen Vorstellungen und Erwartungen hierher kommen. Sie fragen mich oft: ‚Wann bekomme ich mein Haus und mein Auto?'» [21] Wenn man mit dieser Vorstellung nach Deutschland kommt, ist man natürlich frustriert wenn man monatelang in einer Turnhalle hockt. Da staut sich Ärger auf, dem sich gerade diese Kulturen schnell Luft machen. So titelte z.B. az-online im Februar 2016 «Haus versprochen: Flüchtlinge verweigern Einzug in Neubauwohnung». [22]

Wer soll das bezahlen?

Schon vor der Asylkrise ging es Deutschland finanziell nicht gerade rosig. Die öffentlichen Kassen waren leer, Schwimmbäder schlossen, Strassen verkamen genauso wie Schulen oder andere öffentliche Einrichtungen. Eine Umfrage unter Schulleitern in NRW ergab, dass 85 % der Schulen marode waren. [23] Doch Geld scheint für die neuen Gäste keine Rolle mehr zu spielen. Diese ungerechte Politik sät geradezu den Hass und die Ablehnung der einheimischen Bevölkerung.



Mit der Unterbringung alleine ist es auch noch nicht getan. Hinzu kommt die medizinische Versorgung, Ausgaben im Bildungssektor, Polizeieinsätze und bei anerkannten Asylbewerbern oder Flüchtlingen die zusätzlichen Sozialleistungen. Wie viel die Migranten letztendlich kosten, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die offizielle Zahl wird wohl aus taktischen Gründen genauso wie die Arbeitslosenzahlen von anerkannten Asylbewerbern verschwiegen. Auch werden immer gerne nur die Kosten genannt, die der Bund übernimmt, aber meist verschwiegen, dass die Länder viele Kosten selber tragen müssen. Die Trennung ist sowieso egal, da es immer der Steuerzahler ist, der letzten Endes dafür aufkommen muss.

Es gibt aber verschiedene Berechnungen: Der in Finanzkreisen bekannte Investor George Soros rechnet z.B. pro Flüchtling mit 15.000 Euro jährlich, unter anderem für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung [24]. Das sind 1250 Euro im Monat.

«Das ‚Willkommen' von Frau Merkel war ein historischer Fehler. Ihre absurde Migrationspolitik ohne jegliche Kontrolle ist eine Tragödie», twitterte Guillaume Larrivé, ein Sprecher der konservativen Republikaner in Frankreich, wenige Stunden nach dem Berliner Anschlag Ende 2016.

"... du darfst dir jetzt ZWEI von VIER Sachen aussuchen!"

Seite 53

EnergieAgentur.NRW (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2012-06-05_Bundespraesident_Joachim_Gauck_Berlin.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

«Wir brauchen einen langen Atem, damit jene, die bleiben wollen und dürfen, das Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem Staat und der Loyalität ihm gegenüber entwickeln.»

Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck bei seiner Rede zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen, September 2016

Quelle: merkur.de, Gauck: Wir brauchen langen Atem für Integration von Flüchtlingen, 04.09.2016

HAMBURG WINTERNOTPROGRAMM

In Hamburg fehlen Schlafplätze für Obdachlose

Veröffentlicht am 31.08.2015 | Lesedauer: 3 Minuten

So noch eine Meldung auf Welt-Online wenige Tage vor Merkels Grenzöffnung.

Wenn man bedenkt, dass offiziell 2015 1,1 Millionen eingereist sind, summieren sich die Kosten, die der arbeitenden Bevölkerung kaum noch vermittelbar sind. Besonders dann, wenn es gleichzeitig heisst, es muss gespart werden. Nicht zu vergessen in dieser Rechnung ist auch, dass sich in Deutschland etwa 600.000 [25] abgelehnte Asylbewerber aufhalten, hunderttausende unerledigte Asylanträge beim BAMF sind (Stand Anfang 2017), und auch eine grosse Anzahl anerkannter Asylbewerber und Flüchtlinge sich in Deutschland aufhalten, die meistens von Hartz 4 leben. Bei all den erwähnten Gruppen ist die Anzahl stark steigend und somit auch die Kosten. Diese Kosten sind auch für Deutschland auf Dauer nicht finanzierbar. Allein der Bund rechnet bis 2020 mit 94 Milliarden Euro. Unter anderem 25,7 Milliarden Euro für die Sozialleistungen bei anerkannten Asylbewerbern, für Sprachkurse sind 5,7 Milliarden Euro berechnet, für Eingliederungshilfen ins Berufsleben 4,6 Milliarden [26]. Die Kosten der Länder sind hierbei gar nicht erwähnt. Wer soll das noch bezahlen und macht es eigentlich noch Sinn zur Arbeit zu gehen? Der Bund half den knappen Ländern mit 9,3 Milliarden Euro bereits Mitte 2017 aus. [27]

Die Kommunen in Bayern, genauso wie im Rest der Republik, warnten im Mai 2016 vor einer Kostenlawine wegen Flüchtlingen, besonders den Anerkannten, die meistens alle in Hartz 4 landen. Natürlich mit dem Hinweis, dass der Bund nur ein Drittel der Kosten zahle und man mehr Geld brauche. [28]

Das Ifo-Institut veranschlagte für die allein im Jahr 2015 aufgelaufenen Kosten für die Flüchtlingshilfe auf 21 Milliarden Euro. (29) Die Kosten für Asylbewerber in Deutschland stiegen 2016 um ganze 73% [30].

Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, erklärte unlängst freudig: «Nach unseren Berechnungen erwirtschaftet ein Flüchtling nach fünf bis sieben Jahren mehr, als er den Staat kostet» [31]. Doch ob die meisten Migranten wirklich arbeiten werden oder gar wollen, darf bezweifelt werden. Selbst die Bild schrieb: «Fast alle Flüchtlinge sind momentan noch auf Sozialleistungen (Jobcenter, Grundsicherung, Asylbewerberleistung) angewiesen und haben

Wofür nie genügend Geld da war:

Sozialer Wohnungsbau

Faire Renten

Bildung

Wofür plötzlich Geld da ist:

Therapieprogramme für Straftäter mit Migrationshintergrund

Neue Asylunterkünfte

Sprachkurse für Asylbewerber

Manchmal muss man einfach Prioritäten setzen!

Foto: Elza Fiúza/Agência Brasil (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Merkel_cropped.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en

«Es kann nicht sein, dass irgendetwas geschlossen wird»

Merkel über die Schliessung der Balkan-Route im März 2016

Quelle: welt.de, «Es kann nicht sein, dass irgendetwas geschlossen wird», 07.03.2016

«Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da.»

Angela Merkel

Quelle: nzz.ch, Merkeldämmerung, 02.11.2015

«Es liegt nicht in meiner Macht – und nicht in der Macht irgendeines Menschen in Deutschland – zu bestimmen, wie viele Menschen hierher kommen.»

Im Interview mit Anne Will am 07.10.2015

Quelle: tagesspiegel.de, Angela Merkel: «Den Aufnahmestopp gibt es nicht», 07.10.2015

«Man kann sich nicht darauf verlassen, dass das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch wirklich nach den Wahlen gilt.»

Angela Merkel, 25.02.2008

daher Anspruch auf die Kostenübernahme für eine Unterkunft. Jobcenter oder Sozialamt kommen also in der Regel für die Miete auf.» [32]

Dass die Finanzierung bei den weiterhin konstant steigenden Flüchtlingszahlen nicht ohne weitere Einnahmequellen machbar sein wird, ist klar. Der Sozialexperte Bernd Raffelhüschen projizierte auf Welt.de im Oktober 2015: **«Es wird eher eine Integration in die sozialen Sicherungssysteme. |...|Die Folge werden massive Steuererhöhungen sein.»** [33].

Vom Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman stammt die sich in Deutschland mal wieder bewahrheitende Feststellung, man könne einen Sozialstaat haben, man könne auch offene Grenzen haben, aber man könne nicht beides zugleich haben. Keine Neuheit, dass die deutsche Politik ökonomische Grundprinzipien in den Wind schlägt.

Sowohl wartende als auch anerkannte Asylbewerber werden genau wie die einheimischen Deutschen bei einer Krankenkasse versichert und erhalten dieselben Leistungen wie gesetzlich versicherte Deutsche. Wie die Frankfurter Rundschau Ende Februar 2016 berichtete, droht deshalb auch ein Milliardenloch in den gesetzlichen Krankenkassen. [34] Wo gleichzeitig tausende Einheimische ohne Krankenversicherung sind [35], muss die Regierung inzwischen für die Arztrechnungen der Flüchtlinge einspringen. Laut Bild plante die Bundesregierung 2015 für die Bewältigung der «Flüchtlingskrise» «zusätzlich 4 Milliarden Euro ein, von denen auch die Kosten der Gesundheitsversorgung gezahlt werden.» [36] Doch das reichte nicht: Anfang 2016 warnten die Krankenkassen, es entstehe eine Lücke von mehreren hundert Millionen Euro, weil der Bund für Flüchtlinge viel zu geringe Krankenkassenbeiträge überweise. Welt Online titelte: «Kassen entsteht durch Flüchtlinge ein Milliardendefizit». [37]

Foto: Romy Bonitz (https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Hans_Werner_Sinn.png) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

Schon 2014 titelte die FAZ, für Hans Werner Sinn, den ehemaligen Chef des Ifo-Instituts, sei die Migration ein **«Verlustgeschäft»**. Später bekräftigte er nochmals, dass die bisherige Migration eine grosse Belastung der Staats- und Sozialkassen sei. [38]

Warum auch arbeiten?

Selbst wenn eine entsprechende Qualifikation vorhanden ist, motiviert das deutsche Sozialsystem die Neuen nicht gerade dazu, sich eine Arbeit zu suchen. Sobald z.B. jemand

Seite 55

während seines Asylverfahrens arbeitet, muss er für die Gemeinschaftsunterkunft je nach Verdienst bis zu 300 Euro monatliche Miete bezahlen, die er vorher erstattet bekam. Verdient einer beispielsweise 700 Euro netto, bleiben ihm dann abzüglich Miete im Endeffekt fast genauso viel, als wenn er die ganze Woche ausschlafen und eine ruhige Kugel schieben würde. Viele verzichten deshalb auf eine Arbeit und schlafen lieber aus. Ebenso kein Wunder, dass eine Studie des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) und der Universität Linz ergibt, dass es «Flüchtlinge» deshalb in die Schwarzarbeit zieht. [39]

Für einen Familienvater lohnt es sich sowieso nicht zu arbeiten. Die meisten Familien haben drei oder mehr Kinder. Diese bekommen oft über 1300 Euro auf die Hand, ohne davon irgendetwas bezahlen zu müssen. Bei Anerkannten kommt oft noch das Kindergeld oder Betreuungsgeld dazu und man hat fein ausgesorgt. Auf dieses Niveau würden viele Leute mit einer Arbeit abzüglich Miete nie kommen.

Viele Deutsche erkennen inzwischen, dass sich ihr Land durch die Massenmigration auf einen Abgrund zubewegt. Viele deutsche Rentner wandern nach Bulgarien oder anderswo aus, um der Altersarmut zu entgehen. Diese Leute haben ihr Leben lang gearbeitet, Kinder gross gezogen, sich für Deutschland aufgeopfert und müssen jetzt quasi flüchten. [40] Welt Online titelte bereits im März 2015 «Deutschlands Talente verlassen in Scharen das Land». In dem Artikel heisst es, «rund 1,5 Millionen Deutsche haben zwischen 2004 und 2013 ihrer Heimat den Rücken gekehrt.

Spiegel TV berichtete im Februar 2018 über den syrischen Flüchtling Ahmad A.. Er hat sechs Kinder und lebte bereits mit einer Frau in Deutschland. Er durfte dann seine zweite Frau und ihre Kinder nachholen. Gemeinsam leben sie jetzt in einem Haus im Landkreis Pinneberg bei Hamburg. Das Haus wurde ihm von der Gemeinde gestellt und wird vom Jobcenter bezahlt. Weder Ahmad – der Analphabet- noch seine Ehefrauen arbeiten.

Kein Fake! Basiert Merkels

Ein SED-Plakat zum 10. Parteitag 1981. Ist das Angela Merkel?

«Ist das nicht die junge Angela Merkel?», fragte sich Henryk M. Broder in seinem Kommentar in der Zeitung Die Welt. Es zeigt eine Frau mit einer graublauen Latzhose. Sie ist kräftig gebaut, hat eine Bubi-Frisur – und sieht der Kanzlerin zum Verwechseln ähnlich. Herr Broder kommt zum Schluss: «Ja, so könnte Angela Merkel vor 34 Jahren ausgesehen haben.» Im Text ist ausgerechnet zu lesen: «Das schaffen wir!» Das ist die fast wörtliche Vorwegnahme eines Satzes, den Angela Merkel Ende August 2015 gesagt hat – «Wir schaffen das!» – und damit eine Krise riesigen Ausmasses losgetreten hat.

Für Broder ist die Politik der Kanzlerin «die späte Rache der DDR an der BRD». Kühn bemerkt er in seinem Kommentar, dass die Bundesrepublik auf dem gleichen Weg wie die DDR ist:

«‚Das schaffen wir!‘ galt den Arbeitsnormen, den Fünfjahresplänen und der

In der Regel handelt es sich um Akademiker oder Studenten, die den Sprung ins Ausland wagen – Talente, die auch in der hiesigen Wirtschaft immer knapper werden.» [41] Dass diese Talente durch die neuen Asylbewerber nicht ersetzt werden können, wurde bereits erläutert (siehe S.48). Generell gewinnt man sogar den Eindruck, dass nicht die Gebildeten ihr Heimatland verlassen, sondern speziell jene, die aufgrund ihrer fehlenden Bildung nicht mal zuhause Arbeit finden.

(tk/Thomas Valluzzi)

Quellen:

1. Statistik bei Eurostat September 2015
2. krone.at, Bayern: Hunderttausende Migranten zurückschicken!, 27.08.2016
3. Welt.de, 21.12.17, Flüchtlinge passen nicht zum deutschen Ausbildungssystem
4. Münchner Merkur, Nr. 67 Seite 6, 21.03.16
5. epochtimes, 1.10.15, Asylkoordinatorin: Flüchtlinge fragen oft «Wann bekomme ich mein Haus und mein Auto?»
6. epochtimes.de, «Heute sieht Göttingen aus wie ein Flüchtlingslager»: Syrischer Professor rechnet mit Merkel ab, 09.07.2016
7. Focus online, 19.10.15, offener Brief «Bauindustrie kritisiert: Milliardenausgaben für Flüchtlinge sind zu blauäugig»
8. FAZ.de, 20.11.15, Arbeitgeber fordern Begrenzung der Flüchtlingszahlen
9. welt.de, 08.11.15, Mehrheit der Flüchtlinge 15 Jahre abhängig vom Staat
10. September 2015 im Bundestag
11. merkur.de, 03.12.15, Kommentar Georg Anastasiadis Arbeitslosenstatistik für Flüchtlinge
12. Welt.de, 24.10.17, Flüchtlinge machen über 14 Prozent der Hartz-IV-Empfänger aus
13. IDEA.de, 09.11.2015, Flüchtlinge machen Deutschland religiöser, vielfältiger und jünger
14. ntv.de, 31.10.15, Tschechien macht dicht
15. bild.de, 29.02.16, zur Lage in Griechenland
16. Spiegel online ,18.07.12, Asylbewerber müssen ab sofort mehr Geld bekommen
17. sz.de, 31.12.15, Syrische Flüchtlinge werden wieder genauer geprüft
18. spon.de, 24.09.2015, Gefälschte Pässe: Alle wollen Syrer sein
19. stern.de, 12.11.15, Flüchtlinge: 30 Prozent geben sich als Syrer aus
20. focus.de, So kam es zum Tweet, der so viele Syrer von Deutschland träumen lässt, 19.09.2015
21. epochtimes, 1.10.15, Flüchtlinge fragen oft «Wann bekomme ich mein Haus und mein Auto?»
22. az-online.de, 12.06.16, Afghanen wollten nicht aussteigen
23. rp-online.de, 17.02.16, wdr umfrage 85 prozent der schulen in nrw sind marode
24. welt.de, 02.10.15, George Soros› Plan für Europas Flüchtlingskrise
25. kopp online.de, 03.12.15, 600 000 abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben
26. t-online.de, 15.05.16, Bund rechnet mit 94 Milliarden Euro für Flüchtlinge
27. Welt.de, 24.05.17, Bund hilft Ländern mit 9,3 Milliarden Euro aus
28. merkur.de, 05.05.16, Kommunen fürchten Kostenlawine wegen Flüchtlingen
29. welt.de, 24.01.16, Warum Flüchtlinge eine Last für die Wirtschaft sind
30. Welt.de, 31.10.17, Kosten für Asylbewerber in Deutschland stiegen 2016 um 73 Prozent
31. welt.de, 05.11.15, «Nach sieben Jahren bringt ein Flüchtling dem Staat Geld»
32. Bild.de Zur Flüchtlings-Krise | BILD beantwortet Ihre Fragen 10.12.15
33. Welt.de, 15.09.15, Sozialexperte erwartet massive Steuererhöhungen
34. huffingtonpost.de, Krankenkassen droht Milliardenloch wegen Flüchtlingszuzug, 17.02.2016
35. n-tv.de, Was droht, wenn man keine Versicherung hat?, 04.10.2015
36. Bild.de Zur Flüchtlings-Krise | BILD beantwortet Ihre Fragen 10.12.15
37. welt.de, 17.02.16, Kassen entsteht durch Flüchtlinge ein Milliardendefizit
38. welt.de, 29.12.14, Ifo-Chef Sinn: Migration ist Verlustgeschäft für Deutschland
39. welt.de, 02.02.16, Flüchtlinge zieht es in die Schwarzarbeit
40. SR Fernsehen, 23.03.16, Rückzug nach Bulgarien, Zum Ruhestand ans Schwarze Meer
41. welt.de, 10.03.15, Deutschlands Talente verlassen in Scharen das Land

«Wir schaffen das!» auf DDR-Propaganda?

Versorgung der Bevölkerung mit so kostbaren Konsumgütern wie Bananen, Bohnenkaffee und echter Schokolade. ‚Wir schaffen das!' bezieht sich heute auf die Energiewende, den Verzicht auf fossile Energien, die Rettung der Regenwälder, die Produktion bzw. den Absatz von Elektroautos und die Absorption von Millionen von Flüchtlingen aus Afrika, Arabien und Asien, die uns helfen sollen, ein buntes, offenes und tolerantes Land zu werden oder zu bleiben.

Derweil steht der öffentliche Nahverkehr ‚vor dem Kollaps', weil kein Geld da ist, um die Strecken und die Fahrzeuge entsprechend zu warten. Es ist eben einfacher, Utopien zu planen, als ein paar marode Brücken im Ruhrgebiet zu erneuern. Es sieht danach aus, als wäre die Bundesrepublik nun auf dem gleichen Weg, auf dem die DDR in den Abgrund der Geschichte geschliddert ist. Die Politik der Kanzlerin ist die späte Rache der DDR an der BRD. Das mag ihr nicht bewusst sein, aber gerade das Unbewusste zeichnet sich durch besondere Nachhaltigkeit und Zuverlässigkeit aus.»

Quelle: unzensuriert.at, «Wir schaffen das!» – Eine ganz ähnliche Parole war in der DDR im Umlauf, 08.11.2015

Wer wirklich verfolgt wird und um sein Leben fürchtet, der stellt keine Forderungen an denjenigen, der ihm hilft.

Tausende Millionäre verlassen Deutschland

Bis zum Jahr 2014 waren es pro Jahr maximal wenige hundert Millionäre, die aus Deutschland auswanderten, aber 2015 schnellte diese Zahl hoch auf circa eintausend. Und 2016? 2016 stieg die Zahl der Millionäre, die sich von Deutschland verabschiedeten, auf 4.000, wie das Manager Magazin im Februar 2017 berichtete, welches sich hierbei auf die Zahlen der südafrikanischen Beratungsgesellschaft New World Wealth bezog.

«Der starke Anstieg der Auswanderung reicher Menschen aus Deutschland hängt nach Ansicht der Analysten von New World Wealth mit zunehmenden Spannungen in der Gesellschaft zusammen, wie sie auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten seien», schreibt das Magazin. «Namentlich in Grossbritannien, den Niederlanden, Österreich, Schweden und Belgien erwarten die Fachleute daher in Zukunft eine ähnliche Entwicklung.»

Überdurchschnittlich viele Superreiche, die sehr hohe Steuern zahlten und damit wichtige Stützen der Gesellschaft waren, haben innerhalb von zwölf Monaten Deutschland verlassen. Wahrscheinlich für immer. Und jetzt rechne man das hoch über 10, 20, 30 Jahre: Was passieren wird, wenn dieser Trend nicht gestoppt oder umgedreht wird, kann man sich denken.

Quelle: epochtimes.de, Tausende Millionäre verlassen Deutschland – Lage in Frankreich noch dramatischer, 01.03.2017

Syrer im Huffington-Post-Interview:
Die meisten Syrer fliehen nicht vor Krieg und Verfolgung

Foto: Istvan Csak/shutterstock

Ein Interview aus der Online-Ausgabe der Huffington Post, das die Geschichte eines jungen Migranten aus Syrien wiedergibt, soll hier in Teilen wiedergeben werden, da es mit einigen hartnäckigen Mythen aufräumt: (R=Reporter, A=Asylsuchender)

R: Warum bist Du mit Deiner Mutter geflohen? Warum ist deine Schwester nicht mitgekommen?

A: Nein, ich bin nicht geflohen. Keiner von uns muss fliehen. Das Assad-Regime ist zwar grausam und ungerecht, aber man kann in Syrien leben, wenn man sich nicht mit ihm anlegt.

R: Und der IS?

A: Ich komme aus Damaskus, wie die meisten, die ich im Camp getroffen habe. Da gibt es keinen IS, das ist in anderen Regionen, zum Beispiel Richtung Irak.

R: Willst Du damit sagen, die meisten Syrer fliehen nicht vor Krieg und Verfolgung?

A: Ja. Meine Freunde und ich sind gegangen, weil wir nicht zur Armee wollten. Und weil es eben in Europa leichter ist, einen guten Beruf zu bekommen und Geld zu verdienen.

R: Und warum kommen gerade jetzt so viele? Ist das Assad-Regime schlimmer geworden?

A: Nein. Er ist ja schon einige Jahre an der Macht. Er ist grausam und lässt Regime-Gegner umbringen, aber meine Familie und ich hat das nicht betroffen. Auch nicht meine Freunde.

R: Warum also jetzt?

A: Im Sommer haben wir im Internet gesehen, dass Deutschland Menschen sucht, die dort leben wollen. Wir wurden von Euch eingeladen, hierher zu kommen. Und es hiess, der Staat würde für uns sorgen und wir würden hier eine Arbeit finden. Aber ich finde keine.

[...]

R: Und die Bomben? Und der Krieg?

A: Das gehörte zu unserem Leben, deswegen ist keiner, den ich kenne, aus Syrien weggegangen.

R: Wie lange hast Du für Deinen Weg von der Türkei hierher gebraucht?

A: Etwa zwei Wochen. Ich wollte unbedingt nach Deutschland, weil dort auch jeder bleiben darf, nicht wie in anderen Ländern, die einen wieder wegschicken.

R: Ist Deine Geschichte typisch für die Menschen, die aus Syrien weggehen?

A: Ich denke, die meisten gehen aus demselben Grund wie ich. Alles Männer in meinem Alter, die eben woanders besser leben wollen. Auf der Bootsüberfahrt nach Griechenland sass eine Frau mit einem Kind mit im Boot. Das war etwas Besonderes für uns. Aber keiner hat sie angefasst, da hat einer der Männer aufgepasst. In Giessen habe ich dann einige Familien getroffen, aber die kamen wie ich aus Damaskus und sind nach Deutschland gekommen, weil man hier besser leben kann.»

Quelle: huffingtonpost.de, 02.12.15, Der Syrer –eine Flüchtlingsgeschichte

Neubauten und Beschlagnahmungen

Von der Integrationsbegeisterung deutscher Politiker sind inzwischen sogar die Eigentumsrechte der Deutschen bedroht. Bremen liess z.B. prüfen, ob private Immobilien auch für «Flüchtlinge» angemietet werden dürfen, wenn die Eigentümer das nicht wollen. In Berlin gab es den Vorschlag, leerstehende Privatwohnungen nach dem Allgemeinen Sicherheits-und Ordnungsgesetz vorübergehend gegen eine Entschädigung zu beschlagnahmen. (1)

Es ging aber noch drastischer zu. In der Gemeinde Eschbach in Baden-Württemberg wurde nach einem Kündigungsbeschluss vom Februar 2015 eine Mieterin aus einer gemeindeeigenen Dreizimmerwohnung komplimentiert, um darin Flüchtlinge unterzubringen. Die Frau wohnte 23 Jahre lang in der Wohnung. Diese Beispiele sind keine Einzelfälle, sondern man erfährt immer wieder davon. Diese Politik ist nicht nur kurzsichtig, sie fördert auch die Spannungen im Land. Überall entstehen Neubauten für Migranten, während z.B. Einheimische mit ihren Kindern zu fünft im Wohnwagen hausen müssen, weil sie keine bezahlbare Wohnung finden. (2)

Geplantes Migrationschaos zur Schaffung einer Weltregierung?

Das Phänomen der Masseneinwanderung nach Europa, das sich ab 2015 durch Merkels illegale Grenzöffnung extrem verschärfte, bekam von Politik und Massenmedien das Prädikat «Flüchtlingskrise» verpasst, was suggerierte, dass unerwartete Krisen Millionen Schutzsuchender nach Europa getrieben hätten. Dieser Erklärungsansatz weckt Zweifel, denn erstens werden seit Jahren diverse geopolitische Hebel in Bewegung gesetzt, um Menschen in vielen Teilen der Erde zum Verlassen ihrer Heimat zu drängen, und zweitens fällt es schwer, von einer «Krise» zu sprechen, wenn die Massenumsiedlung aus der Dritten Welt nach Europa genau die Erwartungen und Ziele erfüllt, die hochrangigste Entscheidungsträger aus UN, EU und Pentagon seit Jahrzehnten offenherzig artikulieren. Auch Angela Merkel wurde von der Flüchtlingswelle ja nicht überrumpelt wie von einer Naturkatastrophe, sondern machte den Migranten durch fatale innenpolitische Entscheidungen den Weg frei.

Diese vermeintliche «Krise» bietet den Bürokraten von EU und UN weitere Gelegenheiten, ihre zentralistischen Strukturen auszuweiten, insbesondere durch den anstehen «Globalen Pakt für Migration».

Wolfgang Schäuble erklärte in der New York Times vom 18.11.2011, dass die EU nur durch eine Krise gefestigt werden könne: «Wir können die politische Union nur erreichen, wenn wir eine Krise haben.» Fast vier Jahre später sagte er in einem Spiegel-Interview, den «Druck der Migration könne Europa nur gemeinsam lösen. ‚Oder es kann ziemlich schlecht für uns alle werden.‘» (1) Der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz warnte im September 2015: «Wenn wir keine gemeinsame Lösung finden, dann ist eine Spaltung der Europäischen Union eine echte Gefahr, die wir nicht ausschliessen können.»

George Soros, der Finanzier der Migrations-Infrastruktur, forderte im etwa gleichen Zeitraum auf seiner Internetpräsenz eine einheitliche EU-Asyl- und Migrations-Agentur, die alle Entscheidungen zur Lenkung und zum Schutz der Migranten übernehmen sollte – was bedeuten würde, den EU-Mitgliedsstaaten die souveräne Bestimmung über ihre Grenzen aus der Hand zu nehmen und an eine zentrale Brüsseler Asyl- bzw. Immigrationsagentur zu übergeben. Er gab zudem Mohamed A. El-Erian, Chef-Wirtschaftsberater der Allianz und Barack-Obama-Berater, auf seiner Webseite Gelegenheit, in dasselbe Horn zu stossen:

«Die derzeitige Situation könnte auch den Katalysator liefern, um entscheidenden Fortschritt in der unvollständigen politischen, institutionellen und finanziellen Architektur zu machen. Und sie könnte Europa dabei anspornen, die politischen Hindernisse zu überwinden, welche die Lösung langjähriger Probleme blockieren. […] Sie kann Europa sogar zur Modernisierung seines Regierungssystems treiben, welches ein paar kleinen Ländern erlaubt, Entscheidungen zu torpedieren, die von der grossen Mehrheit der EU-Mitglieder unterstützt werden.»

Auch in der New Yorker Erklärung, die bald zum «Globalen Pakt für Migration» führen wird, lautet es: «Es handelt sich um globale Phänomene, die globale Herangehensweisen und globale Lösungen erfordern. Kein Staat kann derartige Ströme im Alleingang bewältigen.» (Einleitung/ Punkt 7)

So scheint auch die Flüchtlingskrise nach dem Prinzip der Hegel’schen Dialektik (Problem, Reaktion, Lösung) zu verlaufen: Die Flüchtlingsströme werden durch strategische militärische Schläge ausgelöst und dann durch von der Politik gesetzte Anreize nach Europa geleitet. Als Reaktion auf das dadurch erzeugte Chaos, folgt die Forderung der Bevölkerung nach einer schnellen Lösung des Problems. Als Lösung bieten EU und UN jetzt den Migrationspakt an, der Migrationsbewegungen in geordnete Bahnen lenken soll. Wieder hat die internationale Politik ein Problem erschaffen, für das sie uns jetzt ihre schon längst geplante Lösung präsentiert. Und mal wieder liegen klare Belege auf dem Tisch, dass der «Globale Pakt für Migration» letztendlich zu noch grösseren Problemen in Europa führen wird, die dann erneut auf noch höherer Ebene gelöst werden sollen. ***(tk)***

© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

ERSATZPROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH IN SOZIAL-DEUTSCHLAND!

Jeder Neubürger ein Schritt auf dem Weg zur Weltregierung!

Quelle:
1. Spon.de, 12.11.15, Schäuble vergleicht Flüchtlingsbewegung mit Lawine

für Migranten

Auch Massnahmen, wie die in Rosenheim, wo sechs Häuser mit insgesamt zwölf Wohneinheiten für Asylbewerber geplant sind, fördern Ablehnung. Diese sollen im Rahmen des Wohnungspakts Bayern entstehen und als günstige Mietwohnungen für anerkannte Asylbewerber dienen [3] und nicht für sozial schwache Deutsche. **So wie auch die Reihenhäuser für Flüchtlinge in der Gemeinde Eckental, wo sechs Reihenhäuser gebaut werden und für zehn Jahre durch den Freistaat Bayern angemietet wurden, um voraussichtlich 60 Personen unterzubringen.**[4] Oder auch die Stadt Wesseling, die den Bau von 28 Reihenhäusern für Flüchtlinge plant. [5] Das vermittelt das Bild: Während der Deutsche keine Wohnung findet, wird für Asylbewerber gebaut.

Der Steuerzahler reibt sich angesichts dessen verwundert die Augen, überall fördert der Staat Neubauten für Asylbewerber mit Unsummen, von denen Deutsche nur träumen können. Das fördert natürlich die ohnehin schon angespannte Stimmung. ***(tk/ Thomas Valluzzi)***

© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

Schlüsselübergabe in europäischer Solidarität.

Quellen: 1. sueddeutsche.de, Häuser statt Zelte, 29.09.2015 / 2. Merkur.de, 29.11.16, Zu fünft im Wohnwagen / 3. merkur.de, Mietwohnungen für Asylbewerber in Grub, 26.02.2016 / 4. welt.de, 28.09.15, Reihenhäuser für Flüchtlinge / 5. Kölner Stadt-Anzeiger, 21.1.16, Stadt Wesseling will Reihenhäuser für Flüchtlinge bauen

Zensur

Im September 2015 machte Justizminister Heiko Maas die Amadeu Antonio Stiftung zum Teil seiner privaten Internet-Polizei, die zusammen mit Facebook, Google und Twitter gegen «Hassbotschaften» in den sozialen Netzwerken vorgehen sollte. Seitdem trat die Stiftung als Tarnorganisation des Staates auf und mauserte sich zu einer Art «Internet-Gedankenpolizei» Orwell´schen Ausmasses. Die Stiftung bezeichnete in einer 2016 erschienenen Broschüre schon «‚abwertende Bezeichnungen' wie ‚Wirtschaftsflüchtling'» als «Hetze», die bestraft werden sollte. Heute stellt sich Heiko Maas als deutscher Aussenminister hinter den «Globalen Pakt für Migration», der in eine sehr ähnliche, meinungsfreiheitsfeindliche Kerbe schlägt.

Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei

von Gerhard Wisnewski

Schockierend, diese Ausgabe der Express-Zeitung, nicht wahr? Uns jedenfalls haben sich beim Recherchieren und Schreiben häufig genug die Nackenhaare aufgestellt. Was Sie auf den letzten 59 Seiten lesen konnten, schlägt dem Fass wirklich den Boden aus. Ganze Regionen des Planeten sollen mit Migrationsströmen überschwemmt werden und ganze Völker auf diese Weise verdrängt, vertrieben und schliesslich ausgelöscht werden. Das allein ist bereits ein unglaublicher Vorgang, der jede Vorstellungskraft sprengt. Aber immerhin: Sie konnten es lesen. Denn vielleicht können wir nur wenig gegen diese Pläne tun – aber wir können immerhin darüber berichten. Noch sind wir eine freie und demokratische Gesellschaft. Zumindest herrscht bei uns Meinungsfreiheit. Das heisst: Eigentlich nicht. Oder zumindest nicht mehr lange. Denn die globalen Migrationsplaner denken nun mal an alles. Auch daran, wie sie ihre Vorhaben der Öffentlichkeit verkaufen beziehungsweise aufzwingen können. Und wenn es nach ihnen geht, sollen Sie so etwas in Zukunft eben nicht mehr lesen dürfen. Die Zeiten der halbwegs freien Berichterstattung über Migration und «Flüchtlinge» sollen schon bald vorbei sein.

Die totale Tyrannei

Denn schon bald sollen auch die Menschen, die darüber berichten, mit Diffamierung, Verboten und vielleicht sogar mit noch Schlimmerem belegt werden. Der bekannte Autor und Youtuber Oliver Janich (Buchtitel: Die Vereinigten Staaten von Europa, München 2013) spekulierte bereits, ob Migrationskritiker in nicht allzu ferner Zukunft in Lager eingesperrt werden. Und tatsächlich: Ob der Verfsser dieser Zeilen, ja, die gesamte Redaktion der ExpressZeitung, in wenigen Jahren noch schreiben oder auch nur in Freiheit leben dürfen, ist durchaus die Frage. Denn uns droht nicht weniger als die totale Flüchtlings-Tyrannei. Wer sich kritisch äussert, soll mundtot gemacht werden, koste es, was es wolle. Und wenn diese Gleichschaltung einmal erreicht ist, wird es natürlich auch nicht bei diesem einen Thema bleiben.

Diktatur der Gummibegriffe

Die globalen Pläne zur totalen Umkrempelung der Völker und des Planeten können ja nur funktionieren, wenn die Migrationsstrategen das Denken, die Meinungen und die Medien kontrollieren. Und das ist nicht etwa eine düstere Prognose eines ewigen Pessimisten. Vielmehr kann man dies bereits einem Bericht des UN-Generalsekretärs António Guterres («Wie Migration für alle funktioniert», 12.12.2017) entnehmen: «Wir müssen leider feststellen, dass fremdenfeindliche politische Narrative über Migration heute zu weit verbreitet sind», heisst es da unter Abschnitt II, Punkt 9: «Wir dürfen nicht zulassen, dass diese unsere Agenda verzerren.» Wer also bisher dachte, eine «Migrationsagenda» sei eine «Verschwörungstheorie» wird hier eines Besseren belehrt. «Fortschritte bei der Lösung der realen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Migration bedeuten unter anderem, alarmistische Fehldarstellungen ihrer Auswirkungen zu beseitigen. Die politischen Führer müssen die Verantwortung dafür übernehmen, politische Reformen und nationale Diskurse zu diesem Thema neu auszurichten.»

Genau diese Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung ist auch in den UN-Plänen zur Massenmigration vorgesehen, insbesondere in dem «Global Compact for Migration», sprich: Dem Globalen Pakt für Migration, der nicht irgendwann einmal unterschrieben werden soll, der keine Science Fiction ist, sondern der direkt vor unserer Haustür steht. Bereits im Dezember 2018 soll er von den UN-Mitgliedsstaaten

unterzeichnet werden. Die totale Gleichschaltung erfolgt über die Ächtung und Bekämpfung von «Diskriminierung», «Rassismus», «Rassendiskriminierung», «Fremdenfeindlichkeit» und «Intoleranz» - was vielleicht nicht weiter schlimm erscheint. Denn wer möchte schon «Rassist» sein oder Fremden pauschal feindlich gegenüber stehen? Das Problem ist nur, dass es sich bei diesen Begriffen nicht nur um Gummibegriffe handelt, sondern um regelrechte «Joker», die man je nach Bedarf so oder so auslegen und definieren kann. Das heisst, dass dieses neue UN-«Recht» flexibel ist wie Kautschuk und dass das, was Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit sind, nicht wir bestimmen, sondern die UNO und ihre angeschlossenen Regierungen. Und das zweite Problem besteht darin, dass die Flexibilität erbarmungslos ausgenutzt werden soll – nämlich in Richtung einer immer weiteren Ausweitung dessen, was Rassismus, Diskriminierung oder «Fremdenfeindlichkeit» sein sollen.

Ein Volk von Rassisten?

So heisst es im «endgültigen Entwurf» des Migrationspaktes vom 11. Juli 2018, den im Dezember 2018 alle UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnen wollen (bis auf Ungarn und die USA): «Wir verpflichten uns, alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen» sowie

- «Äusserungen,
- Handlungen und
- Erscheinungsformen

von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz gegenüber allen Migranten im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen zu verurteilen und zu bekämpfen» (Ziel Nr. 17, Ziffer 33). Der nächste Schritt ist also, dass man nicht nur mit Gummibegriffen wie «Diskriminierung» und «Rassismus» arbeitet, sondern auch Äusserungen, Handlungen und «Formen» oder «Erscheinungsformen» bekämpfen will, was noch mehr Verhaltensweisen einschliessen kann. Schon heute kann man nur staunen, was alles eine «Form von Diskriminierung» sein kann. In Deutschland zum Beispiel beschäftigt sich eine Tarnorganisation der Geheimdienste und der Regierung mit dieser Begriffsverbiegung und –expansion, nämlich die migrantenfreundliche Amadeu Antonio Stiftung, geleitet von einer Ex-Stasi-Agentin. «Tarnorganisation» deshalb, weil sie zu grossen Teilen von der Regierung finanziert wird, während in ihrem Stiftungsrat der Verfassungsschutz-Präsident eines Bundeslandes sitzt. Und wenn es nach dieser regierungs- und geheimdienstnahen Stiftung geht, muss niemand «Flüchtlinge raus!» oder «Deutschland den Deutschen!» schreien, um als Rassist zu gelten. Nein – sondern wenn es nach dieser Organisation geht, sind wir bereits alle ein Volk von Rassisten.

Die von Heiko Maas eingesetzte Amadeu Antonio Stiftung forderte in ihre Broschüre «Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien» bereits Strafen für gemässigte Kritik an der Massenmigration. Im UN-Migrationspakt ist von ähnlichen Sanktionen für Kritiker die Rede. Handelte es sich bei der Broschüre aus dem Jahr 2016 um vorauseilenden Gehorsam der Bundesregierung?

Der Katalog des Rassismus

Denn wer hat zum Beispiel nicht schon einmal von «Wirtschaftsflüchtlingen» gesprochen oder sich beklagt, dass uns die Medien im Zusammenhang mit Migranten ohnehin nur belügen? Laut Amadeu Antonio Stiftung ist das alles bereits «rassistische Hetze». Diese staatlich geförderte Stiftung hat einen ganzen Katalog zusammengestellt, was unter «rassistischer Hetze» zu verstehen sein soll. Wenn jemand im Zusammenhang mit Migranten zum Beispiel von «wir» und «sie» spricht oder Migranten für «gesamtgesellschaftliche Probleme wie Sexismus, Kriminalität oder Wohnungsmangel« verantwortlich macht, ist das ganz verboten (laut der Stiftungs-Broschüre «Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien», S. 5). Demnach ist «rassistische Hetze»:

- Gegenüberstellung von «Wir» und «Die»
- Verallgemeinerungen wie «alle Flüchtlinge» und Gleichsetzungen wie «Flüchtling=Muslim»
- angebliche «Normalisierung von Diskriminierung» wie «Ist doch kein Wunder, dass...»
- Projektionen von gesamtgesellschaftlichen Problemen wie Sexismus, Kriminalität oder Wohnungsmangel auf «Flüchtlinge»
- angeblich «abwertende Bezeichnungen» wie «Wirtschaftsflüchtling»
- angeblicher «Kulturrassismus» («Die passen einfach nicht zu uns...»)
- angebliche «(nationalistische) Relativierungen wie: «Was ist mit unseren Kindern, Obdachlosen etc.?»
- «bald fühlt man sich fremd in eigenen Land»/ «Volkstod»
- Die da oben/die Lügenpresse erzählen uns eh nicht die Wahrheit
- Wer Geflüchteten hilft, ist mindestens ein Gutmensch, oder gleich linksextrem
- Bin ich denn gleich ein Nazi, nur weil ich...
- Wo ist meine Meinungsfreiheit, wenn ihr meine Kommentare löscht? (Quelle: Amadeu Antonio Stiftung: Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medien, Berlin 2016)

Wird die Mainstream-Presse bald noch einseitiger über die Kritiker der Massenmigration berichten müssen? In diesem Fall handelt es sich um einen Online-Scherz.

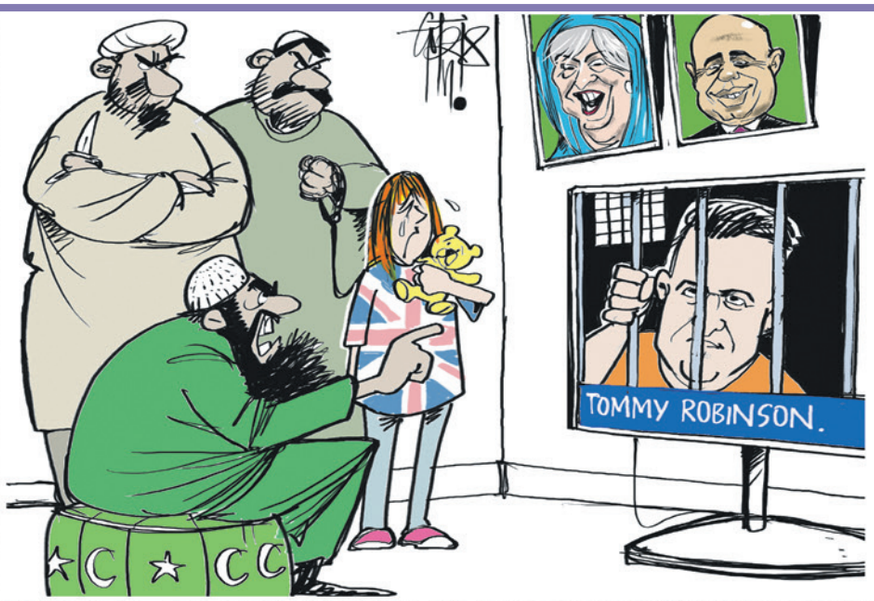
Seite 61

Das sind also genau die «Formen» von Rassismus, von denen im Migrationspakt die Rede ist. Denn Rassismus ist eigentlich alles, was sich kritisch mit Migranten auseinandersetzt. Und so geht es immer weiter. Zum Beispiel kennt das Strafrecht zwar Delikte wie Körperverletzung, Mord, Beleidigung und Ähnliches. Aber was sind zum Beispiel «Hassdelikte»? Wenn man einen dieser Delikte aus Hass begeht? Oder wenn man für Migranten oder manche Migranten Hass empfindet? Also ein Gedanken- oder «Gefühlsverbrechen»? Oder sind das ganz neue Delikte? **Egal – laut «Ziel Nr. 17» des Migrationspaktes sollen sich die UN-Mitgliedsstaaten nicht nur verpflichten, «Gesetze zu erlassen, umzusetzen oder aufrechtzuerhalten, die Hassdelikte und verschärfte Hassdelikte gegen Migranten ahnden». Sondern sie sollen sich auch verpflichten, «Strafverfolgungsbehörden auszubilden, um solche Verbrechen ‚und andere Gewalttaten', die gegen Migranten gerichtet sind, zu erkennen, zu verhindern und darauf zu reagieren.»**

Der nächste Schritt sind Lager

Womit die ominösen «Hassdelikte», die dem Begriff nach durch ein subjektives Gefühl motiviert werden, mit «Gewalttaten» gleichgesetzt werden – egal, ob es sich wirklich um eine Gewalttat oder nur um eine (Meinungs-)Äusserung handelt –, jedoch nur, wenn sie «gegen Migranten» gerichtet sind, versteht sich. Das kann auch heissen: Alles, was sich gegen Migranten richtet, ist Gewalt, egal, ob es sich tatsächlich um Gewalt im ursprünglichen Wortsinne oder nur um irgendeine andere Aktion oder Äusserung handelt – zum Beispiel auch eine Demonstration. Gegen Deutsche oder Einheimische gerichtete «Hassdelikte» blieben demnach straffrei. Für sie soll es offenbar keine neuen Gesetze geben. «Der nächste Schritt sind Lager», warnte denn auch der Autor Janich in einem Video («UN errichtet weltweites ‚Blockwartsystem' zur Verfolgung von Einwanderungskritikern», YouTube, 27.8.2018). Die Kriminalisierung von Einwanderungskritikern führe dazu, dass sie irgendwann eingesperrt würden. «Ob im Gefängnis oder im Lager, ist am Ende egal. Aber nach diesen Definitionen hier wird das Tausende betreffen. Das heisst, man muss Lager für Einwanderungskritiker schaffen. Nach diesen Definitionen ist jeder, der Kritik an der Einwanderung übt, kriminell.» Damit sei die rassistische, gegen die autochthone Bevölkerung gerichtete Diktatur Realität. Die aus anderen Gründen entstandenen Verhältnisse in der Türkei sind da schon einmal ein Vorgeschmack.

Darüber hinaus sollen im Migrationspakt «Migranten und Gemeinschaften» auch «ermächtigt werden, gegen Migranten gerichtete Gewalttaten anzuprangern». Eine «Ermächtigung», die überflüssig ist, denn schon heute kann jeder alles Mögliche «anprangern» – oder fast alles (es sei denn es handelt sich um Missstände, die mit der Migration im Zusammenhang stehen). Die «Ermächtigung» soll erfolgen, indem Migranten «über verfügbare Rechtsbehelfe» informiert werden, um sicherzustellen, «dass diejenigen, die sich aktiv an der Begehung eines gegen Migranten gerichteten Hassverbrechens beteiligen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften zur Rechenschaft gezogen werden» – und jetzt kommt's: «wobei die internationalen Menschenrechtsnormen, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäusserung, zu wahren sind». Womit endgültig klar wird, dass mit «Hassverbrechen» auch Meinungsäusserungen gemeint sind.



"Siehst du - das passiert Leuten, die in unserem Kalifat Britannistan nicht die Dinge in den Mund nehmen, die sie sollen!"

Weil er über ein laufendes Strafverfahren wegen Kindesmissbrauchs muslimischer Gangs berichtete, wurde der Islamkritiker Tommy Robinson im Mai 2018 festgenommen und zu über einem Jahr Gefängnis verurteilt. Erst nach Solidaritätsbekundungen aus aller Welt wurde sein Urteil als «fehlerhaft» beurteilt und Robinson Ende Juli 2018 wieder freigelassen. Ist Robinsons Verhaftung nur ein Vorbote dessen, was Migrationskritikern weltweit blüht, wenn der UN-Migrationspakt verabschiedet wurde?

Eine Art schizophrenen Denkens...

Dabei ist das «Doppeldenk» vom Feinsten. Denn derartige Vorschriften sind ja gerade ein Frontalangriff auf die freie Meinungsäusserung. Aber wer die orwell'sche Technik des «Doppeldenk» beherrscht, in dessen Kopf lassen sich Tyrannei und Demokratie nun mal bestens miteinander vereinbaren. Wer mit diesem Begriff schon vor Jahrzehnten in dem Roman «1984» von George Orwell konfrontiert wurde, hätte es wohl nicht für möglich gehalten, dass so etwas eines Tages Wirklichkeit werden könnte – und zwar in amtlichen UN-Dokumenten, aus denen schliesslich Gesetzgebungen in den Mitgliedsstaaten der UNO werden sollen. Doppeldenk, fasst Wikipedia zusammen, «beschreibt eine Art schizophrenen Denkens, [...] bei dem zwei widersprüchliche oder sich gegenseitig ausschliessende Überzeugungen aufrechtzuerhalten und beide zu akzeptieren sind.» «Das schliesst mit ein: Absichtlich Lügen zu erzählen und aufrichtig an sie zu glauben; jede beliebige Tatsache zu vergessen, die unbequem geworden ist, und dann, falls es wieder nötig ist, sie aus der Vergessenheit zurückzuholen; so lange wie nötig die Existenz einer objektiven Realität zu leugnen und gleichzeitig die Realität zu akzeptieren, die man verleugnet.» (abgerufen am 21.8.2018).

Freiheit ist Sklaverei – und umgekehrt

Sprich: Doppeldenk ist «eine Art von konditionierter, absichtlicher Verneinung innerer Widersprüche der vorherrschenden Staatsideologie.» Orwell verdichtete dieses Doppeldenk in Slogans wie «Krieg ist Frieden», «Lüge ist Wahrheit» und natürlich «Freiheit ist Sklaverei». Genau das kann man bereits in unserem öffentlichen Diskurs beobachten, wo es Menschen fertig bringen, Andersdenkende

als «Nazis» zu beschimpfen und gleichzeitig zu ignorieren, dass sie bei ihrer «Nazi-Jagd» selbst zu Nazis werden. Das ist aber noch nicht alles. So sollen migrantenfreundliche Medien offiziell gefördert werden, während «migrantenfeindlichen Medien» der Geldhahn zugedreht werden soll. **In diesem Zusammenhang ist in dem Migrationspakt die Rede von der «Förderung einer unabhängigen, objektiven und qualitativ hochwertigen Berichterstattung, einschliesslich internetgestützter Informationen, unter anderem durch Sensibilisierung und Aufklärung der Medienfachleute über migrationsbedingte Fragen und Begriffe, Investitionen in ethische Berichterstattungsstandards.»** Gleichzeitig geht es um die **«Einstellung der Bereitstellung öffentlicher Mittel oder materieller Unterstützung für Medien, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung von Migranten fördern»** – was, wie gesagt, die Regierungen und ihre Tarnorganisationen definieren. Und das alles, man höre und staune, «unter voller Achtung der Freiheit der Medien». Das heisst: Während Medien zensiert und gegängelt werden, herrscht gleichzeitig Medienfreiheit – «Doppeldenk» in Reinkultur.

Auch der Radiomoderator Alex Jones, ein Verfechter geschlossener US-Grenzen, wurde von den digitalen Plattformen Apple, Facebook, Spotify und Youtube gelöscht. Die Luft wird dünner für Gegner der Masseneinwanderung in den Westen.

Die Sprache der Tyrannei

Tatsächlich spricht der neue Migrationspakt die Sprache der Tyrannei, deren Demokratiefeindlichkeit nur noch von ihrem Zwiedenken übertroffen wird. Eine sehr gefährliche Mischung. Mit anderen Worten lässt die UNO mit dem Migrationspakt die Maske fallen. Dahinter steckt eine furchterregenede Ideologie und Tyrannei, wie wir sie bisher nur von den dunkelsten dystopischen Romanen kannten. Und natürlich aus der finsteren Vergangenheit Europas. Denn schliesslich beruhte Orwells 1948 geschriebener Roman auf den Erfahrungen mit dem Stalinismus und dem Dritten Reich. In seinem Buch verdichtete er die totalitären Muster der beiden Systeme bis zur Überdeutlichkeit.

Genau wie bei Orwell soll durch eine umfassende Kontrolle des Denkens und der Meinungen eine schützende Glasglocke über Migranten und das Migrationsproblem gestülpt werden – mit dem Endeffekt, dass Migranten und das Migrationsproblem unantastbar werden. **So sollen Regierungen «systematische Fälle von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und allen anderen mehrfachen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung» aufdecken – «in Partnerschaft mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen» (wie etwa der Amadeu Antonio Stiftung in Deutschland). Migranten, aber natürlich insbesondere Migrantinnen, soll «Zugang zu nationalen und regionalen Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen gewährt werden, um die Rechenschaftspflicht zu fördern und diskriminierende Handlungen und Manifestationen gegen Migrantinnen, Migranten und ihre Familien im Zusammenhang mit staatlichen Massnahmen anzugehen».**

Ab in die Spitzelgesellschaft

Mit anderen Worten führt dies in eine totale Denunziations- und Spitzelgesellschaft, in der Migranten und «wohlmeinende Mitbürger» jeden x-beliebigen Menschen wegen vermeintlicher «Diskriminierung» anschwärzen können. Daneben soll es «Sensibilisierungskampagnen» für die «Herkunfts-, Transit- und Zielgemeinden» geben, also eine regionale Gehirnwäsche, «um die Öffentlichkeit über die positiven Beiträge einer sicheren, geordneten und regelmässigen Migration auf der Grundlage von Beweisen und Fakten zu informieren und Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Stigmatisierung gegen alle Migranten zu beenden». Und wo eine Diktatur entsteht, darf ein Blockwartsystem natürlich nicht fehlen. So sollen laut UN Migranten, aber auch «politische, religiöse und kommunale Führungskräfte sowie Pädagogen und Dienstleistungserbringer» verpflichtet werden, «Fälle von Intoleranz, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung von Migranten und Diaspora aufzudecken und zu

Morgenappell im EUdSSR-Umerziehungslager für Spalter und Abweichler

Fortsetzung von Seite 63

verhindern und Aktivitäten in lokalen Gemeinschaften zu unterstützen, um die gegenseitige Achtung zu fördern, auch im Rahmen von Wahlkampagnen.»

Ein neuer «Lebensborn»?

Propaganda, Meinungsunterdrückung, Gehirnwäsche, Denunziation und Doppelstandards – woran erinnert uns das bloss? Ganz einfach: Natürlich an totalitäre Systeme wie den Kommunismus und den Stalinismus. Denn schliesslich repräsentiert der neue Globalismus nicht nur ein ganz ähnliches Unterdrückungssystem; daneben verwirklicht er auch noch eine Hauptzutat des Kommunismus, nämlich die totale Gleichmacherei aller Menschen und einen rücksichtslosen Internationalismus. Aber nicht nur sollen alle Menschen gleich sein, egal woher sie auch kommen mögen. Das neue ist, dass der Globalismus nicht nur unterschiedliche Menschen in dasselbe Korsett pressen, sondern diesen «neuen Menschen» biologisch auch tatsächlich schaffen will, wie das berühmte Zitat des Migrationsstrategen Coudenhove-Kalergi (siehe S.34) beweist: «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein», prophezeite der schon in den Zwanziger-Jahren des vergangenen Jahrhunderts: «Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen» (laut Der Standard, online, 7.1 2015). Klingt das nicht wie ein neuer «Lebensborn», das Zuchtprogramm der Nazis zur Schaffung des perfekten arischen Menschen – nur «verkehrt herum»? Sollen die neuen Menschen nicht durch «Hochzüchtung», sondern durch «Vernichtungszüchtung» entstehen, also durch die wahllose Vermischung aller mit allen?

Eine anthropologische Revolution

Die Formung eines «modernen Menschen», wie ihn Migrationsapostel wie Nikolaus Coudenhove-Kalergi befürworteten, war jedenfalls ein markantes Merkmal faschistischer und totalitärer kommunistischer Systeme. Schon Marx und Engels propagierten nicht nur die Verstaatlichung von Eigentum und Produktion, «sondern auch eine damit eng verknüpfte ‚anthropologische Revolution'», wie der ehemalige slowakische Innenminister Vladimír Palko betont. (kath.net, 7.11.2017). Vor allem Kommunismus und Faschismus hatten bisher die Hybris, einen neuen Menschen «formen» und «züchten» zu wollen – bis der Globalismus und die Migrationsstrategen kamen. Was darauf hindeutet, dass sich auch sie für gottähnlich halten. Denn da der Mensch nun einmal (mythologisch) von Gott geschaffen wurde, muss wohl jeder, der einen neuen Menschen schafft, sogar besser als Gott sein. Obwohl der Kommunismus komplett diskreditiert wurde und die grössten Katastrophen über die Menschheit brachte (Sowjetunion: 20 Millionen Tote, China: 65 Millionen Tote), soll er in Form des UNO-Internationalismus neu belebt werden.

**Dass Sie bei sich Journalisten in den Knast werfen müssen...
In Deutschland fressen mir die Journalisten freiwillig aus der Hand.**

Ob kritische Journalisten morgen noch Fragen stellen dürfen, ist ungewiss. Lesen Sie also Antworten, solange Sie noch dürfen – in verheimlicht – vertuscht – vergessen 2018!

«Hass auf die Menschheit» und «Hass auf die Schöpfung»

Forscht man übrigens tiefer in der Vergangenheit des «Ur-Kommunisten» Karl Marx, stösst man auf den innigen Wunsch, die Menschheit als Ganzes zu vernichten – eine Idee, die in den Riesenstaaten China und Sowjetunion ja bereits erprobt und niemals fallengelassen wurde. «In seiner Jugendzeit hatte Marx ausserdem ein Theaterstück mit dem Titel ‚Oulanem' geschrieben, in dem er sich wünschte, die gesamte Menschheit in die Hölle zu ziehen», schrieb die Epoch Times am 8. März 2017. «Darin heisst es:

‚Doch dich, dich personifizierte Menschheit, fassen meine Jugendarme,
sie klammern krampfhaft sich um deine Brust,
der Abgrund gähnt uns beiden Nacht herauf
und sinkst du unter, lächelnd folg ich nach,
und raun dir zu, hinab! komm mit, Genosse!'»

«Der dunkle Ursprung des Kommunismus», so die Zeitung, bestehe demnach aus «Hass auf die Menschheit» und «Hass auf die Schöpfung».

Gerhard Wisnewski

studierte Politikwissenschaften in München. Seit 1986 arbeitet er als hauptberuflicher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Spezialgebiete: Wissenschaft, Technik, Politik und Geschichte. Wisnewski arbeitete für zahlreiche Mainstreammedien wie Bild, Frankfurter Neue Presse, AZ, tz, SZ-Magazin u.v.a.m. Erstes Aufsehen erregte Wisnewski 1992 mit dem Buch Das RAF-Phantom (mit Landgraeber, Sieker). Der darauf beruhende Fernsehfilm erhielt im Jahr 2000 den Grimme-Preis (Regie: Dennis Gansel). Heute gilt Wisnewski als führender Vertreter der Gegenöffentlichkeit und zählt laut «Spiegel» zu den Pionieren «des aktuellen Gegenzeitgeistes».Seit 2008 veröffentlicht er seinen sehr erfolgreichen kritischen Jahresrückblick «verheimlicht – vertuscht – vergessen».